

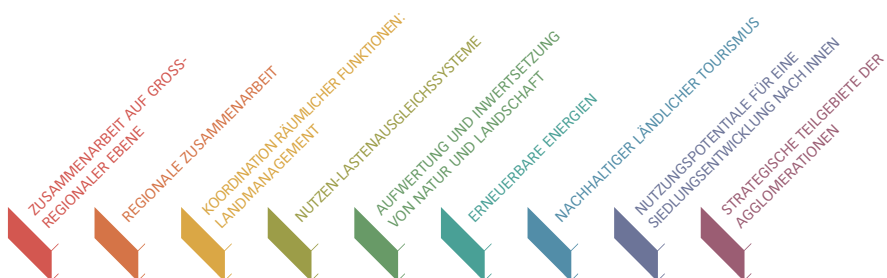


Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Raumentwicklung ARE
Bundesamt für Umwelt BAFU
Bundesamt für Landwirtschaft BLW
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

NEUE WEGE UND ALLIANZEN FÜR DIE NACHHALTIGE RAUMENTWICKLUNG

ERKENNTNISSE UND IMPULSE AUS DEN 44 MODELLVORHABEN



IMPRESSUM

Herausgeber

Bundesamt für Raumentwicklung ARE
Bundesamt für Umwelt BAFU
Bundesamt für Landwirtschaft BLW
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Projektbegleitung

Jörg Amsler, BLW
Jürg Blattner, ARE
Melanie Butterling, ARE
Reto Camenzind, ARE
Annette Christeller Kapeller, SECO
Maria-Pia Gennaio-Francini, ARE
Silvia Götschmann, ARE
Sabine Kollbrunner, SECO
Thomas Maier, BLW
Josianne Maury, ARE
Mark Reinhard, SECO
Bruno Rösli, BAFU
Florian Schuppli, ARE
Andreas Stalder, BAFU
Martin Vinzens, ARE

Redaktion

advocacy AG, Basel/Zürich

Konzept und Gestaltung

Ideentität GmbH, Bern
Andrej Marffy – Visuelle Gestaltung, Bern
Grundsatz, Bern

Bilder

Das Modellvorhaben «Agglomerationspark Limmattal» sichert einen landschaftsbezogenen Naherholungsraum im dicht besiedelten Limmattal: Blick über die renaturierte Limmat bei Geroldswil im Kanton Zürich.

© Baudirektion Kanton Zürich.

Fotograf: Hansjörg Egger, Uster.

Die Fotos und Illustrationen sind – falls nicht anders vermerkt – von den Projektträgern der Modellvorhaben zur Verfügung gestellt.

Produktion

Rudolf Menzi, Kommunikation ARE

Zitierweise

Bundesamt für Raumentwicklung ARE, Bundesamt für Umwelt BAFU, Bundesamt für Landwirtschaft BLW, Staatssekretariat für Wirtschaft SECO (Hrsg.):
Neue Wege und Allianzen für die nachhaltige Raumentwicklung. Erkenntnisse und Impulse aus den 44 Modellvorhaben. Bern. 2013.

Bezugsquelle

BBL, Verkauf Bundespublikationen, 3003 Bern
www.bundespublikationen.admin.ch
Art. Nr.: 812.094.d

In elektronischer Form: www.modellvorhaben.ch
Auch in Französisch und Italienisch erhältlich

08.2013 3000 860316251

NEUE WEGE UND ALLIANZEN FÜR DIE NACHHALTIGE RAUMENTWICKLUNG

ERKENNTNISSE UND IMPULSE AUS DEN 44 MODELLVORHABEN



DAS ENGAGEMENT FÜR DIE NACHHALTIGE RAUMENTWICKLUNG LOHNT SICH

Die räumliche Entwicklung der Schweiz möglichst nachhaltig zu gestalten, ist ein Gebot der Stunde, um die Ressourcen schonend zu nutzen und die Lebensqualität sowie gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu erhalten. Doch unsere Lebensräume werden immer intensiver genutzt. Eine wachsende Bevölkerung mit hohen Ansprüchen an die Raumnutzung und der zunehmende Ressourcenverbrauch bleiben nicht ohne Folgen: Die Siedlungs- und die Landschaftsqualität kommen unter Druck, das Kulturland ist in Gefahr und die Erstellung sowie der Unterhalt von Infrastrukturen kosten immer mehr. Zudem besteht ein grosser Koordinationsbedarf zwischen Raumentwicklung und Wirtschafts-, Energie-, Umwelt-, Landwirtschafts- und Waldpolitik. Auf dem Weg zu einer nachhaltigen räumlichen Entwicklung, wie sie auch das Raumkonzept Schweiz proklamiert, sind deshalb neue Ansätze gefragt. Anlass genug für den Bund, eine Vorreiterrolle einzunehmen: In den Jahren 2007 bis 2011 unterstützten und begleiteten das Bundesamt für Raumentwicklung, das Bundesamt für Umwelt, das Bundesamt für Landwirtschaft und das Staatssekretariat für Wirtschaft 44 Modellvorhaben für eine nachhaltige Raumentwicklung.

Modellvorhaben sind anwendungsorientierte Laboratorien, in denen in allen Regionen der Schweiz neue Herangehensweisen, Ansätze und Verfahren erprobt werden. Sie ergänzen gezielt die bestehenden Instrumente für eine nachhaltige Raumentwicklung, ohne ein neues Subventionsgefäss zu schaffen. Angestrebt werden primär die Verdichtung des Lebensraumes mit einer hohen Lebensqualität, der schonende Umgang mit den natürlichen Ressourcen und die Erhaltung der natürlichen Vielfalt, die verbesserte Koordination zwischen den Sektoralpolitiken, wettbewerbsfähige Wirtschaftsräume und eine gute horizontale und vertikale Zusammenarbeit. Die Modellvorhaben haben nachweisbar ihre Wirkung erzielt. Deshalb wird das Instrument der Modellvorhaben mit einer weiteren Serie und einer neuen Ausschreibung für die Jahre 2014 bis 2018 fortgesetzt.

Die vorliegende Publikation macht die Erfahrungen und Erfolge aus den 44 Modellvorhaben aus den Jahren 2007 bis 2011 zugänglich. Zusätzliche Einblicke in die Modellvorhaben und ausgewählte Themen bieten fünf Vertie-

fungsberichte. Sie präsentieren Erkenntnisse aus den Modellvorhaben und geben Empfehlungen ab. Mit dieser Berichterstattung wollen wir Lernprozesse anstossen und Impulse setzen, aber auch Kantonen, Gemeinden und weiteren Akteuren Inspiration und Anleitung bieten, eigene Projekte zu realisieren.

Dank den Erfahrungen aus den Modellvorhaben sind wir gut gewappnet für die künftigen Herausforderungen der nachhaltigen Raumentwicklung. Dieser Erfolg ist das Werk vieler Beteiligten. Ihnen gilt unser Dank für ihren Mut, ihr Engagement und ihren kreativen Umgang mit den vielfältigen Herausforderungen. Es gilt, den Schwung mitzunehmen und die Akteure in den Schweizer Gemeinden, Städten, Agglomerationen, Kantonen und Regionen zu motivieren, nun einen Schritt weiter zu gehen und die nachhaltige Entwicklung unserer Lebens-, Natur- und Wirtschaftsräume zu stärken. Es wird sich lohnen.



Dr. Maria Lezzi, Direktorin
Bundesamt für Raumentwicklung ARE



Dr. Franziska Schwarz, Vizedirektorin
Bundesamt für Umwelt BAFU



Christian Hofer, Vizedirektor
Bundesamt für Landwirtschaft BLW



Dr. Eric Jakob, Leiter der Direktion für Standortförderung
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

INHALTSVERZEICHNIS

Impressum	
Das Engagement für die nachhaltige Raumentwicklung lohnt sich	
Die Modellvorhaben: Eine vielversprechende Initiative	4
Die Modellvorhaben im Überblick	6
Vom Labor in die breite Anwendung	7
Themenschwerpunkte und Modellvorhaben:	
Zusammenarbeit auf grossregionaler Ebene	8
1 IBA Basel 2020 – Lancierungsphase	10
2 RVAJ – Städtenetz des Jurabogens	12
3 Hauptstadregion Schweiz	14
4 Organisationsstruktur im Aareland	16
5 Metropolitankonferenz Zürich	18
Regionale Zusammenarbeit	20
6 Starke Stadtregion Sursee	22
7 Bernplus – Stadt und Land gemeinsam	24
8 Starke Stadtregion Luzern	26
9 Vision für Bad Zurzach und Umgebung	28
Koordination räumlicher Funktionen:	
Landmanagement	30
10 Standortstrategie für publikumsintensive Einkaufseinrichtungen im Kanton Waadt	32
11 Waldstadt Bremer	34
12 Mikroregion Haute-Sorne: interkommunale Zusammenarbeit und Raumplanung	36
13 Umfassendes Management des ländlichen Raums im Jurabogen	38
Nutzen-Lastenausgleichssysteme	40
14 Überkommunale Nutzungsplanung Region Thun-Innertport	42
15 Regionale Nutzungs- und Standortplanung Thal	44
16 Bauland-Info-Pool im Aargauer Eigenamt	46
17 Gemeinsame Bodenpolitik in der Agglomeration Langenthal	48
18 Überkommunale Freiflächenkonzeption Birstalstadt	50
19 Nutzen-Lastenausgleichssystem für die Region Entre-deux-lacs	52
20 Räumliche Kompensationsansätze im Vallon du Nozon	54
Aufwertung und Inwertsetzung von Natur und Landschaft	56
21 Einpassung von Stallbauten in das Landschaftsbild im Kanton Appenzell Innerrhoden	58
22 Aufwertung BLN-Objekt 1012 Belchen-Passwang	60
23 Landschaftsaufwertung durch freiwillige Bewirtschaftungsarrondierung in Zuzgen	62
24 Agglomerationspark Limmattal	64
Erneuerbare Energien	66
25 Energieregion Goms	68
26 Holzenergiepotential von Neuenburger Waldweiden	70
27 Biogasanlage Val Müstair	72
Nachhaltiger ländlicher Tourismus	74
28 INSCUNTER: Naturraum im Unterengadin gemeinsam gestalten	76
29 Auf Walserspuren quer durch Graubünden	78
Nutzungspotentiale für eine Siedlungsentwicklung nach innen	80
30 Nachhaltige Siedlungsentwicklung in Kooperation mit privaten Wohnungseigentümern in Schaffhausen	82
31 Übergeordnetes Standortmanagement für Industrie- und Gewerbebrachen im Kanton Luzern	84
32 Nachhaltige Quartiere für die Agglomeration Lausanne	86
33 Raum+ Schwyz – Reserveflächen für eine Siedlungsentwicklung nach innen	88
34 Förderung des Wohnens in historischen Zentren im Jura	90
35 Region Luzern West: Dorfkernerneuerung	92
36 Goms Zweitwohnungen	94
Strategische Teilgebiete der Agglomerationen	96
37 Masterplan Stadtzentrum Luzern Nord	98
38 Nachhaltige Quartierentwicklung Weststadt-Solothurn	100
39 Castione – Entwicklungspol für die Agglomeration Bellinzona	102
40 Ein Prozess für die territoriale Solidarität über Landesgrenzen hinweg in der Agglomeration Frankreich-Waadt-Genf	104
41 Malley – von der Brache zur Stadt	106
42 Neues Quartier Cornaredo	108
43 Vedeggio – ein neuer Pol für die Agglomeration Lugano	110
44 Leitbild und Aktionsplan für das Quartier Concorde	112
Fazit und Folgerungen für die Zukunft	114
Weitere Informationen und Auskünfte	116

DIE MODELLVORHABEN: EINE VIELVERSPRECHENDE INITIATIVE

Die Raumentwicklungspolitik in der Schweiz steht vor zentralen Herausforderungen. Um diesen zu begegnen und die nachhaltige räumliche Entwicklung voranzutreiben, braucht es innovative Ansätze. Mit den Modellvorhaben Nachhaltige Raumentwicklung fördert der Bund solche neuen Ansätze und Methoden: Lokalen, regionalen und kantonalen Akteuren wird ein Anreiz gegeben, innovative Lösungs-ideen in den vom Bund gesetzten Schwerpunkten wie etwa nachhaltige Siedlungsentwicklung oder Nutzen-Lastenausgleichssysteme zu entwickeln und vor Ort zu erproben. Das Erreichte sowie das Gelernte sollen verankert und Vorbild für andere Vorhaben werden. Auch sollen die Modellvorhaben Hinweise für die Verstetigung oder Anpassung der raumwirksamen Politiken des Bundes geben.

Eine hohe Siedlungsqualität und eine gestärkte regionale Vielfalt, ein schonender Umgang mit den natürlichen Ressourcen, ein energie- und raumsparendes Verkehrsnetz, wettbewerbsfähige Wirtschaftsräume sowie eine gute horizontale und vertikale Zusammenarbeit – die Ziele der räumlichen Entwicklung der Schweiz sind gesetzt. Doch bis zu einer solchen nachhaltigen räumlichen Entwicklung, wie sie auch das Raumkonzept Schweiz¹ proklamiert, ist es noch ein weiter Weg. Eine konkrete und umsetzungsorientierte Massnahme, die räumliche Entwicklung in nachhaltige Bahnen zu lenken, sind die vom Bund initiierten Modellvorhaben Nachhaltige Raumentwicklung.

PROJEKTE MIT LABORCHARAKTER

Modellvorhaben sind als «Labor» konzipiert: Neue Ansätze und Methoden bei der bereichs- und grenzübergreifenden Zusammenarbeit, beim Aufbau von Netzwerken oder bei der Siedlungsentwicklung nach innen werden ausprobiert. Die Ziele von Modellvorhaben können im Verlauf der Projektzeit – ganz im Sinne des Laborcharakters – auch weiterentwickelt, neu definiert oder angepasst werden. Modellvorhaben generieren einen inhaltlichen und prozessorientierten Erkenntnis-

gewinn auf nationaler, kantonaler, regionaler und kommunaler Ebene und geben dabei der jeweiligen Ebene Empfehlungen, wie die Politikbereiche weiterentwickelt werden können. Sie verbessern sowohl die horizontale und vertikale als auch die sektorübergreifende Zusammenarbeit und Koordination. Vor allem tragen sie aber auch zum Austausch von Wissen und Erfahrung bei, setzen Impulse, bieten Anleitung für die Umsetzung von Projekten, zeigen ein breites Spektrum möglicher Ansätze auf und wecken die Lust auf Kreativität, Imitation und Adaption von Projekten. Gelungene Experimente werden so letztlich zum Vorbild für andere Projekte, gescheiterte zu wichtigen Lehrstücken.

VIER BUNDESÄMTER GEMEINSAM

Die erste Generation von Modellvorhaben – im Rahmen der vom Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) und dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) verantworteten Agglomerationspolitik – startete bereits 2002. Aufgrund der positiven Ergebnisse² der ersten Generation und basierend auf den Erkenntnissen des Raumentwicklungsberichts 2005³ entstand die Absicht, das Instrument der Modellvorhaben in Zusammenarbeit mit anderen Bundesstellen für weitere Themenbereiche zu öffnen. So haben das ARE sowie das SECO 2007 gemeinsam mit dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) und dem Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) unter dem Titel «Modellvorhaben Nachhaltige Raumentwicklung» das Instrument weiterentwickelt und eine neue Serie Modellvorhaben lanciert. Damit einher ging eine thematische Erweiterung – neu kamen die nachhaltige Siedlungsentwicklung und Synergien im ländlichen Raum dazu. Im Rahmen von zwei Ausschreibungsrunden, bei welchen interessierte Kantone, Regionen und Gemeinden sowie private und gemischte Trägerschaften einen Projektantrag einreichen konnten, wurden 44 Modellvorhaben ausgewählt. Entscheidend für die Auswahl war, dass das Modellvorhaben innovativ ist, eine langfristige Wirkung anstrebt, einen politischen Prozess initiiert und der besseren Abstimmung der verschiedenen Sachpolitiken dient.

¹ Schweizerischer Bundesrat, KdK, BPUK, SSV, SGV (2012): Raumkonzept Schweiz. Überarbeitete Fassung. Bern.

² Bundesamt für Raumentwicklung ARE (2010): Agglomerationspolitik des Bundes Modellvorhaben zur Verbesserung der Zusammenarbeit in Agglomerationen, Bilanz 2002–2007. Bern.

³ Bundesamt für Raumentwicklung ARE (2005): Raumentwicklungsbericht 2005. Bern.

44 MODELLVORHABEN IN NEUN THEMENSCHWERPUNKTEN UMGESETZT

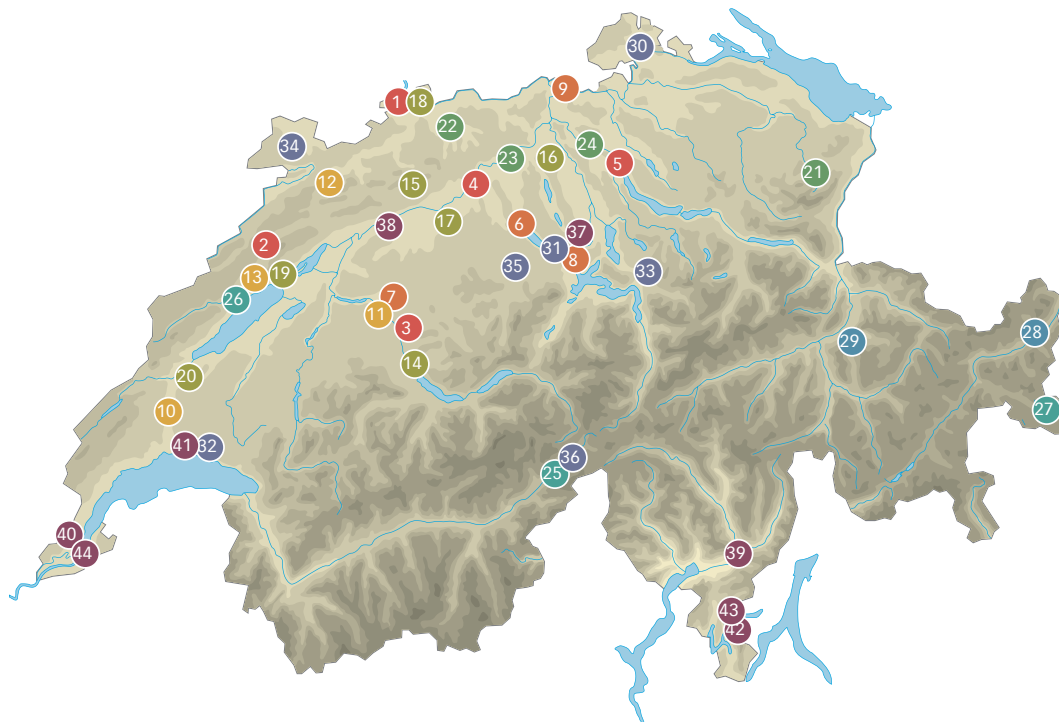
Die 44 Modellvorhaben, die in der vorliegenden Publikation präsentiert werden, wurden zwischen 2007 und 2011 unterstützt. Angesiedelt waren die Projekte dabei in neun Themenschwerpunkten, in denen aus Sicht der beteiligten Bundesämter der grösste Handlungsbedarf bestand:

- Zusammenarbeit auf grossregionaler Ebene
- Regionale Zusammenarbeit
- Koordination räumlicher Funktionen: Landmanagement
- Nutzen-Lastenausgleichssysteme
- Aufwertung und Inwertsetzung von Natur und Landschaft
- Erneuerbare Energien
- Nachhaltiger ländlicher Tourismus
- Nutzungspotentiale für eine Siedlungsentwicklung nach innen
- Strategische Teilgebiete der Agglomerationen

Im Rahmen der 44 Modellvorhaben haben Kantone, Städte, Gemeinden sowie weitere Akteure neue Herangehensweisen, Ansätze und Verfahren erprobt, in den Agglomeratio-

nen sowie im ländlichen Raum, immer eng verknüpft mit Sektoralpolitiken wie Tourismus, Verkehr, Landwirtschaft oder Energieversorgung. Die Auswertung zeigt, dass die Modellvorhaben auf Projektebene der Regionen und Gemeinden insgesamt als sehr wertvoll angesehen werden, wichtige Prozesse in Gang gebracht oder beschleunigt und zu den beabsichtigten Wirkungen beigetragen haben. Auch für den Bund sind die Modellvorhaben gewinnbringend, denn durch die konkreten Beispiele und neuen Lösungsansätze wird die Umsetzung der Bundespolitik vorangetrieben und es können Hinweise abgeleitet werden, wie Gesetze, Politiken und Strategien auf Bundesebene weiterentwickelt werden können. Und schlussendlich demonstrieren Modellvorhaben mit ihrer bewussten Praxisnähe, wo Akteuren vor Ort der Schuh drückt und was mit Ausdauer, Wille sowie politischem und konzeptionellem Geschick möglich ist.

DIE MODELLVORHABEN IM ÜBERBLICK



ZUSAMMENARBEIT AUF GROSSREGIONALER EBENE

- 1 IBA Basel 2020 – Lancierungsphase
- 2 RVAJ – Städtenetz des Jurabogens
- 3 Hauptstadtregion Schweiz
- 4 Organisationsstruktur im Aareland
- 5 Metropolitankonferenz Zürich

REGIONALE ZUSAMMENARBEIT

- 6 Starke Stadtregion Sursee
- 7 Bernplus – Stadt und Land gemeinsam
- 8 Starke Stadtregion Luzern
- 9 Vision für Bad Zurzach und Umgebung

KOORDINATION RÄUMLICHER FUNKTIONEN: LANDMANAGEMENT

- 10 Standortstrategie für publikumsintensive Einkaufseinrichtungen im Kanton Waadt
- 11 Waldstadt Bremer
- 12 Mikroregion Haute-Sorne: interkommunale Zusammenarbeit und Raumplanung
- 13 Umfassendes Management des ländlichen Raums im Jurabogen

NUTZEN-LASTENAUSGLEICHSSYSTEME

- 14 Überkommunale Nutzungsplanung Region Thun-Innertport
- 15 Regionale Nutzungs- und Standortplanung Thal
- 16 Bauland-Info-Pool im Aargauer Eigenamt
- 17 Gemeinsame Bodenpolitik in der Agglomeration Langenthal
- 18 Überkommunale Freiflächenkonzeption Birstalstadt
- 19 Nutzen-Lastenausgleichssystem für die Region Entre-deux-lacs
- 20 Räumliche Kompensationsansätze im Vallon du Nozon

AUFWERTUNG UND INWERTSETZUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT

- 21 Einpassung von Stallbauten in das Landschaftsbild im Kanton Appenzell Innerrhoden
- 22 Aufwertung BLN-Objekt 1012 Belchen-Passwang
- 23 Landschaftsaufwertung durch freiwillige Bewirtschaftungsarrondierung in Zuzgen
- 24 Agglomerationspark Limmattal

ERNEUERBARE ENERGIEEN

- 25 Energieregion Goms
- 26 Holzenergiepotential von Neuenburger Waldweiden
- 27 Biogasanlage Val Müstair

NACHHALTIGER LÄNDLICHER TOURISMUS

- 28 INSCUNTER: Naturraum im Unterengadin gemeinsam gestalten
- 29 Auf Walserspuren quer durch Graubünden

NUTZUNGSPOTENTIALE FÜR EINE SIEDLUNGSENTWICKLUNG NACH INNEN

- 30 Nachhaltige Siedlungsentwicklung in Kooperation mit privaten Wohnungseigentümern in Schaffhausen
- 31 Übergeordnetes Standortmanagement für Industrie- und Gewerbebrachen im Kanton Luzern
- 32 Nachhaltige Quartiere für die Agglomeration Lausanne
- 33 Raum+ Schwyz – Reserveflächen für eine Siedlungsentwicklung nach innen
- 34 Förderung des Wohnens in historischen Zentren im Jura
- 35 Region Luzern West: Dorfkernerneuerung
- 36 Goms Zweitwohnungen

STRATEGISCHE TEILGEBIETE DER AGGLOMERATIONEN

- 37 Masterplan Stadtzentrum Luzern Nord
- 38 Nachhaltige Quartierentwicklung Weststadt-Solothurn
- 39 Castione – Entwicklungspol für die Agglomeration Bellinzona
- 40 Ein Prozess für die territoriale Solidarität über Landesgrenzen hinweg in der Agglomeration Frankreich-Waadt-Genf
- 41 Malley – von der Brache zur Stadt
- 42 Neues Quartier Cornaredo
- 43 Vedeggio – ein neuer Pol für die Agglomeration Lugano
- 44 Leitbild und Aktionsplan für das Quartier Concorde

VOM LABOR IN DIE BREITE ANWENDUNG

Die getesteten Ansätze und Methoden aus den Modellvorhaben können als Vorlage und Inspiration für weitere Projekte dienen – damit nicht alle bei null beginnen müssen. Nun geht es darum, dass Kantone, Gemeinden, regionale Akteure sowie initiativ Organisationen und Personen den Ball aufnehmen und eigene Projekte, die eine nachhaltige Raumentwicklung anstreben, anstossen und umsetzen. Es gilt, die Erkenntnisse aus den Labors auf breiter Basis anzuwenden. Zugleich wird ab 2014 eine weitere Serie innovativer Modellvorhaben realisiert.

Mit Unterstützung des Bundes erprobten Gemeinden und Regionen ihre Ansätze im Feldlabor. Um die Erkenntnisse zugänglich zu machen, haben die beteiligten Bundesstellen eine Reihe von Massnahmen ergriffen, zu denen nicht zuletzt auch die vorliegende Broschüre gehört. Die Ziele sind ambitioniert: einen fruchtbaren Wissensaustausch sowie konkrete Erkenntnisgewinne zu generieren und die breite Anwendung der erfolgreichen Methoden und Ansätze aus den Modellvorhaben zu ermöglichen. Und mithilfe der Vorhaben, in denen die ursprünglichen Ziele nicht erreicht werden konnten, sind Lernprozesse anzustossen. Diesem Zweck dient auch die Übersicht über alle seit 2002 durchgeführten Modellvorhaben auf der laufend aktualisierten Website www.modellvorhaben.ch.

VERTIEFTER EINBLICK IN FÜNF THEMENBEREICHE DER MODELLVORHABEN

Einen zusätzlichen Blick auf die 44 Modellvorhaben und deren Erkenntnisse bieten fünf thematische Vertiefungsberichte zu den Themen «Zusammenarbeit auf grossregionaler Ebene», «Regionale Zusammenarbeit im Stadt-Land-Kontext», «Strategische Teilgebiete der Agglomerationen», «Nutzungspotentiale für eine Siedlungsentwicklung nach innen» und «Nutzen-Lastenausgleichssysteme». Diese Berichte zeigen den Stand der Diskussion auf, präsentieren Erkenntnisse aus den Modellvorhaben und geben Empfehlungen ab. Verfasst wurden sie von Fachleuten, welche von den jeweils zuständigen Bundesstellen spezifisch für den jeweiligen Themenschwerpunkt ausgewählt wurden, und die sich auf Interviews oder Workshops mit den Projektträgern stützen und so auch Erfahrungsaustauschprozesse abbilden (vgl. Seite 117).

DIE ARBEIT IM LABOR GEHT WEITER

Aufgrund des Erfolgs ist das ARE in Zusammenarbeit mit weiteren Bundesstellen daran, eine neue Serie «Modellvorhaben Nachhaltige Raumentwicklung» vorzubereiten: Die im Raumkonzept Schweiz und in anderen Bundesstrategien formulierten Herausforderungen und Ziele – so etwa die gestärkte Wettbewerbsfähigkeit oder die qualitätsvolle Siedlungsentwicklung nach innen – sollen in einer Ausschreibung für neue Modellvorhaben, welche Ende 2013 publiziert wird, berücksichtigt werden (vgl. Seite 114).

- ZUSAMMENARBEIT AUF GROSS-REGIONALER EBENE
- REGIONALE ZUSAMMENARBEIT
- KOORDINATION RÄUMLICHER FUNKTIONEN
- NUTZEN-LASTENAUSGLEICHSSYSTEME
- AUFWERTUNG UND INWERTSETZUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT
- ERNEUERBARE ENERGIEN
- NACHHALTIGER LÄNDLICHER TOURISMUS
- NUTZUNGSPOTENTIALE FÜR EINE SIEDLUNGSENTWICKLUNG NACH INNEN
- STRATEGISCHE TEILGEBIETE DER AGGLOMERATIONEN



- 1 IBA Basel 2020 – Lancierungsphase
- 2 RVAJ – Städtenetz des Jurabogens
- 3 Hauptstadtregion Schweiz
- 4 Organisationsstruktur im Aareland
- 5 Metropolitankonferenz Zürich

ZUSAMMENARBEIT AUF GROSSREGIONALER EBENE

Die Bundesstellen haben fünf Modellvorhaben unterstützt, welche auf die Verbesserung der Kooperation und Zusammenarbeit auf grossregionaler Ebene in Städtenetzen und Metropolitanräumen ausgerichtet waren. Und die Ergebnisse lassen sich sehen: Die Modellvorhaben haben Kooperationsprozesse ausgelöst, deblockiert oder beschleunigt und haben dadurch massgebend dazu beigetragen, die Zusammenarbeit zwischen den relevanten Akteuren zu verbessern.

In der Schweiz spielt sich das Leben zunehmend in Räumen ab, deren Grenzen nicht mehr mit den historisch gewachsenen, administrativen Grenzen übereinstimmen. Diese Handlungsräume, in denen Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur eng verflochten sind, gewinnen an Bedeutung und sollen laut Raumkonzept Schweiz gefördert werden. Das Anpacken grenzüberschreitender Themen und Probleme in solchen funktionalen Räumen erfordert dabei neue Formen der Organisation und Zusammenarbeit. Aus diesem Grund wurde das Thema «Zusammenarbeit auf grossregionaler Ebene» als einer von neun Themenschwerpunkten für die Modellvorhaben Nachhaltige Raumentwicklung ausgewählt.

Ziel der Projekte

- IBA Basel 2020 – Lancierungsphase
- RVAJ – Städtenetz des Jurabogens
- Hauptstadtregion Schweiz
- Organisationsstruktur im Aareland
- Metropolitankonferenz Zürich

war die Verbesserung der Zusammenarbeit innerhalb grossregionaler Handlungsräume; seien diese grossstädtisch geprägt, wie der Metropolitanraum Zürich, der trinationale Metropolitanraum Basel und die Hauptstadtregion Schweiz, oder klein- und mittelstädtisch geprägt, wie der Jurabogen und das Aareland. Dabei haben die Modellvorhaben viel dazu beigetragen, die Zusammenarbeit im grenzüberschreitenden Raum, über Gemeinde-, Kantons- oder auch über Landesgrenzen hinweg, zu stärken. Basis dazu war die Erkenntnis, dass die Zusammenarbeit in funktionalen Räumen über administrative Grenzen hinweg von zentraler Bedeutung ist. Dabei sind die gemachten Erfahrungen zum Vorgehen in allgemeiner Form auch auf andere, ähnlich gelagerte Handlungsräume übertragbar.

Auf den folgenden Seiten werden die fünf Projekte im Themenbereich Zusammenarbeit auf grossregionaler Ebene vorgestellt und deren Ergebnisse präsentiert. Weitere Informationen zum Thema sind zudem im Vertiefungsbericht Zusammenarbeit auf grossregionaler Ebene zu finden (vgl. Seite 117). Der von Daniel Kübler und Céline Widmer vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich verfasste Bericht enthält Erkenntnisse und Erfahrungen der fünf Projekte, diskutiert den Nutzen sowie die Übertragbarkeit der Modellvorhaben, bettet diese Erkenntnisse in den Kontext der Schweizer Agglomerationspolitik ein und formuliert darauf aufbauend Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Agglomerationspolitik.



1 | IBA BASEL 2020 – LANCIERUNGSPHASE

FÜR DIE INTERNATIONALE BAUAUSSTELLUNG IBA BASEL 2020 WIRD GRENZÜBERSCHREITEND ZUSAMMENGEGARBEITET

Mit der Internationalen Bauausstellung IBA Basel 2020 wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Städte und Gemeinden im Metropolitanraum Basel weiter gestärkt. Durch die Umsetzung konkreter Projekte aus den Bereichen Architektur, Stadt- und Landschaftsplanung sowie Kultur wird ein sichtbarer Beitrag zur Entwicklung des trinationalen Raums Basel geleistet und dadurch die Identität der Region gestärkt. Starthilfe für das Projekt lieferte dabei das Modellvorhaben «IBA Basel 2020».

Die Zusammenarbeit der Städte und Gemeinden im Metropolitanraum Basel hat eine lange Geschichte. So ist seit ihrer Gründung 2007 die grenzüberschreitende Plattform «Trinationaler Eurodistrict Basel» (TEB) ein wichtiger Akteur für Planungen, welche die drei Länder gemeinsam betreffen. Ein weiterer wichtiger Meilenstein der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wird, angestoßen durch das Modellvorhaben «IBA Basel 2020», derzeit umgesetzt: Unter dem Motto «Gemeinsam über Grenzen wachsen – Au-delà des frontières, ensemble» wird von 2010 bis 2020 die erste grenzüberschreitende Internationale Bauausstellung Basel (IBA) durchgeführt. Mit dem Instrument der Bauausstellung – eine erfolgreiche Strategie des Städtebaus und der Regionalentwicklung in Deutschland – wird ein Beitrag zur Entwicklung des trinationalen Raums geleistet. Zudem soll dadurch auch das Zusammengehörigkeitsgefühl der Bevölkerung und der Akteure gefördert, die grenzüberschreitende Kooperation verbessert sowie die nationale und internationale Ausstrahlung der Agglomeration weiterentwickelt werden. Bei einer Internationalen Bauausstellung handelt es sich dabei nicht um einen theoretischen Ansatz: Am Ende des sich über zehn Jahre erstreckenden Entwicklungsprozesses stehen immer konkrete Veränderungen für die jeweilige Stadt oder Region und deren Bevölkerung.

ERSTE WIRKLICH INTERNATIONALE BAUAUSSTELLUNG

Das Modellvorhaben unterstützte die inhaltliche Vorbereitung der Internationalen Bauausstellung IBA Basel 2020 und dauerte von 2007 bis 2008. Dadurch konnten konkrete Fragen zur Durchführung der grenzüberschreitenden Bauausstellung vertieft und geklärt sowie eine Geschäfts-



stelle und eine Organisationsform aufgebaut werden. Der Projektträger der IBA Basel 2020 ist der Trinationale Eurodistrict Basel. Der IBA Lenkungsausschuss besteht aus zwölf Mitgliedern der politischen Gremien der finanzierenden Städte und Gemeinden und sichert die territoriale Verankerung der IBA Basel 2020. Die Geschäftsstelle mit einem trinationalen Team ist seit 2010 aktiv. Die Ausstellung wird Räume in Frankreich, Deutschland und der Schweiz bespielen. Dass alle drei Länder für die IBA Basel 2020 gewonnen werden konnten, ist als grosser Erfolg zu werten: Damit kommt es zu einer ersten grenzüberschreitenden IBA, was internationale Aufmerksamkeit sichert.

PROJEKTEINGABE FÜR ALLE OFFEN

Das Rückgrat der Internationalen Bauausstellung sind aber die Projekte: Auf den Projektaufruf der IBA-Geschäftsstelle im Sommer 2011 hin reichten interessierte Planerinnen und Planer, Firmen, Behörden, Vereine, Hochschulen und engagierte Personen aus allen drei Ländern rund 100 Vorschläge ein. Für dieses breite partizipative Vorgehen wurde die IBA Basel 2020 vom Deutschen Werkbund des Landes Baden-Württemberg mit dem WERKBUND LABEL ausgezeichnet. 50 der eingereichten Projektvorschläge bestanden die Vorprüfung durch das wissenschaftliche Kuratorium der IBA und wurden im November 2011 in Basel öffentlich präsentiert. Auf Grundlage der Empfehlungen des Kuratoriums sowie mittels öffentlicher Hearings zwischen Kuratorium und Projektträgern werden die Projekte nun Schritt für Schritt weiterentwickelt und durch das IBA Büro begleitet. Von den



Illustration Rebekka Heeb

■ Die Projektlandschaft der grenzüberschreitenden IBA Basel 2020 erstreckt sich auf die trinationale Agglomeration Basel.

aktuell 43 IBA-Projekten wurden bis zum Frühjahr 2013 vier Projekte bereits nominiert: «IBA Tours3», eine länderübergreifende Onlineplattform und Smartphone-App, auf welcher regionale Freizeittouren – per Rad, zu Fuss oder auf Skiern – sowie Kulturrouten verzeichnet sind, das Projekt «Ein Grossraum, ein Wahrzeichen», das vorsieht, aus dem Kontrollturm des Euro Airport ein Wahrzeichen für die Region zu schaffen, das Projekt «Grenzstation: Flughafenstrasse» zur Aufwertung der Flughafenstrasse sowie das Projekt «Regio Grüngürtel», das auf einer Website aussergewöhnliche Naturorte der trinationalen Region Basel beschreibt. Im Weiteren pflegt die IBA Basel regen Kontakt mit Fachhochschul- und Universitätsinstituten aus allen drei Ländern: Unter dem Label «IBA Hochschullabor» organisieren Dozierende und Studierende Fachveranstaltungen, verfassen Studien und Beiträge für Entwurfswettbewerbe oder bearbeiten IBA-Themen in ihren Masterarbeiten. Denn wer – getreu dem Motto der IBA Basel 2020 – längerfristig über Grenzen wachsen will, muss dort ansetzen, wo die Fachleute von morgen ausgebildet werden.

PROJEKTAUSWAHL GEHT WEITER

Die Evaluation von wegweisenden Projekten für die IBA Basel 2020 wird fortgesetzt. Die Vorschläge aus den Bereichen Architektur, Stadt- und Landschaftsplanung, Infrastruktur und Kultur

bezeugen das Entwicklungspotential der trinationalen Stadtregion sowie deren Zukunftsfähigkeit. Damit wird die Absicht des Modellvorhabens nun Realität: Das Zugehörigkeitsgefühl der Bevölkerung und der Akteure zu einem gemeinsamen

«Die IBA-Projekte sollen getreu dem IBA-Motto, *«Gemeinsam über Grenzen wachsen – Au-delà des frontières, ensemble»* insbesondere einen Beitrag zum gemeinschaftlichen Nutzen für die gemeinsame Agglomeration leisten und Verbindungen zwischen den Teilräumen und den Menschen herstellen.»

Martin Jann, Geschäftsführer IBA Basel 2020

Lebensraum, die Kultur einer grenzüberschreitenden Kooperation und die qualitative Weiterentwicklung der Ausstrahlung der Agglomeration ist über die Anschubphase hinaus weitergewachsen.

>> www.iba-basel.net



2 | RVAJ – STÄDTENETZ DES JURABOGENS

MIT NEUER DYNAMIK AUF DEM WEG ZU EINEM AKTIVEN HANDLUNGSRAUM

**Das Städtennetz des Jurabogens – ein interkantona-
ler Verbund von 17 Städten und Gemeinden – hat
mit dem Modellvorhaben neuen Schwung erhalten:
Es pflegt den Austausch von Kompetenzen und Er-
fahrungen in der Region, fördert den Dialog auf re-
gionaler Ebene, stärkt mit gezielten Aktivitäten das
Profil des Jurabogens gegen innen und aussen und
verleiht der Region mehr Gewicht im Austausch mit
Nachbarregionen und dem Bund. Die eigens für das
Städtennetz geschaffene Geschäftsstelle professiona-
lisiert die regionale Zusammenarbeit und koordiniert
Projekte in den Bereichen Tourismus, Energie und
Kultur – und fördert damit die Bildung eines starken
und attraktiven Jurabogens.**

Die interkommunale und interkantonale Zusammenarbeit in der Region Jurabogen bündelt die Interessen von 17 unterschiedlich grossen Städten und Gemeinden aus den vier Kantonen Bern, Waadt, Neuenburg und Jura. Für den Kanton Bern sind dies Biel, La Neuveville, Moutier, Saint-Imier, Tramelan und Tavannes; in der Waadt Grandson, Le Chenit, Orbe, Sainte-Croix und Yverdon-les-Bains; im Kanton Neuenburg La Chaux-de-Fonds, Le Locle, Neuenburg und Val-de-Travers und schliesslich die jurassischen Gemeinden Delémont und Porrentruy. Die Vereinigung der Städte des Jurabogens (Réseau des villes de l'Arc jurassien RVAJ) wurde als rein politische Struktur bereits 1993 gegründet. Die Expo 2002 gab der Organisation einen weiteren Impuls, doch erst mit dem Start des Modellvorhabens im Jahr 2007 wurden die Bedürfnisse konkretisiert.

SCHWERPUNKTE IN DEN BEREICHEN TOURISMUS, ENERGIE UND KULTUR GESETZT

Das Städtennetz will die Region wirtschaftlich, kulturell und touristisch stärken und auf kantonaler, nationaler und internationaler Ebene als klein- und mittelstädtisch geprägten Handlungsraum sichtbar machen und profilieren. Dazu wurden erstmals Projekte in den Bereichen Tourismus, Energie, Kultur gemeinsam entwickelt und umgesetzt:

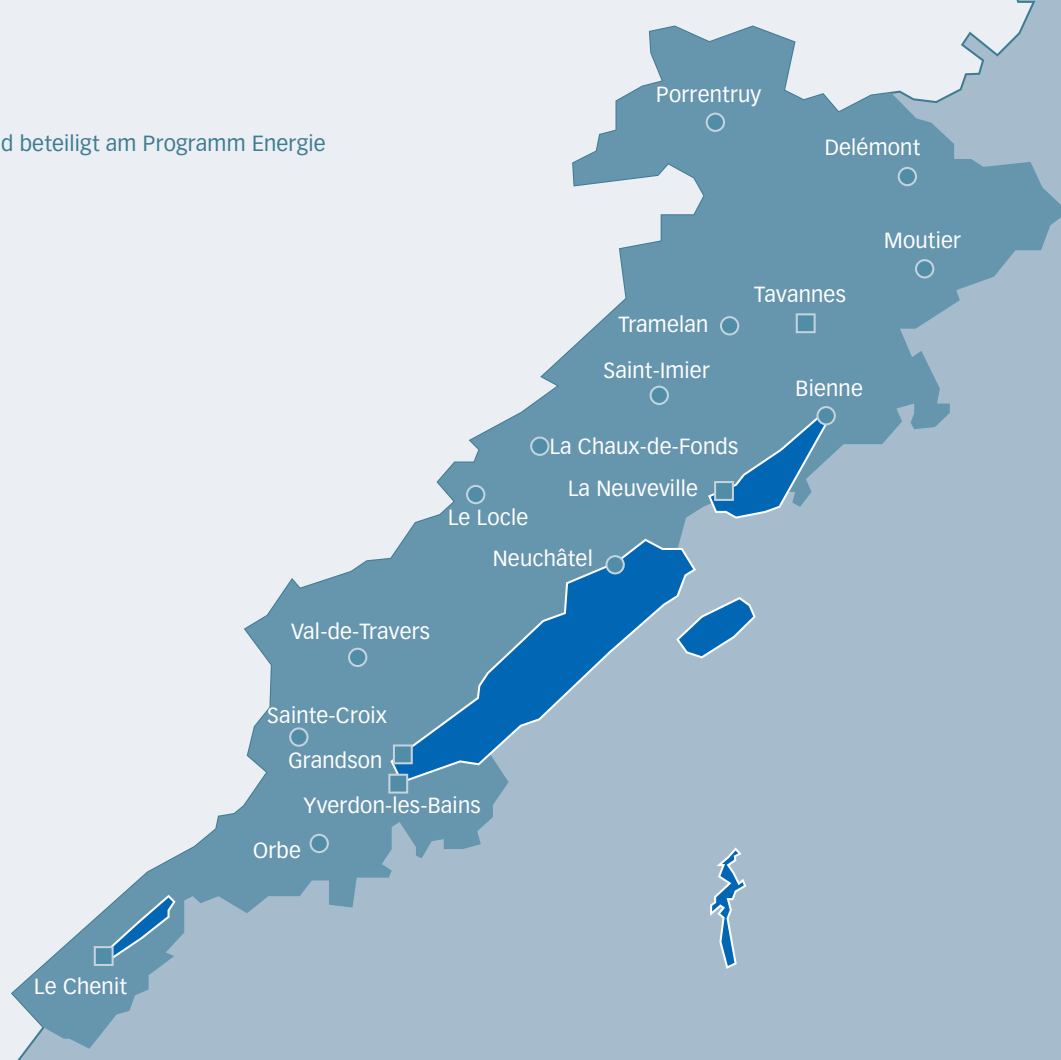
- Das Modellvorhaben RVAJ gab den Anstoss, alle Tourismusbüros des Jurabogens neu zu organisieren und zu einem einzigen Konglomerat zu verschmelzen. Seit 2011 werden die touristischen Aktivitäten unter der gemeinsa-



men Marke «Jura & Drei-Seen-Land» als eine der 13 offiziellen touristischen Regionen gebündelt und vermarktet.

- Mit dem Projekt «Energie» nähert sich der Jurabogen schrittweise den Zielen einer 2000-Watt-Gesellschaft an. 2010 analysierten die zwölf am Projekt beteiligten Gemeinden des Städtennetzes mehr als 400 der verwaltungseigenen Gebäude und deren Energieverbrauch. Aufbauend auf der Analyse, kennzeichnet das Label «Display» die prioritär sanierungsbedürftigen Gebäude. Ein Jahr später wurden in allen am Projekt beteiligten Gemeinden Orientierungsabende für private Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer zur Energieanalyse für Gebäude veranstaltet. Zudem wurde die Wanderausstellung «Mission possible: L'habitat de la société à 2000 watts», welche Fragen und Erkenntnisse zur Energieeffizienz thematisiert, im gesamten Gebiet des Jurabogens auf die Reise geschickt. Seit 2012 sind weitere Teilprojekte hinzugekommen, so

- Mitglied des RVAJ
- Mitglied des RVAJ und beteiligt am Programm Energie



Das Städtenetz des Jurabogens besteht aus 17 Städten und Gemeinden aus den Kantonen Bern, Waadt, Neuenburg und Jura.

etwa eine alljährlich stattfindende Tagung zu einem jeweils unterschiedlichen Energiethema.

- Um die regionale Identität zu stärken, setzte der RVAJ einen dritten Schwerpunkt im Bereich Kultur: Seit 2012 gibt es dank einer Kooperation der unabhängigen Kinos und des Tourismus den «Passeport Cinéma» (www.passeport-cinema.ch). Dieser verbindet nicht nur alle Kinos miteinander, sondern kombiniert Filmvorführungen mit touristisch interessanten Angeboten in der Region. Hierbei werden vor allem industriehistorisch bedeutsame Orte berücksichtigt.

IM SPANNUNGSFELD STADT-LAND GEMEINSAM HANDELN UND DIE IDENTITÄT STÄRKEN

Die Bedürfnisse und Interessen der am Städtenetz beteiligten Gemeinden sind heterogen, nicht zuletzt weil der Projektperimeter urbane und ländliche Gebiete aus vier Kantonen umfasst. Damit das Modellvorhaben in eine positive Richtung gelenkt werden konnte, mussten verschiedene Konkurrenzsituationen ausnivelliert werden. Die Erfahrung hat dabei gezeigt, dass es auf kommunaler Ebene eine starke politische Mobilisierung für überregionale Zusammenarbeitsformen braucht. Eine wichtige Voraussetzung dafür war der Aufbau einer professionellen Geschäftsstelle

zur Führung des Netzwerkes. Die durch die Mitglieder des Stdtenetzes finanzierte Geschäftsstelle agiert operativ und ist heute in die Organisation arcjurassien.ch eingebunden. Durch die Arbeit der Geschäftsstelle bekamen die Projekte des RVAJ sichtbare und positive Impulse, und es sind

Die polyzentrische Region des Jurabogens wird auf kantonaler, nationaler und internationaler Ebene sichtbar. Projekte in den Bereichen Tourismus, Kultur und Energie nehmen die Bedürfnisse von Stadt und Land auf.

bereits neue Projekte, wie etwa das Projekt «Orte der Erinnerung und Zukunftsbilder im Jurabogen», in Planung. Durch die gemeinsame Umsetzung konkreter Projekte und das Setzen von Schwerpunkten wird die Zusammenarbeit schrittweise ausgebaut und weiterentwickelt und damit der klein- und mittelstädtisch geprägte Handlungsraum «Jurabogen» gestärkt.

>> www.arcjurassien.ch/mandat-du-reseau-des-villes-de-larc-jurassien/les-projets/



3 | HAUPTSTADTREGION SCHWEIZ

HAUPTSTADTREGION SCHWEIZ ERLANGT STATUS EINES GROSSSTÄDTISCH GEPRÄGTEN HANDLUNGSRAUMS

Dank sanftem Druck auf die Bundespolitik hat die kantonsübergreifende Region rund um Bern den neu geschaffenen Status «Hauptstadtregion» erlangt. Sie wurde damit im Raumkonzept Schweiz in die Kategorie «grossstädtisch geprägte Handlungsräume» aufgenommen. Der 2010 gegründete Verein «Hauptstadtregion Schweiz» will die Nähe zur nationalen Politik als Standortvorteil nutzen und die Hauptstadtregion als Politzentrum, als Brückenregion zwischen den Sprachräumen, als Drehscheibe sowie als Lebens- und Wirtschaftsraum stärken.

Das Modellvorhaben «Hauptstadtregion Schweiz» wurde Mitte 2009 von Stadt und Kanton Bern initiiert mit dem Ziel, die Zusammenarbeit der Kantone und Städte in einem gemeinde- und kantonsübergreifenden Perimeter rund um Bern zu intensivieren und die Kräfte und Potentiale der gesamten Grossregion zu bündeln und intensivieren. Dazu schlossen sich die fünf Kantone Bern, Freiburg, Solothurn, Neuenburg und Wallis sowie 20 Städte und Regionen Ende 2010 im Verein «Hauptstadtregion Schweiz» zusammen. Die geografische Nähe zur Bundespolitik soll zur Stärkung von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten genutzt werden. Aufgeleitet wurde die neue Plattform als Schnittstelle für die koordinierte Wahrnehmung gemeinsamer Interessen gegenüber dem Bund und den Schweizer Metropolitanräumen. Die verbindenden Projekte in der Hauptstadtregion sind vielfältig angelegt und greifen in die Bereiche Verkehr, Bildung, Kultur, Raumentwicklung und Agglomerationspolitik.

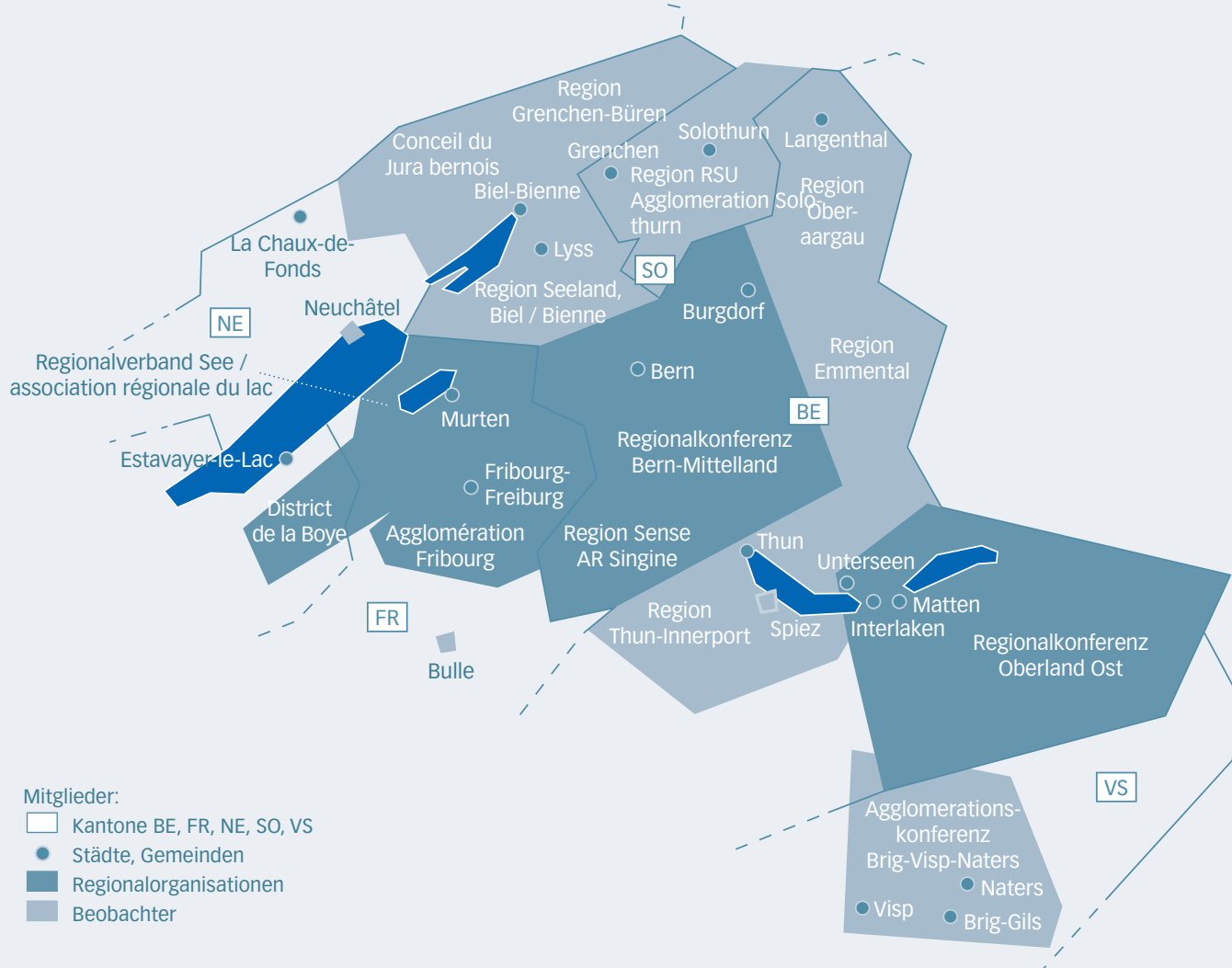
STARKE DYNAMIK IN DER HAUPTSTADTREGION SCHWEIZ

Der Zusammenschluss zur Hauptstadtregion erfolgte als Reaktion auf die Definition der Metropolitanregionen im Entwurf des Raumkonzepts von 2008: Der Konzeptentwurf

bezeichnete die Region Bern nicht als Metropolitanregion, sondern sprach ihr den Rang eines Städtetetzes zu. Diese Charakterisierung löste eine neue Dynamik in der Region aus. Das Modellvorhaben hat diese Dynamik unterstützt und dazu beigetragen, dass mit der Gründung des Vereins «Hauptstadtregion Schweiz» binnen kurzer Zeit eine vorbildliche Zusammenarbeitsstruktur auf grossregionaler Ebene geschaffen werden konnte. Im überarbeiteten Raumkonzept, das Bund, Kantone und Gemeinden sowie deren Organisationen im Herbst 2012 verabschiedeten, haben diese Anstrengungen Eingang gefunden: Die «Hauptstadtregion Schweiz» wurde als neuer Raumtyp eingeführt und mit den drei Metropolitanräumen Bassin Lémanique, Zürich und Basel in die Gruppe der «grossstädtisch geprägten Handlungsräume» aufgenommen. In dieser Gruppe hat die Hauptstadtregion eine spezifische Funktion: Als Zentrum für nationale Politik und Verwaltung und Brücke zwischen den Landesteilen erbringt sie einen Service public für das ganze Land. In der Mitte der Metropolitanräume Zürich, Basel und Bassin Lémanique gelegen, nimmt die Hauptstadtregion eine wichtige Schaltstelle zwischen diesen Räumen ein.

VOM WISSENSTRANSFER PROFITIEREN

Das Modellvorhaben «Hauptstadtregion Schweiz» wurde vom Bund seit 2009 finanziell, inhaltlich und fachlich unterstützt und fand nach der Vereinsgründung und der Anstellung eines Geschäftsführers Ende 2011 seinen erfolgreichen Abschluss. Im Vergleich zu anderen Projekten konnte die Zusammenarbeit in der Hauptstadtregion schnell gefestigt werden – unter anderem, weil auf bereits bestehende Erfahrungen anderer Modellvorhaben zum Thema Zusammenarbeit auf grossregionaler Ebene zurückgegriffen werden konnte. Von diesem durch die Modellvorhaben intendierten Wissenstransfer können auch weitere Handlungsräume profitieren.



Die Hauptstadtregion Schweiz umfasst Teilgebiete der Kantone Bern, Freiburg, Wallis, Neuenburg und Solothurn.

HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE ZUKUNFT

Nicht ganz erreicht waren Ende 2011 die Ziele beim Bekanntheitsgrad und bei der Anerkennung der Anliegen des Vereins. Eine weitere Herausforderung sind auch die unterschiedlichen Interessen, Erwartungen und Mitwirkungsmotive der Vereinsmitglieder sowie die kantonal und kommunal unterschiedlich geprägten Entscheidungswege. Die Positionierung der Region konnte verstärkt werden, doch muss die Region die Wahrnehmung ihrer spezifischen Funktionen und ihres Profils noch weiter verbessern. Besonders im Bereich Governance zeigt sich die Hauptstadtregion modellhaft: Die Einbindung von fünf Kantonen und 20 Städten und Regionen stellt sicher, dass ein Grossteil der Akteure des Handlungsraums in die Prozesse und Projekte eingebunden sind. Auch das Arbeiten in flexiblen Perimetern darf als innovativ bezeichnet werden – es ist bis heute am Weiterwachsen und bietet sich als gutes Zusammenarbeitsmodell auch für andere Grossregionen an.

>> www.hauptstadtregion.ch

«Die Hauptstadtregion Bern nimmt schweizweit eine besondere Funktion ein: Sie ist das politische Zentrum, hier wird Politik gemacht und Politik beeinflusst. Diese Stärke gilt es zu nutzen.»

Paul Messerli, Berner Geografieprofessor



4 | ORGANISATIONSSTRUKTUR IM AARELAND

SCHRITT FÜR SCHRITT VOM LOSEN MITEINANDER ZUM ENGEN NETZ

Zuerst waren es nur informelle Treffen der Stadtpräsidenten, dann regelmässige Zusammenkünfte der Regionalplanungsverbände und schliesslich eine formelle Absichtserklärung – die Zusammenarbeit im AareLand wird immer enger. Im neu gegründeten Verein ist die Zusammenarbeit nun verbindlich geregelt, um das AareLand als attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraum zu positionieren und die gemeinsame Identität zu stärken.

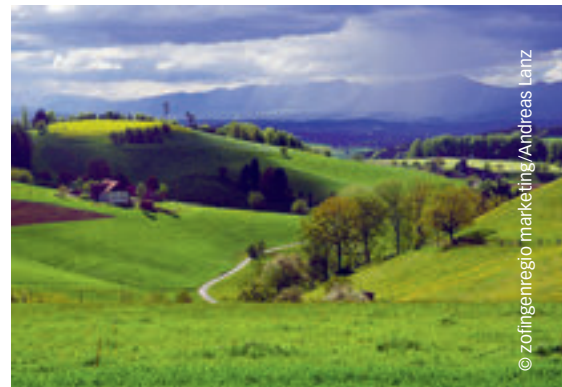
Der gemäss «Raumkonzept Schweiz» klein- und mittelstädtisch geprägte Handlungsraum AareLand erstreckt sich über die drei Kantone Aargau, Solothurn und Luzern und umfasst 65 Gemeinden. In den letzten Jahren hat sich immer deutlicher gezeigt, dass die historisch gewachsenen administrativen Grenzen den funktionalen Gegebenheiten nicht mehr entsprechen. Das Anpacken grenzüberschreitender Themen und Probleme erfordert daher neue Formen der Organisation. Dies war auch das Ziel des Modellvorhabens AareLand: Die bereits seit Längerem existierende Zusammenarbeit der Städte Aarau, Olten und Zofingen sollte unter Einbezug weiterer Gemeinden und der bestehenden Regionalorganisationen in eine neue, verbindliche Struktur überführt werden. Dadurch sollte die Kooperation in wichtigen innenpolitischen Bereichen im AareLand enger werden. Dies war nicht zuletzt im Hinblick auf die Stärkung der Interessensvertretung gegenüber dem Bund und die Bildung einer regionalen Identität von grosser Bedeutung. Ansonsten lief die Region Gefahr, im überregionalen Wettkampf an Boden zu verlieren.

ENGE ZUSAMMENARBEIT FÖRDERT WETTBEWERBSFÄHIGKEIT UND LEBENSQUALITÄT

Die Anstrengungen zur engeren Zusammenarbeit begannen nicht bei null, sondern bauten auf der Plattform Aargau-Solothurn (Paso) und der Absichtserklärung der Kantone zur Kooperation auf. Gemeinsam wurden bereits verschiedene Projekte realisiert, so zum Beispiel die Berufsbildungsmesse, der Aarelandweg und die Agglomerationsprogramme



© Raphael Nadler



© zofingenregio marketing/Andreas Lanz

der 1. und 2. Generation. Doch die Kooperation hatte zwei Schwachstellen: Die Fokussierung lag auf den drei Stadtpräsidenten und die Regionsgemeinden wurden zu wenig einbezogen. Die neue Organisationsform sollte diese Schwachstellen beheben und unter Einbezug weiterer Gemeinden sollte eine neue Institution entstehen. Die Arbeiten dazu erfolgten in einem breit abgestützten, partizipativen Prozess. Es wurden mehrere «AareLandsGemeinden» durchgeführt, im Rahmen derer verschiedene Organisationsmodelle diskutiert und bewertet wurden. Als beste Lösung für die Regelung der Zusammenarbeit erwies sich die Vereinsform. Der Schwung wurde ausgenutzt und ein neu gegründeter Verein nahm im Januar 2013 seine Aktivitäten auf. Mitglieder sind



5 | METROPOLITANKONFERENZ ZÜRICH

DIE METROPOLITANKONFERENZ ZÜRICH VERTRITT DIE GEMEINDE- UND KANTONSÜBERGREIFENDEN INTERESSEN

Im Wirtschaftsraum Zürich wurden bereits vielfältige Formen der Zusammenarbeit entwickelt. Doch bisher fehlte eine verbindliche Strategie für die Zusammenarbeit auf grossregionaler Ebene. Mit der Gründung des Vereins Metropolitanraum Zürich wurde diese Schwachstelle überwunden: Die Interessen der Mitglieds Kantone, -städte und -gemeinden werden gebündelt und der gemeinsame Lebens- und Wirtschaftsraum gestärkt.

Rund 1,9 Millionen Menschen leben im Metropolitanraum Zürich, verteilt auf über 230 Gemeinden der Kantone Aargau, Zürich, Luzern, Schwyz, Zug, Schaffhausen, Thurgau und St. Gallen. Es haben sich bereits vielfältige Formen der Zusammenarbeit entwickelt, doch bis anhin fehlte eine verbindliche Strategie für die grossregionale Zusammenarbeit. Aus diesem Grund initiierten der Kanton Zürich, die Stadtpräsidenten von Zürich und Winterthur sowie der Zürcher Gemeindepräsidentenverband 2005 das Modellvorhaben «Metropolitankonferenz Zürich». Dies mit dem Ziel, bestehende Mängel in der Zusammenarbeit aufzuzeigen und alternative Formen für eine bessere Zusammenarbeit zu entwickeln.

SITUATIONSANALYSE ALS AUSGANGSPUNKT

Da bereits zahlreiche Zusammenarbeitsstrukturen bestanden, begann das Modellvorhaben mit einer Grundlagenstudie, welche die Ist-Situation analysierte und bestehende Mängel und alternative Zusammenarbeitsformen aufzeigte. Die Ergebnisse der Studie bildeten 2006 den Ausgangspunkt für zwei Gesprächsrunden mit Politikerinnen und Politikern sowie Verwaltungsfachleuten. Die Beteiligten unterstützten die drei vorgeschlagenen Stossrichtungen: Eine Metropolitankonferenz sollte geschaffen, Interkommunalkonferenzen sollten im Kanton Zürich eingeführt sowie kantonsübergreifende Lenkungsgruppen gebildet werden. Gegen Ende des Modellvorhabens lag der Schwerpunkt auf dem Handlungsfeld der Metropolitankonferenz, in welches auch der Teilbereich interkantonale Zusammenarbeit verlagert wurde. Das Handlungsfeld Interkommunalkonferenzen wurde mangels Interessen der Gemeinden nicht weiterverfolgt.

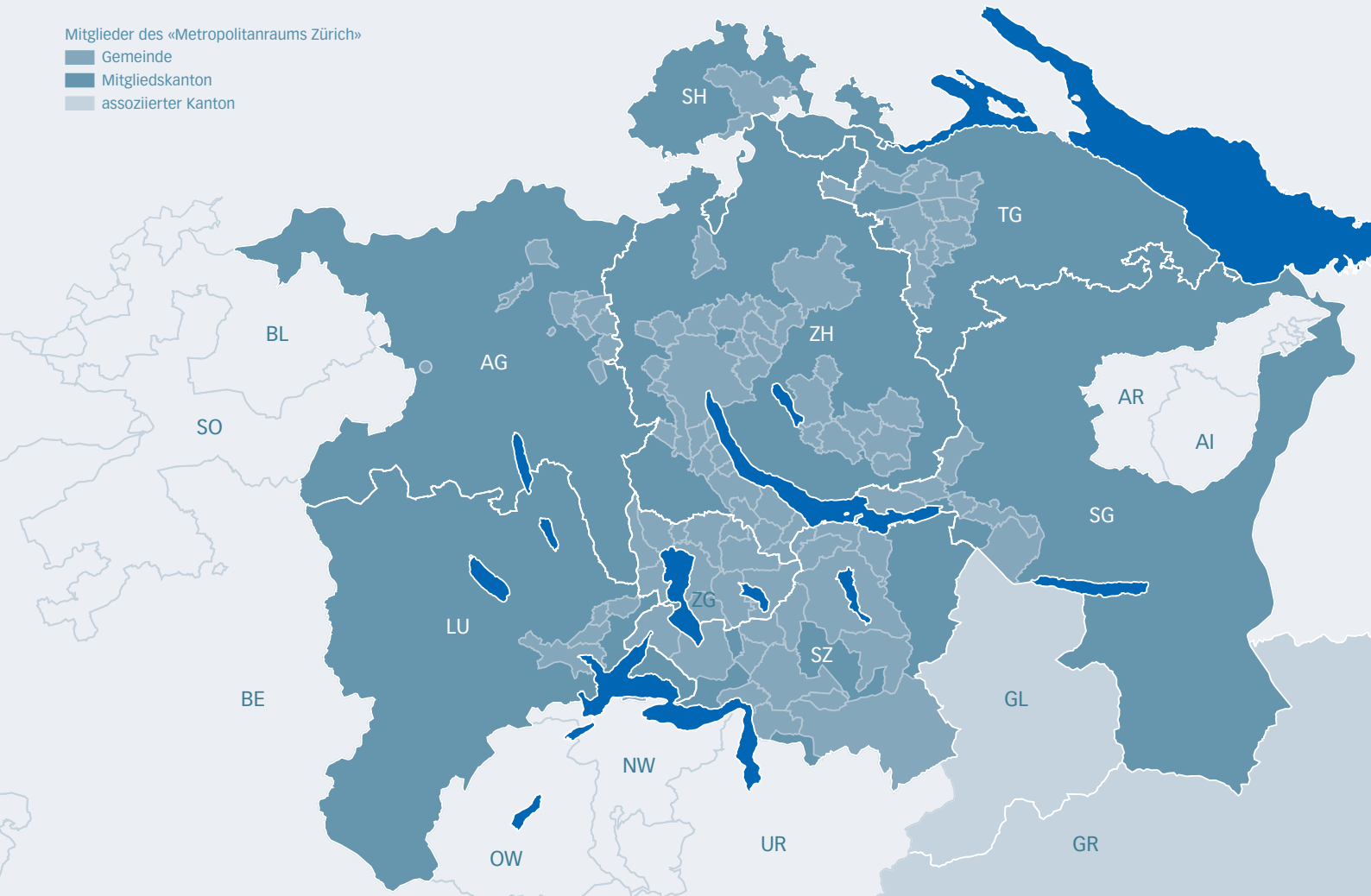


IM PARTIZIPATIVEN PROZESS ZUR VEREINSGRÜNDUNG

2007 wurde die erste Metropolitankonferenz durchgeführt. In der Folge konzentrierten sich die Arbeiten auf erste konkrete Projekte und die Suche nach einer geeigneten Form der Zusammenarbeit – mit dem Ergebnis, dass im Rahmen der fünften Konferenz im Juli 2009 der Verein Metropolitanraum Zürich sowie die entsprechende Regierungskonferenz gegründet wurden. Dem Verein gehören derzeit acht Kantone und rund 110 Gemeinden an. Er setzt sich zusammen aus der Metropolitankonferenz, in welcher die Kantone, Städte und Gemeinden jeweils durch eine Person in der Kantons- bzw. der Städte-/Gemeindekammer vertreten sind, dem Metropolitanrat, der aus je acht Vertreterinnen und Vertretern der Kantons- bzw. der Städte-/Gemeindekammer besteht, sowie einer Geschäftsstelle. Zudem hat der Verein auch assoziierte Mitglieder, die zwar an den Konferenzen teilnehmen, aber – im Gegensatz zu den anderen Mitgliedern – nicht abstimmen dürfen. Die Regierungskonferenz setzt sich aus den acht Mitgliedskantonen des Vereins zusammen, die gleichzeitig auch die Kantonskammer der Metropolitankonferenz bilden. Es wurden zahlreiche Projekte in den Themenschwerpunkten Gesellschaft, Verkehr, Wirtschaft und Lebensraum angestossen. Erfolgreich umgesetzt wurde beispielsweise ein Projekt im Bereich Verkehr. Die Metropolitankonferenz war in der Lage, sich auf ein paar wenige Schlüsselvorhaben zu einigen und deren Nutzen für die verkehrliche Anbindung des Metropolitanraums als eines Ganzen auf Bundesebene plausibel darzulegen.

Mitglieder des «Metropolitanraums Zürich»

- Gemeinde
- Mitgliedskanton
- assoziierter Kanton



Der Verein Metropolitanraum Zürich besteht derzeit aus 117 Vollmitgliedern sowie 12 assoziierten Mitgliedern. (Stand 2012)

EINBINDUNG DER GEMEINDEN ALS HERAUSFORDERUNG

Als Herausforderung für die überregionale Zusammenarbeit hat sich bislang die Einbindung der Gemeinden gezeigt. Gerade unter den kleinen Gemeinden sehen nicht alle den Sinn und den Nutzen einer überregionalen Zusammenarbeit. Schwierigkeiten ergeben sich auch aus der Entwicklung des Perimeters: Während immer mehr Gebietskörperschaften dem Verein beitreten und der Raum damit weiter wächst, ist das Kerngebiet des Metropolitanraums Zürich noch ein Flickwerk. Für die Zukunft gilt es daher, die Gemeinden besser in die Projektbearbeitung und Entscheidungsfindung einzubinden, um die Identität mit dem Metropolitanraum als Ganzem zu verbessern. Die Metropolitankonferenz Zürich ist durch die sorgfältige Planung und die durchdachte Konstruktion ein innovatives Beispiel für Multi-Level-Governance auf Metropolitanraumbene. Von ihren Erfahrungen beim Aufbau von Zusammenarbeitsstrukturen auf grossregionaler Ebene können andere Regionen nur profitieren.

>> www.metropolitanraum-zuerich.ch

«Im schweizweiten Vergleich nimmt die Metropolitankonferenz Zürich, wo es um die Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit eines organisierten funktionalen Raumes geht, eine Vorreiterfunktion ein. Sie verfügt über eingespielte Entscheidungsabläufe sowie eine legitimierte und effiziente Organisationsstruktur. Es werden jene Handlungsfelder angegangen, welche für den Raum als Ganzes von Bedeutung sind.»

Walter Schenkel, Geschäftsführer Verein Metropolitanraum Zürich

- ZUSAMMENARBEIT AUF GROSS-REGIONALER EBENE
- REGIONALE ZUSAMMENARBEIT**
- KOORDINATION RÄUMLICHER FUNKTIONEN
- NUTZEN-LASTENAUSGLEICHSSYSTEME
- AUFWERTUNG UND INWERTSETZUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT
- ERNEUERBARE ENERGIEN
- NACHHALTIGER LÄNDLICHER TOURISMUS
- NUTZUNGSPOTENTIALE FÜR EINE SIEDLUNGSENTWICKLUNG NACH INNEN
- STRATEGISCHE TEILGEBIETE DER AGGLOMERATIONEN



- 6 Starke Stadtregion Sursee
- 7 Bernplus – Stadt und Land gemeinsam
- 8 Starke Stadtregion Luzern
- 9 Vision für Bad Zurzach und Umgebung

REGIONALE ZUSAMMENARBEIT

Immer mehr Bedeutung erlangt die regionale Zusammenarbeit über Gemeinde- und Kantons Grenzen hinaus. Vier Modellvorhaben, von denen sich zwei auch im Stadt-Land-Kontext verorten lassen, haben sich dieser Beziehungen angenommen. Es zeigte sich, dass die Abgrenzung der Regionen, die Spielregeln bei den Entscheidungsprozessen sowie die konkreten Inhalte der Kooperation darüber entscheiden, ob diese regionale Zusammenarbeit von Erfolg gekrönt ist.

Die Veränderungen der räumlichen und sozioökonomischen Verhältnisse, die Schweizer Städte und die ländlichen Räume prägen, haben auch einen grossen Einfluss darauf, wie sich die Beziehungen zwischen Gemeinden entwickeln. Unterschiede bei der Bevölkerungsentwicklung, die zunehmende Mobilität, mehr funktionale Verflechtungen, gemeinsame Erstellung und gemeinsamer Unterhalt der Infrastruktur machen die Zusammenarbeit zum Gebot der Stunde. Eine Reihe von speziellen Herausforderungen prägen das Streben nach regionaler Kooperation: Im Vordergrund stehen oft teilweise sehr unterschiedliche Gemeindegrössen sowie die grosse Vielfalt bei den Identitäten der Gemeinden. Deutlich wahrnehmbare Differenzen zeigen sich oft auch bei den Entwicklungsperspektiven. Demgegenüber stehen die Chancen, welche eine regionale Zusammenarbeit offeriert und die in den Modellvorhaben genutzt wurden: Es geht darum, die vorhandenen Potentiale zu realisieren, gemeinsame Aufgaben zu identifizieren und effizienter wahrzunehmen, mögliche Differenzen rechtzeitig auf den Tisch zu bringen und die eigene Position im kantonalen und nationalen Kontext zu stärken. Bereits bei der ersten Generation der Modellvorhaben von 2002 bis 2007 lag der Fokus auf der Verstärkung der regionalen Zusammenarbeit.⁴

Die untersuchten Modellvorhaben

- Starke Stadtregion Sursee
- Bernplus – Stadt und Land gemeinsam
- Starke Stadtregion Luzern
- Vision für Bad Zurzach und Umgebung

fokussierten primär auf die Zusammenarbeit zwischen kommunalen und kantonalen Akteuren der öffentlichen Hand. Ergänzend dazu wurden je nach Modellvorhaben auch wirtschaftliche Akteure und die Bevölkerung einbezogen. Die Verantwortlichen der Modellvorhaben haben ihre Chancen genutzt und verschiedene Lösungsansätze entwickelt, um den spezifischen Herausforderungen zu begegnen. Solche Erfahrungen sind für die Weiterentwicklung dieses für die zukünftige Raumentwicklung zentralen Themas von grossem Wert. Die vier Projekte im Themenbereich Regionale Zusammenarbeit werden auf den nächsten Seiten vorgestellt.

Es hat sich gezeigt, dass insbesondere die regionale Zusammenarbeit im Stadt-Land-Kontext speziell herausfordernd ist, weshalb zu diesem Aspekt ein Vertiefungsbericht erarbeitet wurde (vgl. Seite 117). Der Bericht schliesst neben den beiden Modellvorhaben Starke Stadtregion Sursee und Bernplus – Stadt und Land gemeinsam auch die themenverwandten Modellvorhaben – RVAJ-Städtenetz des Jura-bogens und Organisationsstruktur im Aareland – sowie zwei Projekte aus der ersten Generation der Modellvorhaben ein. Dabei handelt es sich um die Modellvorhaben Agglomeration Brig-Visp-Naters: Zentrum des Oberwallis und Agglomerationsprogramm+ Frauenfeld. Der – unter Mitwirkung der Projektträger – von Georg Tobler vom Büro für Stadt- und Agglomerationsentwicklung sowie Jürg Inderbitzin und Rabea Lamla vom Institut für Betriebs- und Regionalökonomie an der Hochschule Luzern verfasste Bericht zeigt Erfahrungen und Lösungsansätze, wie die sechs Modellvorhaben auf die spezifischen Chancen und Herausforderungen einer Stadt-Land-Kooperation reagiert haben, zieht Folgerungen daraus und schliesst mit Empfehlungen.

⁴ Bundesamt für Raumentwicklung ARE (2010): Agglomerationspolitik des Bundes. Modellvorhaben zur Verbesserung der Zusammenarbeit in Agglomerationen, Bilanz 2002–2007. Bern.

6 | STARKE STADTREGION SURSEE

GEMEINDEVERBAND ALS IMPULSGEBER DER REGIONALENTWICKLUNG

Die Region Sursee-Mittelland strebt eine langfristige und dauerhafte Entwicklung an. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde der regionale Entwicklungsträger Sursee-Mittelland gegründet, der die Interessen und Anliegen der Gemeinden sowie der vielschichtigen Organisationen und Institutionen koordiniert. Gleichzeitig sollte auch die regionale Identität gestärkt werden – dies hat sich allerdings als grosse Herausforderung erwiesen.

Die Region Sursee-Mittelland ist eine ländliche Region im Luzerner Mittelland und liegt zwischen Luzern und Zofingen. Die Region wird massgeblich geprägt durch das Regionalzentrum Sursee und seine benachbarten Gemeinden, eine wirtschaftliche Hauptentwicklungsachse und durch das ländlich geprägte Übergangsgebiet beidseits der Hauptentwicklungsachse, das als Brücke zu den klassischen Landregionen des Kantons Luzern fungiert. Im Rahmen des Modellvorhabens wurde für dieses Stadt-Land-übergreifende Umfeld eine langfristige und dauerhafte Regionalentwicklung angestossen. Dazu wurde ein regionaler Entwicklungsträger aufgebaut, der die Interessen und Anliegen der Gemeinden sowie der Organisationen und Institutionen der Region wahrnimmt und koordiniert, der gegenüber dem Kanton und den Gemeinden als zuständige Anlaufstelle für Fragen der Regionalentwicklung auftritt und gleichzeitig die regionale Identität stärkt.

REGIONALER ENTWICKLUNGSTRÄGER IN FORM EINES GEMEINDEVERBANDES

Zwei Jahre nach Beginn des Modellvorhabens konnte eines der wichtigsten Ziele des Projekts erreicht werden: Am 23. Juni 2009 wurde der regionale Entwicklungsträger (RET) Sursee-Mittelland gegründet, der rechtlich als Gemeindeverband konstituiert ist. Mitglieder sind aktuell 17 Gemeinden der Region Sursee-Mittelland. Eine professionelle Geschäftsstelle wurde eingerichtet und eine Verbandsleitung eingesetzt. Durch den Aufbau von festen Strukturen in der Form dieses regionalen Entwicklungsträgers sind während der Zeit des Modellvorhabens Projekte entstanden, die über das



Modellvorhaben hinausgehen und als ständige Prozesse der Regionalentwicklung zu verstehen sind. So zum Beispiel die Stärkung der ÖV-Politik, das regionale Energiekonzept, das regionale Wasserversorgungsprojekt oder Projekte wie «Drei Marktorte – ein Bauernmarktkonzept», «Strom aus regionalem Grüngut» und die «Sportregion Sursee-Mittelland».

EINE REGIONALE IDENTITÄT ZU SCHAFFEN, BRAUCHT ZEIT

Neben dem Aufbau eines regionalen Entwicklungsträgers sollte gleichzeitig auch die regionale Identität gestärkt werden, was sich jedoch als grosse Herausforderung erwiesen hat: Es hat sich gezeigt, dass durch die Gründung eines Gemeindeverbandes noch lange keine gemeinsame Identität entsteht, denn der Verband ist in kurzer Zeit entstanden und nicht historisch gewachsen. Zudem konnten nicht alle Akteure in den identitätsbildenden Prozess einbezogen werden, und konkrete Projekte alleine reichten nicht aus, um ein gemeinsames regionales Bewusstsein aufzubauen. Gewappnet mit diesen Erfahrungen, hat die Projektleitung die Bildung einer regionalen Identität neu in Angriff genommen: Die Bewusstseinsbildung sollte nicht mehr über Kleinprojekte entstehen, sondern über eine Organisationsstruktur und die darin engagierten Persönlichkeiten entwickelt werden. Es wurden vier Netzwerkausschüsse zu den Themen Raumentwicklung, Natur/Umwelt/Energie, Politik und Wirtschaft gebildet, in welchen Schlüsselpersonen, die gut in der Region vernetzt sind, vertreten sind.



▣ Der Sempachersee ist ein identitätsstiftendes Element und ein wichtiger Erholungsraum der Region Sursee-Mittelland.

Diese haben die Aufgabe, die Herausforderungen für die Region in ihrem Fachgebiet herauszuschälen und gemeinsam Projektideen zu entwickeln. Die Netzwerke tauschen sich untereinander aus, wodurch das regionale Bewusstsein gestärkt wird. Gefördert wurde die regionale Identität durch ein weiteres Projekt: Politiker wurden aufgefordert, Video- und Fotobotschaften über die Region abzugeben. Dadurch sollten sie zum regionalen Denken angeregt und «befähigt» werden. Zudem organisiert der Gemeindeverband Teambuildingsevents und die Politiker werden in die thematischen Netzwerke eingebunden. So soll die Identitätsbildung weiter gestärkt werden.

NUTZEN-LASTENAUSGLEICH SOLL ERARBEITET WERDEN

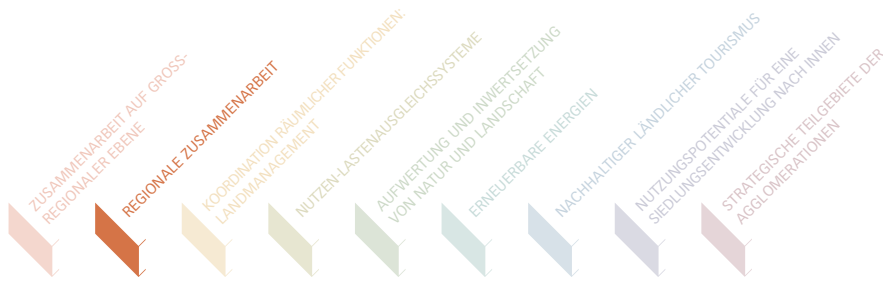
Im Laufe des Modellvorhabens hat sich für die Region ein neues Ziel herauskristallisiert: der Chancen- bzw. Nutzen-Lastenausgleich, vor allem im Spannungsfeld der Stadt-Land-Beziehungen. In diesem Bereich konnte die Region von den Erfahrungen eines anderen Modellvorhabens profitieren: Rund 60 Personen der regionalen und kantonalen Behörden sowie des Gemeindeverbands Sursee-Mittelland besuchten die Region Delémont und das dortige frühere

Modellvorhaben «Zone d'activités régionale de Delémont (ZARD)», das sich mit der Thematik des Nutzen-Lastenausgleichs beschäftigt hat. Der Austausch ermöglichte es dem Gemeindeverband, neue Aspekte und Erkenntnisse in den eigenen Prozess zu integrieren und so die Bearbeitung und

Der regionale Entwicklungsträger Sursee-Mittelland vertritt die Interessen, Anliegen und Bedürfnisse der Region. Er ist Anlaufstelle für alle Fragen zur regionalen Entwicklung und agiert themenübergreifend zwischen den verschiedenen Sachbereichen.

die Lösungsfindung im Bereich des regionalen Nutzen-Lastenausgleichs voranzutreiben.

>> www.sursee-mittelland.ch/ret-sursee-mittelland



7 | BERNPLUS – STADT UND LAND GEMEINSAM

101 GEMEINDEN UNTER EINEM HUT

Das Modellvorhaben «Bernplus – Stadt und Land gemeinsam» hat gute Arbeit geleistet: Im Gebiet Bern-Mittelland wurde aus sechs teilregionalen Organisationen und zwei thematischen Konferenzen eine einzige Regionalkonferenz gebildet. Diese koordiniert seit 2010 auf interkommunaler Ebene die Anliegen von fast hundert Gemeinden in den Bereichen Raumplanung, Verkehr, Kultur und Regionalpolitik.

Der funktionale Raum Bern-Mittelland erstreckt sich von Limpach im Norden über Guggisberg im Süden nach Clavaleyres im Westen bis Bowil im Osten und umfasst auf einer Fläche von 947 Quadratkilometern rund hundert Gemeinden. Im Siedlungsraum wohnen rund 40 Prozent der Berner Bevölkerung, und rund 50 Prozent der Arbeitsplätze des Kantons Bern sind hier angesiedelt. Im Raum waren sechs Organisationen aktiv, so zum Beispiel der Verein Region Bern und die Regionalplanung Kiesental, sowie zwei thematische Konferenzen, die regionale Kulturkonferenz und die regionale Verkehrskonferenz – zu viele Konferenzen, so die gemeinsame Erkenntnis der beteiligten Akteure. Ziel des Modellvorhabens war es daher, die verschiedenen Organisationen in eine neue Organisation, die Regionalkonferenz Bern-Mittelland, zu überführen, was Ende 2009 mit Zustimmung des Stimmvolks der betroffenen 101 Gemeinden auch gelang. Durch die neu geschaffene Organisation wird die Zusammenarbeit der städtischen und ländlichen Gemeinden auf regionaler Ebene verbindlich geregelt. Dadurch können auch schwierigere und langfristige Themen angegangen werden. Dabei sorgt ein ausgeklügeltes System der Stimmengewichtung dafür, dass weder die Kernstadt noch eine Gruppe von kleinen Gemeinden die Abstimmungen dominieren kann.

... DOCH ZURÜCK ZUM ANFANG

Bereits im Jahr 2005 haben sich die sechs teilregionalen Organisationen und die zwei thematischen Konferenzen zusammengeschlossen mit dem Ziel, die Zusammenarbeit innerhalb des Perimeters Bern-Mittelland zu intensivieren und zu vereinfachen. 2007 hat der Kanton Bern mit der



«Strategie für Agglomeration und regionale Zusammenarbeit SARZ» die gesetzlichen Grundlagen für die Konstituierung von Regionalkonferenzen geschaffen, deren Perimeter und organisatorische Rahmenbedingungen kantonal vorgeschrieben sind. Eine Regionalkonferenz bearbeitet die vier gesetzlich vorgeschriebenen Themenbereiche Raumplanung, Verkehr, Kultur und Regionalpolitik und seit 2012 auch den Bereich Energieberatung, und sie kann freiwillig weitere Aufgaben übernehmen. Die Bildung einer Regionalkonferenz ist ebenfalls freiwillig, es bedarf dazu jedoch der Zustimmung der Mehrheit der Gemeinden und der Mehrheit der Stimmberechtigten der betreffenden Region. Bei «Bernplus» war dies dank überlegter und schrittweiser Vorarbeit im Rahmen des Modellvorhabens der Fall:



Über 90 Gemeinden arbeiten in der Regionalkonferenz Bern-Mittelland stadt-land-übergreifend zusammen.

Mit einem sehr deutlichen Ja wurde die Einführung der Regionalkonferenz Bern-Mittelland am 17. Mai 2009 vom Stimmvolk und den 101 Gemeinden beschlossen. Damit wurde das Hauptziel des Modellvorhabens, nämlich die Schaffung einer effizienten, verbindlichen Struktur für die Zusammenarbeit im funktionalen Raum Bern-Mittelland, erreicht. Dies auch dank dem Einbezug der Gemeindepräsidenten, die von Anfang an in den Prozess involviert waren und die Regionalkonferenz durch jährlich stattfindende Konferenzen mitgestaltet haben.

VERBINDLICHE REGIONALKONFERENZ

Die Regionalkonferenz Bern-Mittelland ist im Kanton Bern die zweite Regionalkonferenz nach Oberland-Ost. Sie dient anderen Regionen wie Biel-Seeland, Ob- und Nid aargau oder Emmental als Vorbild für die Einführung einer eigenen Regionalkonferenz. Die Regionalkonferenz setzt sich aus der Regionalversammlung der 95 Gemeindepräsidenten (Stand 2013), welche verbindliche Entscheide im einfachen Mehr treffen kann, der Geschäftsleitung und einer Geschäftsstelle sowie Fachkommissionen zusammen. Thematisch stösst die Regionalkonferenz Bern-Mittelland seit Aufnahme ihrer operativen Tätigkeit am 1. Januar 2010 nicht nur Projekte

in den gesetzlich vorgeschriebenen Bereichen an, sondern darüber hinaus auch in den Aufgaben Wirtschaftsförderung oder Soziales. In den Pflichtbereichen werden insbesondere beim Thema Verkehr Schwerpunkte gesetzt, wie zum Beispiel Schülertransporte, Langsamverkehr und ÖV. Die Regionalkonferenzen des Kantons Bern gelten schweizweit

Die Regionalkonferenz Bern-Mittelland ist das Gefäss für die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit – für einen dynamischen und nachhaltigen Lebensraum Bern-Mittelland.

als vorbildlich, da es ihnen gelungen ist, die Zusammenarbeit auf regionaler und Stadt-Land-übergreifender Ebene so weit zu institutionalisieren, dass gesetzliche Aufträge für die regionale Ebene in den Schlüsselthemen der Raumentwicklung entstanden sind.

>> www.bernmittelland.ch

8 | STARKE STADTREGION LUZERN

VERSTÄRKTE KOOPERATION ODER FUSION?

Die Stadt Luzern und die umliegenden Agglomerationsgemeinden Adligenswil, Ebikon, Emmen und Kriens wollen die Stadtregion gemeinsam stärken. Die grundlegende Frage war dabei, ob dazu der Weg einer verstärkten Kooperation oder einer Fusion gewählt werden soll. Im Rahmen des Modellvorhabens wurden in einem mehrstufigen Prozess die Vor- und Nachteile der beiden Szenarien abgeklärt und eine Empfehlung abgegeben. Das letzte Wort hatte dabei die Stimmbevölkerung – sie konnte darüber entscheiden, welcher Weg weiterverfolgt werden soll.

Die Stadtregion Luzern muss sich im Konkurrenzkampf der Wirtschaftsregionen und der umliegenden Kantone behaupten und will Antworten auf den ständig zunehmenden Verkehr und die Nachfrage nach Wohnfläche bei gleichzeitig beschränkten Baulandreserven finden. Daraus ist die Erkenntnis gewachsen, dass diese Aufgaben nur durch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den Gemeinden der Stadtregion Luzern zu meistern sind. Im Dezember 2008 haben die Gemeinderäte von Adligenswil, Ebikon, Emmen, Kriens, Horw sowie der Stadtrat von Luzern einer Grundsatzvereinbarung zur Stärkung ihrer Region zugestimmt. Im Mai 2009 entschied die Stimmbevölkerung über den Beitritt zum Projekt «Starke Stadtregion Luzern»: Adligenswil, Ebikon, Emmen und Kriens stimmten der Projektteilnahme zu, einzig Horw lehnte ab. Im Rahmen des Modellvorhabens wurden anschliessend zwei Zukunftsszenarien zur nachhaltigen Stärkung der Stadtregion Luzern entwickelt: die Fusion und die verstärkte Zusammenarbeit. Das Stimmvolk konnte daran anschliessend bestimmen, welches Szenario weiterverfolgt werden sollte.

PROJEKTSTEUERUNG EMPFIEHLT FUSION

Im Oktober 2009 startete das Modellvorhaben «Starke Stadtregion Luzern». Die Projektsteuerung bestand dabei aus den Präsidentinnen und Präsidenten der beteiligten Gemeinden, der zuständigen Regierungsrätin sowie einem externen Projektleiter. In der darauffolgenden, fast zweijährigen Abklärungsphase haben sieben Fachgruppen sowie ein Projektausschuss, bestehend aus Mitarbeitenden der beteiligten Gemeinden, die Grundlagen für die beiden Szenarien verstärkte Kooperation und Fusion erarbeitet. Neben den



harten Faktoren aus dem Verwaltungsalltag der Gemeinden wurden auch weiche Faktoren aus dem gesellschaftlichen und sozialen Zusammenleben vertieft analysiert. Im Szenario Fusion würden sämtliche Aufgabengebiete der bisherigen Gemeinden zusammengelegt und aus den fünf beteiligten Gemeinden würde ein neues Gemeinwesen entstehen. Beim Szenario verstärkte Kooperation wurde ein Mehrzweckgemeindeverband (MZGV) vorgeschlagen, der mehrere kommunale Aufgaben erfüllen sollte. Die Ergebnisse dieser Abklärungsphase hat die Projektsteuerung in einem ausführlichen Schlussbericht zusammengefasst. Als Fazit empfahl die Projektsteuerung, das Szenario Fusion weiterzuverfolgen, denn dadurch könne die Stadtregion – nebst anderen Vorteilen wie Steuersenkungen, vereinfachte Raumplanung, übergeordnete Lösungen bei Verkehrsfragen – mit einheitlicher Stimme auftreten und deren Wettbe-



▣ Im Modellvorhaben wurden die Vor- und Nachteile von «Gemeindefusion» und «verstärkter Kooperation» evaluiert.

werbsfähigkeit besser gestärkt werden. Der Schlussbericht und die Empfehlung für eine Fusion stellte den Abschluss des Modellvorhabens dar, konnte damit ja das gesetzte Ziel, nämlich die Entwicklung der Zusammenarbeitsformen Fusion und verstärkte Kooperation, erreicht werden.

ENTWICKLUNGEN NACH ENDE DES MODELLVORHABENS

Der Schlussbericht der Projektsteuerung bildete die Grundlage für den zweiten politischen Entscheid durch das Stimmvolk: Nach der Frage von 2009, ob man in die Abklärungsphase einsteigen soll, ging es nun um den Entscheid, ob das Szenario Fusion oder jenes der verstärkten Kooperation weiterverfolgt werden sollte. Im November 2011 sagte die Stimmbevölkerung der Stadt Luzern Ja zu weiteren Fusionsabklärungen, während die Gemeinden Ebikon und Kriens weitere Abklärungsschritte ablehnten und aus dem Projekt ausstiegen. Auch Adligenswil hat sich an der Gemeindeversammlung gegen weitere Schritte ausgesprochen. Dem Nein folgte am 11. März 2012 auch Emmen.

TROTZ SCHEITERN EINE WICHTIGE ERFAHRUNG

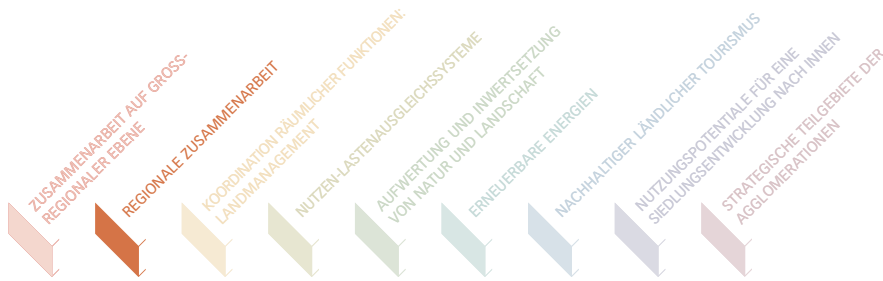
Das Ziel der Fusion einer Stadt mit Agglomerationsgemeinden aus strategischen Gründen – um sich damit zwischen den Schweizer Metropolitanräumen und im

internationalen Standortwettbewerb zu stärken – war pionierhaft. Neu war auch die Abklärung von zwei Szenarien, denn bisher wurden im Kanton Luzern vor allem Fusionen geprüft. Trotz des Scheiterns der Fusionsbestrebungen konnte das Ziel des Modellvorhabens, nämlich

«Trotz vieler Studien und eines sorgfältigen Projekts «Starke Stadtregion Luzern» ist es nicht gelungen, die Bevölkerung von der Qualität und den Vorteilen der Strategie, welche die Region Luzern durch eine Gemeindefusion stärken wollte, zu überzeugen.»

Urs W. Studer, Stadtpräsident Luzern 1996–2012

die Ausarbeitung der beiden Szenarien, erreicht werden. Auch der intensive, ergebnisoffene und breit abgestützte Meinungsbildungsprozess, wie er während des Projektes stattgefunden hatte, stellt für sich einen Gewinn für die Stadtregion dar.



9 | VISION FÜR BAD ZURZACH UND UMGEBUNG

MIT DER «VISION ZURZIBIET» WERDEN GEMEINDEGRENZEN ÜBERWUNDEN

Die Gemeinden des aargauischen Zurzibiet packen die zukünftige Entwicklung der Region zusammen an: Gemeinsam mit dem Planungsverband, dem Wirtschaftsforum Zurzibiet und mit Unterstützung des Kantons Aargau haben sie eine Vision für das Zurzibiet entworfen, die als Leitlinien für das langfristige Handeln in der Region dienen. Die im Rahmen der Vision entwickelten Massnahmen sollen der Region zu einem unverkennbaren Profil und neuem Aufschwung verhelfen.

Im aargauischen Zurzibiet leben in 26 Gemeinden rund 35000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die Region liegt im Nordosten des Kantons Aargau und grenzt im Osten an den Kanton Zürich und im Norden an Deutschland. Trotz der geografisch zentralen Lage vor den Toren der Wirtschaftsräume Baden und Zürich sowie der Nähe zum Flughafen Zürich gilt das Zurzibiet im gesamtschweizerischen Kontext als strukturschwache Region. Bisher gelang es der Region nicht, ihre Standortvorteile – die Nähe zu den Wirtschaftszentren sowie die Lage inmitten einer schönen und intakten Natur – für eine positive Gesamtentwicklung zu nutzen. Damit sich das Zurzibiet dem Wettbewerb in der Region stellen und seine Standortvorteile künftig besser nutzen kann, wurde das Modellvorhaben «Vision für Bad Zurzach und Umgebung» gestartet: Das Modellvorhaben zielte darauf ab, raumwirksame Sektoralpolitiken besser aufeinander abzustimmen sowie regionale Ressourcen zu bündeln. Durch die Bündelung der regionalen Kräfte und das Setzen von regionalen Schwerpunkten sollte ein unverkennbares Profil für das Zurzibiet geschaffen und dadurch der Region zu neuem Aufschwung verholfen werden.

STRUKTURANALYSE ZEIGT STÄRKEN UND SCHWÄCHEN DER REGION

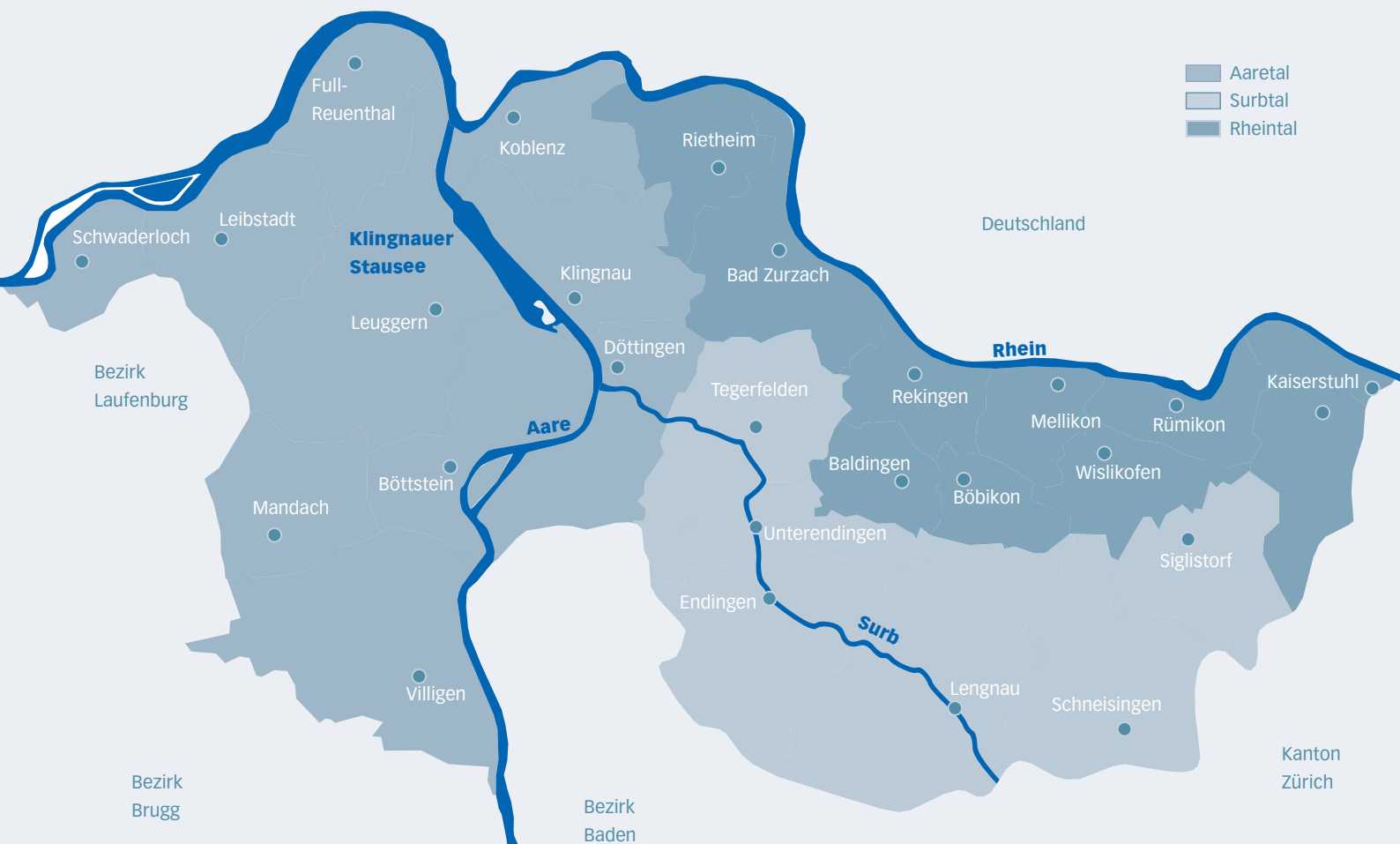
Das Modellvorhaben wurde von den Gemeinden Bad Zurzach, Böttstein, Döttingen und Klingnau, dem Planungsverband Zurzibiet und dem Wirtschaftsforum Zurzibiet mit Unterstützung des Kantons Aargau lanciert. Zwischen



2008 und 2011 wurden verschiedene Aspekte evaluiert mit dem Ziel, die eigenen Standortvorteile besser zu nutzen, eine gemeinsame Vision im Sinne einer räumlichen Entwicklungsstrategie für die ganze Region zu erarbeiten und die Bevölkerung partizipativ in die «Vision Zurzibiet» einzubinden. Die Grundlagenarbeit des Modellvorhabens bildete dabei die Strukturanalyse. Damit wurde ein umfassendes Bild der Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken im Hinblick auf die weitere Entwicklung gezeichnet sowie Erkenntnisse über die funktionalen Verflechtungen und Räume vertieft. Besondere Bedeutung kam neben der Analyse der funktionalen Räume deshalb auch der Untersuchung der regionalen Akteure und der Frage zu, wie diese vernetzt sind. Auch wurde die Bedeutung von Bad Zurzach als Regionalzentrum und Entwicklungsmotor untersucht. Als Resultat liegt ein Bild der Region vor, das eine Vorstellung einer gemeinsamen Entwicklung für das Zurzibiet repräsentiert. Das Modellvorhaben liefert somit wichtige Erkenntnisse, um neue Governancestrukturen in der Region Zurzibiet zu etablieren.

ENTWICKLUNG EINER GEMEINSAMEN VISION

Kernstück des Modellvorhabens stellte aber die grafisch aufbereitete Broschüre «Vision Zurzibiet» dar: Mit der Vision Zurzibiet wird ein gemeinsam angestrebtes Bild der Region im Sinne einer Vorstellung einer regionalen Entwicklung aufgezeigt. Gemeindegrenzen werden überwunden und



Das Zurzibiet umfasst 26 Gemeinden, die eine Charta für eine gemeinsame regionale Entwicklung unterzeichnet haben.

regionales Handeln wird in den Vordergrund gestellt. In der Vision wurden für die gesamte Region als auch für deren Teilregionen Entwicklungsziele definiert und in Strukturkarten räumlich verortet. Diese Strukturkarten bilden die Grundlage für die im Baugesetz vorgeschriebene regionale Abstimmung der Nutzungsplanung. Die Vision, die auf Basis der Strukturanalyse und unter Einbezug der Bevölkerung erarbeitet wurde, ersetzt somit auch die Erarbeitung eines Regionalentwicklungskonzeptes und dient als Leitlinie für das langfristige Handeln in der Region.

CHARTA SICHERT ZUSAMMENARBEIT

Im Verlauf des Projekts, bei welchem von Anfang an alle in der Region relevanten Akteure einbezogen wurden, zeigte sich, dass die Mitarbeit an der Vision und damit die Verpflichtung, sich an der Entwicklung der Region zu beteiligen, mittels Unterzeichnung einer Charta sichergestellt werden muss – was im November 2011 auch erreicht wurde. Mit der von fast allen Gemeinden sowie dem Regionalplanungsverband und dem Wirtschaftsforum Zurzibiet unterzeichneten Charta konnte ein grosser Erfolg verbucht

werden. Grund für diesen Erfolg war insbesondere die breite Akzeptanz durch den regelmässigen Einbezug von Gemeinden, regionalen Akteuren sowie der Bevölkerung während des gesamten Prozesses. Mit der Unterzeichnung

«Sie haben eine regionale Vision entworfen, die gebündelten Stärken in die Waagschale geworfen und können heute trotz skeptischer Reaktionen sagen: Es hat sich gelohnt.»

Urs Hofmann, Regierungsrat Kanton Aargau

der Charta haben sich die Gemeinden klar für die Umsetzung der Vision ausgesprochen. Diese Absicht wurde mit der Zusicherung der Mittel für die konkrete Umsetzung von Projekten für die nächsten vier Jahre durch den Vorstand des Planungsverbandes weiter bekräftigt.

>> www.zurzibiet.ch

- ZUSAMMENARBEIT AUF GROSS-REGIONALER EBENE
- REGIONALE ZUSAMMENARBEIT
- KOORDINATION RÄUMLICHER FUNKTIONEN: LANDMANAGEMENT
- NUTZEN-LASTENAUSGLEICHSSYSTEME
- AUFWERTUNG UND INWERTSETZUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT
- ERNEUERBARE ENERGIEN
- NACHHALTIGER LÄNDLICHER TOURISMUS
- NUTZUNGSPOTENTIALE FÜR EINE SIEDLUNGSENTWICKLUNG NACH INNEN
- STRATEGISCHE TEILGEBIETE DER AGGLOMERATIONEN



- 10 Standortstrategie für publikumsintensive Einkaufseinrichtungen im Kanton Waadt
- 11 Waldstadt Bremer
- 12 Mikroregion Haute-Sorne: interkommunale Zusammenarbeit und Raumplanung
- 13 Umfassendes Management des ländlichen Raums im Jurabogen

KOORDINATION RÄUMLICHER FUNKTIONEN: LANDMANAGEMENT

Wo beim Boden Knappheit herrscht, sind Nutzungen erst recht sorgfältig zu planen. Besonders deutlich zeigt sich dies im Schweizer Mittelland: In vielen Regionen stehen unterschiedliche Nutzungen in Konkurrenz untereinander. Das betrifft vor allem die Landwirtschaft, Infrastruktureinrichtungen, Siedlungs- und Verkehrsflächen, Freiräume oder den Landschaftsschutz. Vier Modellvorhaben haben unterschiedliche Herangehensweisen, wie die Nutzungen auf regionaler Ebene optimal aufeinander abgestimmt werden können, getestet.

Im Zentrum der auf den folgenden Seiten beschriebenen Modellvorhaben stehen Ansätze, wie eine gemeinsame Strategieentwicklung angepackt werden kann, sowie die Klärung der Frage, wo in einer Region bestimmte Funktionen lokalisiert werden sollen.

Aus den vier Modellvorhaben

- Standortstrategie für publikumsintensive Einkaufseinrichtungen im Kanton Waadt
- Waldstadt Bremer
- Mikroregion Haute-Sorne: interkommunale Zusammenarbeit und Raumplanung
- Umfassendes Management des ländlichen Raums im Jurabogen

lassen sich unter anderem vier grundlegende Erkenntnisse ableiten. Erstens: vom Kleinen zum Grossen aufbauen. Das notwendige Vertrauen braucht ein Fundament, für das sich erste kleinere Erfolge gut eignen; nur so kann sich eine Kooperationskultur entwickeln. Zweitens: Gute Grundlagen sind wertvoll. Eine vollständige Datenbasis und eine akzeptierte analytische Grundlage stützen jeden regionalen Kooperationsprozess, denn deren gemeinsame Erschaffung führt zum gegenseitigen Verständnis und schärft den Blick für das Gemeinsame. Dadurch entsteht eine regionale Betrachtungs- und Denkweise. Diese wiederum ist die Voraussetzung dafür, dass der Mehrwert des gemeinsamen Handelns erkannt werden kann. Drittens: Der Kanton hat eine zentrale Rolle. Zur Herbeiführung – und vor allem zur Umsetzung – von tragfähigen Lösungen ist das unterstützende und aktive Engagement des Kantons notwendig. Viertens: Schriftliche Vereinbarungen sind wichtig. Durch Instrumente wie einen Regionalplan, eine Charta oder Projekt- und Finanzierungsvereinbarungen sollten die Beteiligten mit Blick auf die Umsetzung verbindliche Absprachen treffen.

10 | STANDORTSTRATEGIE FÜR PUBLIKUMSINTENSIVE EINKAUFSEINRICHTUNGEN IM KANTON WAADT

EINE METHODE FÜR DIE SUCHE NACH DEM GEEIGNETEN STANDORT

Die Auseinandersetzung um die Standorte für publikumsintensive Einkaufseinrichtungen ist nicht nur im Kanton Waadt ein Thema. Aber dort stehen dank einem Modellvorhaben nun Entscheidungshilfen bei der Standortauswahl zur Verfügung.

Die Ansiedlung von stark frequentierten Einrichtungen – zum Beispiel Einkaufszentren – basiert nicht immer auf offensichtlich nachhaltigen Kriterien: Oft auf der grünen Wiese oder in der Peripherie angesiedelt, sind sie schlecht an den öffentlichen Verkehr angebunden und in manchen Fällen relativ weit von den Einzugsgebieten entfernt, was zu einem Anstieg des motorisierten Individualverkehrs und damit zu Lärm- und Schadstoffbelastungen führt. Die Einkaufszentren verbrauchen – nicht zuletzt durch die hohe Anzahl der benötigten Parkplätze – viel Fläche. Zudem konkurrenzieren sie den Einzelhandel in den Kernstädten, wodurch die Gefahr besteht, dass diese an Attraktivität und Wirtschaftskraft verlieren. Hier setzt das Modellvorhaben «Standortstrategien für publikumsintensive Einkaufseinrichtungen (PEE)» des Kantons Waadt an: Dank dem Modellvorhaben gelang es, anhand von Kriterien aus den Bereichen Städtebau, Verkehr und Umwelt eine Strategie für die Ansiedlung von publikumsintensiven Einkaufseinrichtungen im Kanton Waadt zu entwickeln, die einerseits nachhaltig ist und andererseits dazu beiträgt, die Vitalität der Stadtzentren zu sichern.

ERARBEITUNG DER KANTONALEN KRITERIEN FÜR DIE ANSIEDLUNG

Die Kriterien für die Ansiedlung von publikumsintensiven Einrichtungen wurden anhand einer Analyse im Raum Lausanne-Morges erarbeitet und verifiziert. Als zweites Testgebiet diente die Agglomeration Yverdon-les-Bains. Anhand verschiedener kartografischer Überprüfungen wurden die Vorschläge weiterentwickelt. Nach diesen Tests sowie den notwendigen Anpassungen wurde die Strategie in den kantonalen Richtplan aufgenommen. Sie ist Teil der dritten Richtplananpassung, die dem Kantonsrat demnächst vorgelegt wird.

In der Analyse wurden verschiedene Typen von publikumsintensiven Einrichtungen identifiziert, für die jeweils unterschiedliche Anforderungen gelten. Die Strategie basiert dabei auf zwei Schritten: In einem ersten Schritt werden nach verschiedenen quantitativen Kriterien – beispielsweise Erreichbarkeit mit dem ÖV, nahe gelegene Einzugsgebiete oder Strassenerschliessung – mögliche Standorte nach Typ von PEE bestimmt. Im zweiten Schritt kann dann anhand einer auf qualitativen Kriterien des PEE-Projekts beruhenden Interessenabwägung beurteilt werden, ob der gewählte potenzielle Standort tatsächlich zweckmässig ist, ob das Projekt zu einer Aufwertung des Gebiets beiträgt und ob es mit den gewählten Strategien auf Ebene der Region oder der Agglomeration übereinstimmt.



▣ Im Kanton Waadt wurde eine Strategie für die Ansiedlung von publikumsintensiven Einkaufseinrichtungen entwickelt.

MACHBARKEIT VS. ZWECKMÄSSIGKEIT

Diese Beurteilungsstrategie, die auch auf andere Regionen in der Schweiz angewendet werden könnte, umfasst demzufolge nicht nur Kriterien, welche bestimmte Flächen als Standorte für grosse Einkaufszentren ausschliessen, sondern es wird auch die Machbarkeit beurteilt. Damit wird auch der föderalen Arbeitsteilung Respekt gezollt: Der Kanton hat einen Katalog von Ausschlusskriterien definiert, überlässt aber gleichzeitig den Behörden in den Regionen und Agglomerationen die Definition der Kriterien, welche dann für konkrete Projekte vor Ort angewendet werden. Dank dieser modellhaften Regelung konnte der Kanton Waadt im heiklen Bereich der publikumsintensiven – und damit verkehrsreichen – Einkaufseinrichtungen ein Plus an Planungssicherheit gewinnen; zum Vorteil der Gemeinden und Agglomerationen, aber auch zugunsten der Investoren sowie Anwohner und Nutzer von künftigen Einkaufszentren.

Die Agglomeration Lausanne-Morges war das erste Testgebiet des Modellvorhabens. Sie verfügt heute über potenzielle Standorte für die einzelnen Typen von Einkaufseinrichtungen.

11 | WALDSTADT BREMER

DIE «WALDSTADT BREMER» SOLL RUND 6000 BIS 8000 EINWOHNERINNEN UND EINWOHNERN PLATZ BIETEN

Der Förderverein Waldstadt Bremer, als Projektträger des Modellvorhabens, hat in einer Machbarkeitsstudie die Sicht der Projektinitianten sowie der Autoren einzelner Fachberichte festgehalten. Deren Ziel ist es, die «Waldstadt Bremer» zu realisieren. Während der Bearbeitung kristallisierten sich neben der zentralen Frage nach den Voraussetzungen für eine Waldrodung weitere wichtige Punkte heraus, die zu prüfen waren. Dazu gehörten die Einbettung des Projektes in die regionale Siedlungsentwicklung, die Einbindung der Stadterweiterung in den städtischen Kontext, die technische Realisierung und die Finanzierung der Autobahnüberdeckung, die Grundstücksverfügbarkeit sowie die Akzeptanz des Projektes bei der Bevölkerung und der Politik.

Der Bremerwald liegt im Nordwesten der Stadt Bern. Für die Stadterweiterung schlagen die Projektträger einen Perimeter vor, der südlich direkt ans Länggassquartier anschliesst und nördlich von der Autobahn A1 begrenzt wird, die heute den Bremerwald durchschneidet. Die von der Stadterweiterung betroffene Waldfläche umfasst rund 42 Hektaren, was etwa der Grösse der Berner Altstadt entspricht. Auf dieser Fläche soll ein neues Stadtquartier für rund 6000 bis 8000 Bewohnerinnen und Bewohner sowie mit Arbeitsplätzen entstehen. Stadt, Region und Kanton begrüsst grundsätzlich, dass die Projektidee «Waldstadt Bremer» überprüft wird, und hatten in einer Begleitgruppe mitgewirkt. Im Rahmen des Modellvorhabens sollte geklärt werden, ob und unter welchen Umständen eine Stadterweiterung von Bern in den Bremerwald infrage kommen könnte.

HAUPTTHEMEN DER MACHBARKEITSSTUDIE

Der innovative Beitrag sollte vorwiegend in der Betrachtung der «Waldstadt Bremer» aus der regionalen Sied-

lungsentwicklung heraus geleistet werden. Im regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept der Region Bern-Mittelland (RGSK) war von rund 400 Hektaren Wohnzonen die Rede, die bis ins Jahr 2030 zusätzlich benötigt würden. Die Studie sollte eine Antwort geben auf die Fragen, welchen Beitrag die «Waldstadt Bremer» zu einem nachhaltigen Siedlungswachstum von Bern und Umgebung leisten könnte und was konkret diesen Standort als potenzielles Stadterweiterungsgebiet auszeichnete. Dazu wurden auf der Grundlage des RGSK vier Areale identifiziert und mit der «Waldstadt Bremer» verglichen. Als weiteres Kriterium der Studie galt es, die Stadterweiterung in den städtischen Kontext einzubetten. Dazu wurden Konzeptansätze zu Landschaft, Siedlung, Nutzung und Verkehr entwickelt. Ein zentraler und bis zum Schluss des Modellvorhabens umstrittener Punkt war die Rodung des Waldgebietes, das der Stadterweiterung Platz machen müsste. Mit dem Modellvorhaben «Waldstadt Bremer» sollte der heutige Schutz des Waldes nicht infrage gestellt werden. Vor diesem Hintergrund galt es, abzuklären, welche Voraussetzungen eine Waldrodung in dieser Grösse erfüllen müsste. Weitere wichtige Themen der Studie waren die technische Machbarkeit der Autobahnüberdeckung und deren Finanzierung und die Verfügbarkeit des Grundstückes, denn Eigentümerin des Areals ist die Burgergemeinde Bern. Da die Projektidee stark auf die Akzeptanz von Bevölkerung und Politik angewiesen ist, wurde auch dieser Aspekt in die Studie miteinbezogen.

ERHALTUNG WALD VERSUS ERHALTUNG KULTURLAND

Das Siedlungsgebiet in der Schweiz nimmt stark zu. Dadurch geht viel landwirtschaftliches Kulturland verloren, derweil der Wald gut geschützt ist. Zur Minderung des hohen Kulturlandverlustes wird die Frage an die Raumplanung gestellt, ob nicht auch der Wald einen Beitrag an den hohen Siedlungsbedarf in den Agglomerationsräumen zu



▣ Mit der Stadterweiterung in den Bremerwald könnte ein neues Quartier für rund 6000 bis 8000 Einwohner/-innen entstehen.

leisten hätte. Mit dem Modellvorhaben konnte ein Fachbeitrag zu diesem schwierigen Thema geleistet werden. Dabei war die interdisziplinäre Auseinandersetzung unter Einbezug von Stadt, Region und Kanton äusserst wertvoll. Entsprechend dem Projektstand einer Idee sind die vorliegenden Antworten nicht abschliessend zu werten, sondern als Input für kommende Diskussionen zu betrachten. Ob eine «Waldstadt Bremer» auch tatsächlich mit geringerem Kulturlandverlust in der Agglomeration Bern einhergehen würde, konnte nicht abschliessend beantwortet werden. Die Zentralität, die geplante hohe Dichte des neuen Quartiers sowie die Anbindung an eine bereits bestehende Infrastruktur sprechen dafür. Die Weichen dafür müssten jedoch die Region und die Stadt Bern in ihren Siedlungsentwicklungskonzepten stellen.

>> www.waldstadtbremer.ch

Zur Minderung des Kulturlandverlustes stellt sich die Frage an die Raumplanung, ob in städtisch geprägten Räumen nicht auch Waldareale für den Bau von neuen Siedlungen genutzt werden sollten. Das Modellvorhaben hat anhand eines konkreten Falles einen Beitrag zu diesem schwierigen Thema geleistet. Dabei sind die vorliegenden Antworten nicht abschliessend zu werten, sondern als Input für kommende Diskussionen zu betrachten.

12 | MIKROREGION HAUTE-SORNE: INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT UND RAUMPLANUNG

AUS SIEBEN GEMEINDEN WERDEN DREI: ZUSAMMENSCHLUSS FÜR MEHR EFFIZIENZ

Aus ursprünglich sieben eigenständigen jurassischen Gemeinden ist die Mikroregion Haute-Sorne entstanden. Eine Vereinbarung über die interkommunale Zusammenarbeit war ein erster Schritt und bewirkte zum Beispiel die Errichtung einer gemeindeübergreifenden Industriezone. Zur weiteren Optimierung fusionierten 2013 fünf der sieben Gemeinden.

Die sieben jurassischen Gemeinden Bassecourt, Boécourt, Courfaivre, Glovelier, Saulcy, Soule und Undervelier ziehen am gleichen Strick: Bereits im Jahr 2004 wurde eine Charta unterzeichnet, welche die interkommunale Zusammenarbeit und eine zentralisierte Verwaltungsstruktur vorsah, um die Gemeinden von Aufgaben, die parallel liefen, zu entlasten. Ebenso sollte die Landnutzung unter dem Gesichtspunkt eines späteren Zusammenschlusses der Gemeinden angegangen werden. Im Rahmen des Modellvorhabens wurde die Zusammenarbeit in der Region nun weiter verstärkt: Als Mikroregion Haute-Sorne erarbeiteten die sieben Gemeinden einen gemeinsamen regionalen Richtplan, der die Schaffung einer überkommunalen Industriezone, ein gemeinsames raumplanerisches Management mit Nutzung von Industriebrachen und die Erhaltung der traditionellen Bausubstanz anstrebte.

KOMMUNIKATION ALS ERFOLGSFAKTOR

Die Mikroregion Haute-Sorne setzte beim Modellvorhaben von Anfang an auf eine gute und umfassende Kommunikation unter den sieben Gemeinden und bezog die Bevölkerung mit ein. Das Informationskonzept definierte die Mittel, welche für eine reibungslose Zusammenarbeit innerhalb der Behörden und für die produktive Beteiligung der Bevölkerung nötig sind. Durch die sensiblen Massnahmen gingen die Projektinformationen auch bei behördeninternen Personalwechseln nicht verloren – im Gegenteil: Alle konnten sich jederzeit auf den aktuellen Projektstand bringen und so in die laufende Diskussion einsteigen.





▣ Sieben jurassische Gemeinden haben als Mikroregion Haute-Sorne unter anderem eine überkommunale Industriezone errichtet.

GEMEINSAME INDUSTRIEZONE

Das gemeinsame Vorgehen hat sich ausgezahlt: Die meisten Ziele aus der Charta wurden erreicht. So haben alle sieben Gemeinden ihre gemeindeeigenen räumlichen Planungen bereinigt und einen gemeinsamen regionalen Richtplan erarbeitet, welcher demnächst von den Behörden gutgeheissen werden dürfte. Unter anderem konnte so die «Zone d'activités microrégionale ZAM», eine überkommunale Industriezone mit 43 000 Quadratmetern Fläche, eingerichtet werden. Für eine einzelne Gemeinde wäre ein solches Vorhaben schlicht unvorstellbar gewesen. Durch die Konzentration des Angebots wird jede Gemeinde entlastet und zeitgleich konnte der öffentliche Verkehr und seine Nutzung verbessert werden, wovon vor allem die Bevölkerung profitiert. Die Industriezone bei Glovelier wird von einer eigens gegründeten Institution betrieben, welche die gerechte Verteilung der Nutzen und Lasten unter den Gemeinden überwacht.

DREI STATT SIEBEN

Die Mikroregion Haute-Sorne umfasste ursprünglich sieben jurassische Gemeinden. Der Wille, nicht nur Teilprojekte, sondern wesentliche Aufgaben der Gemeindeverwaltungen

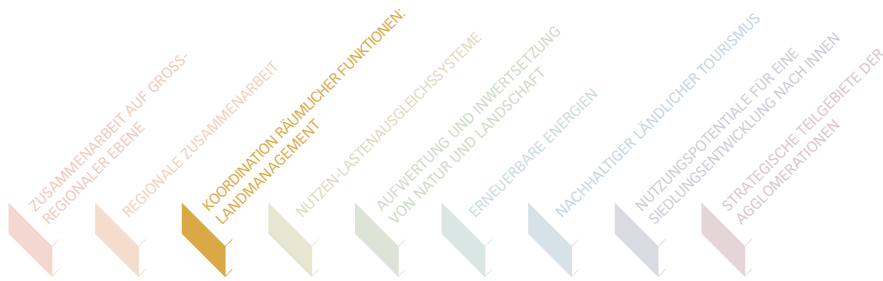
durch eine Zusammenarbeit effizient zu strukturieren, führte zu einem neuen Richtplan und zur Einrichtung einer gemeinsamen Industriezone sowie zum Zusammenschluss eines Teils der sieben Gemeinden. Ab 2013 umfasst die Mikroregion anstatt sieben nur noch drei Gemeinden: Bassecourt,

«Die Zusammenarbeit der Gemeinden macht deutlich, welchen politischen Nutzen und welche Vorteile eine zweckmässige Nutzung des Bodens und eine geordnete Besiedlung des Landes für das Gemeinwesen bieten.»

*Laurent Schaffter, alt Regierungsrat, ehem.
Umwelt- und Baudirektor des Kantons Jura*

Courfaivre, Glovelier, Soulce und Undervelier fusionierten zur Gemeinde Haute-Sorne. Mit Boécourt und Saulcy ist die neue Gemeinde Haute-Sorne nach wie vor verbunden, und alle drei treiben weiterhin Projekte auf politischer, wirtschaftlicher und bürgernaher Ebene voran.

>> <http://micro.haute-sorne.ch>



13 | UMFASSENDES MANAGEMENT DES LÄNDLICHEN RAUMS IM JURABOGEN

VIER KANTONE ARBEITEN BEIM MANAGEMENT DES LÄNDLICHEN RAUMS DES JURABOGENS ZUSAMMEN

Der französischsprachige Jurabogen umfasst Gebiete aus vier Schweizer Kantonen. Mit vereinten Kräften wollen deren Behörden ein integriertes Management des ländlichen Raums im Jurabogen sicherstellen.

Die französischsprachigen Kantone des Jurabogens Neuchâtel, Jura, Bern und Waadt spannen zusammen: Im Rahmen des Modellvorhabens «Umfassendes Management des ländlichen Raums im Jurabogen» wollen sie die Umsetzung von vier Sektoralpolitiken des Bundes – nämlich der Landwirtschafts-, der Wald-, der Natur- und Landschaftsschutzpolitik sowie der Raumplanungspolitik – harmonisieren. Dafür wurden fünf Handlungsschwerpunkte ausgewählt: Landschaftsschutz und Standorte für Windkraftanlagen, Regelung von grossen Outdoor-Sportanlagen und Schutz der Biodiversität, Freizeit im Alltag und deren Auswirkungen auf den ländlichen Raum, Umnutzung ehemaliger Landwirtschaftsgebäude sowie die Auswirkungen verschiedener Sektoralpolitiken auf die für die Juralandschaft charakteristischen Waldweiden. Dank gemeinsam erarbeiteten Vorschlägen stellen die vier Kantone sicher, dass die Ausarbeitung und später die Umsetzung der kantonalen Weisungen in dieselbe Richtung zielen.

ORIGINELLE VORGEHENSWEISE

Die Schwerpunktthemen sind auf Wunsch der Projektsteuerung von Beginn an auf die einzelnen Kantone zugeschnitten worden. Dies gewährleistet eine solide politische Abstützung sowohl in den Kantonen als auch seitens des Bundes. Die Kantone waren jeweils zu gleichen Anteilen und der Bund mit einem Vertreter in der Projektsteuerung vertreten. Unterstützt wurde die Projektsteuerung von zwei bereits bestehenden kantons- und sektorenübergreifenden Plattformen. Auf politischer Ebene aufgegriffen und weiterverbreitet wurden die Resultate des Modellvorha-



bens von Arcjurassien.ch, der Koordinationsplattform der Regierungen der vier beteiligten Kantone. Derzeit ist eine Anhörung unter den kantonalen Fachstellen im Gange. Im Anschluss daran sollen die Empfehlungen in ihrer endgültigen Form angenommen und in den Kantonen umgesetzt werden. Sie richten sich auch an die Gemeinden und den Bund.

NUTZEN FÜR LANDSCHAFTLICHE ASPEKTE

Vor allem bei den Schwerpunkten, welche auf die Landschaft fokussierten, stach der Nutzen des Modellvorhabens hervor: In Bezug auf die Waldweiden-Landschaften als wichtige Identitätsträger für die Region zeigte sich, dass den Auswirkungen der Landwirtschaftspolitik des Bundes besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss. Im Falle der Windkraft, die nachträglich als Schwerpunkt definiert wurde, stand vor allem die Rollenverteilung zwischen den beteiligten Akteuren im Mittelpunkt. Die kantonalen Verwaltungen spielen dabei einen wichtigen Part. Da die Akzeptanz von Windkraftwerken lokal abnimmt, wurde in den Empfehlungen das Schwergewicht auf partizipative Prozesse zur Förderung der Akzeptanz solcher Anlagen in der Bevölkerung gelegt.



▣ Die französischsprachigen Kantone des Jurabogens haben ein kantonsübergreifendes Management des ländlichen Raums aufgebaut.

ZUSAMMENARBEIT DER VIER KANTONE ALS HERAUSFORDERUNG

Bedingt durch die gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen den Politiken des Bundes, der politischen Aktualität und der Vielfalt der an der Umsetzung beteiligten Akteure waren die fünf Handlungsschwerpunkte weitreichend und komplex. Es kann daher als grosser Erfolg des Modellvorhabens gewertet werden, dass sich die Fachstellen der vier Kantone an einen Tisch gesetzt und die fünf Handlungsschwerpunkte gemeinsam angepackt haben. Erwähnenswert ist, dass die betrachtete Ebene einem der Handlungsräume des Raumkonzepts Schweiz entspricht und dass am Modellvorhaben politisch-administrative Einheiten beteiligt waren, die auf ebendieser Ebene tätig sind. Diese Schwerpunkte sollten deshalb weiterhin im Rahmen eigenständiger Projekte weiterentwickelt werden.

«Die ausgewählten Themen entsprachen aktuellen Problemstellungen mit konkreten und grossen Herausforderungen.»

Laurent Lavanchy, Vorsitzender der interkantonalen Kommission für die Waldweiden des Juras (Commission intercantonale des pâturages boisés jurassiens, Copil), 20. Mai 2011

- ZUSAMMENARBEIT AUF GROSS-REGIONALER EBENE
- REGIONALE ZUSAMMENARBEIT
- KOORDINATION RÄUMLICHER FUNKTIONEN
- NUTZEN-LASTENAUSGLEICHSSYSTEME
- AUFWERTUNG UND INWERTSETZUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT
- ERNEUERBARE ENERGIEN
- NACHHALTIGER LÄNDLICHER TOURISMUS
- NUTZUNGSPOTENTIALE FÜR EINE SIEDLUNGSENTWICKLUNG NACH INNEN
- STRATEGISCHE TEILGEBIETE DER AGGLOMERATIONEN



- 14 Überkommunale Nutzungsplanung Region Thun-Innertport
- 15 Regionale Nutzungs- und Standortplanung Thal
- 16 Bauland-Info-Pool im Aargauer Eigenamt
- 17 Gemeinsame Bodenpolitik in der Agglomeration Langenthal
- 18 Überkommunale Freiflächenkonzeption Birstalstadt
- 19 Nutzen-Lastenausgleichssystem für die Region Entre-deux-lacs
- 20 Räumliche Kompensationsansätze im Vallon du Nozon

NUTZEN-LASTENAUSGLEICHSSYSTEME

Die Thematik des Nutzen-Lastenausgleichs ist von grosser Bedeutung für die Regionalentwicklung in der Schweiz. Bisher sind aber erst wenig konkrete Erfahrungen vorhanden. Im Rahmen der Modellvorhaben wurden deshalb sieben Projekte unterstützt, die sich mit Fragen des Nutzen-Lastenausgleichs im Kontext der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit beschäftigen haben.

- Überkommunale Nutzungsplanung Region Thun-Innertport
- Regionale Nutzungs- und Standortplanung Thal
- Bauland-Info-Pool im Aargauer Eigenamt
- Gemeinsame Bodenpolitik in der Agglomeration Langenthal
- Überkommunale Freiflächenkonzeption Birstalstadt
- Nutzen-Lastenausgleichssystem für die Region Entre-deux-lacs
- Räumliche Kompensationsansätze im Vallon du Nozon

Seitens Raumplanung ist es wünschenswert, dass gemeindeübergreifend eine optimale Anordnung von Flächen für die unterschiedlichen Nutzungsansprüche vorgesehen werden können. Eine solche raumplanerisch zweckmässige Nutzungszuweisung ist ein Vorteil für die ganze Region, da dadurch die bestehenden Potentiale optimal in Wert gesetzt werden können. Dies hat aber zur Folge, dass nicht mehr jede Gemeinde für alle Nutzungsansprüche Flächen bereitstellen wird. An diesem Punkt entfacht die Diskussion zwischen Gemeinden, denen dadurch Vorteile entstehen, und Gemeinden, die Nachteile in Kauf zu nehmen haben. Solche Debatten lösen dann in der Regel die Forderung nach einem Nutzen-Lastenausgleich bei der gemeindeübergreifenden Raumplanung aus. Bestehende Ausgleichmechanismen – wie etwa der Finanzausgleich auf Ebene der Nutzungsplanung und als Hilfsmittel für die überkommunale Planung – greifen bisher aber zu kurz.

Um Hinweise und Erkenntnisse zu gewinnen, wie mögliche Nutzen-Lastenausgleichssysteme, die eine gemeindeübergreifende Zusammenarbeit gewährleisten, aussehen könnten, wurde das Thema Nutzen-Lastenausgleichssysteme ins Programm Modellvorhaben Nachhaltige Raumentwicklung aufgenommen. Insgesamt haben die Bundesstellen die folgenden sieben Projekte unterstützt:

Mit den Modellvorhaben, deren Ergebnisse und Ansätze auf den folgenden Seiten vorgestellt werden, konnten Hinweise und Erkenntnisse gewonnen werden, wie mögliche Lösungsansätze für den Nutzen-Lastenausgleich ausgestaltet werden können, wie die dadurch entstehenden Planungsvor- und -nachteile ausgeglichen werden und welche Erfolge und Hemmnisse sie dabei im Projektverlauf zu verzeichnen hatten. Die gemachten Erfahrungen geben Bund, weiteren Interessierten und möglichen künftigen Projektträgern Hinweise darauf, wie ein Nutzen-Lastenausgleich und der Prozess dazu ausgestaltet werden können und was zu beachten ist, wenn man sich mit dieser Thematik beschäftigt. Eine Erkenntnis hat sich dabei deutlich herauskristallisiert: Den einen «richtigen» Nutzen-Lastenausgleich gibt es nicht. Vielmehr muss dieser bezogen auf den spezifischen Einzelfall und in Zusammenarbeit mit den beteiligten Akteuren entwickelt werden. Weitere Informationen zum Thema sind auch im Vertiefungsbericht «Nutzen-Lastenausgleichssysteme», verfasst von Jürg Inderbitzin am Institut für Betriebs- und Regionalökonomie der Hochschule Luzern, zu finden (vgl. Seite 117).

14 | ÜBERKOMMUNALE NUTZUNGSPLANUNG REGION THUN-INNERTPORT

REGIONALES ARBEITSZONENMANAGEMENT

Die Gemeinden Thun, Spiez, Steffisburg, Heimberg und Uetendorf wollen ihre Raumplanung und das Standortmarketing mit einer gemeinsamen Strategie koordinieren. Als erster Schritt wurde dabei dem Umgang mit bestehenden Arbeitsplatzzonen besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Die Berner Gemeinden Thun, Spiez, Steffisburg, Heimberg und Uetendorf erstrecken sich über ein Gebiet von 325 Hektaren. Bisher war die Kooperation und Koordination zwischen den Gemeinden gering. Das Agglomerationsprogramm Thun der ersten Generation enthält jedoch die Massnahme S2, die eine verstärkte Koordination der raumplanerischen Aufgaben zwischen den Agglomerationsgemeinden vorsieht. Mit der Aufnahme im regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept (RGSK) Thun-Oberland West wurde dieser Auftrag behördenverbindlich. Konkret wurde die Festlegung von regionalen Arbeitsschwerpunkten und die Prüfung der Möglichkeit von innerregionalem Siedlungsflächenausgleich verlangt. Die Umsetzung wurde mit dem Modellvorhaben gestartet. Im Fokus stand die Sicherung von geeigneten Arbeitszonenreserven zur überkommunalen Entwicklung. Es sollte eine koordinierte Strategie von Raumplanung und Standortmarketing für Arbeitszonen in der Agglomeration erarbeitet werden. Ein Augenmerk galt auch dem Erhalt und Schutz von wertvollem Landwirtschaftsland. Getragen wurde das Modellvorhaben dabei von den Gemeinden Thun, Spiez, Steffisburg, Heimberg und Uetendorf, dem Kanton, den Organisationen Wirtschaftsraum Thun und Region Thun-Innertport und dem Bundesamt für Raumentwicklung ARE. Als Folge der Zusammenarbeit haben sich 2011, als erster Schritt in der Umsetzung des Modellvorhabens, der Wirtschaftsraum Thun und die Region Thun-Innertport zum Verein Entwicklungsraum Thun (ERT) zusammengeschlossen.

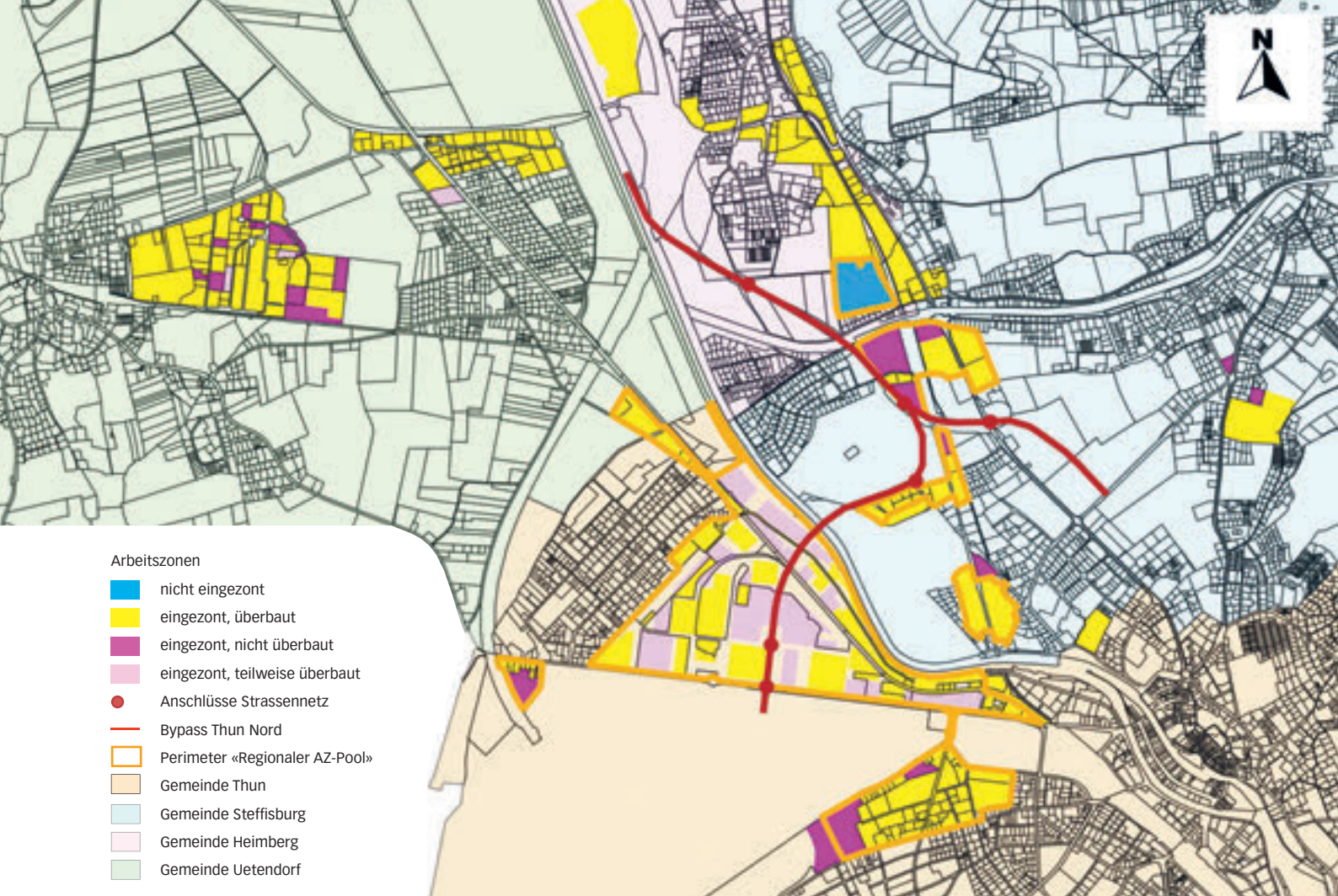
POTENTIAL FÜR UMZONUNGEN EHER KLEIN

Vor dem Beginn des von 2008 bis 2011 laufenden Modellvorhabens funktionierten die Raumplanung und das Standortmarketing aller Gemeinden getrennt. Ebenfalls war die Kooperation und Koordination zwischen den Gemeinden

bisher nicht stark ausgeprägt und erst mit dem Agglomerationsprogramm und dem RGSK wurden regionale Ansätze erkennbar. Im Rahmen des Modellvorhabens konnte eine Entwicklungsstrategie – mit Fokus auf Umwelttechnologien – sowie eine Bezeichnung regional bedeutsamer Arbeitsplatzgebiete umgesetzt werden. Die Analyse der bestehenden Arbeitszonen hat ergeben, dass das Potential für eine Umlegung von Arbeitsplatzflächen eher gering ist, da kaum grössere, unverbaute Reserven zur Verfügung stehen und die spärlich vorhandenen Flächen in erster Linie lokalen Charakter haben. Aufgrund der fehlenden Reserven rückten Gebiete mit Verdichtungs- und Umstrukturierungspotential wie z.B. der kantonale Entwicklungsschwerpunkt (ESP) Thun Nord in den Vordergrund. Den Gemeinden soll weiterhin ein beschränktes Entwicklungspotential an lokalen Arbeitsflächen, insbesondere für einheimisches Gewerbe, belassen und die gemeinsame Planung auf die regional bedeutenden Arbeitsplatzgebiete konzentriert werden.

REGIONAL BEDEUTENDE ARBEITSPLATZZONEN ERUIERT

Die Gemeinden erarbeiteten im März 2010 einen Kriterienkatalog, was regional bedeutende Arbeitsplatzgebiete ausmacht und welche Zonen zum Nutzen der Region speziell gefördert werden sollen. Durch die Einbindung in das regionale Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept RGSK sind diese Zuweisungen behördenverbindlich geworden. An die Gemeinderäte der beteiligten Gemeinden wurden Anträge gestellt, welche die Entwicklung und das Flächenmanagement der regional bedeutenden Arbeitsplatzgebiete betrifft. So sollen die Gemeinden eine Organisation schaffen, die für die Entwicklung, das Management und das Marketing der bezeichneten Flächen verantwortlich ist. Ebenso sollen die Gemeinden darauf verzichten, für den lokalen Gebrauch Flächen auszuscheiden, die grösser als 8000 bis 12000 Quadratmeter sind. Im Weiteren soll als flankierende Massnahme zum gemeindeübergreifenden Flächenmanagement ein Nutzen-Lastenausgleichssystem geprüft werden. Die Anträge wurden in allen beteiligten Gemeinderäten angenommen. Dadurch wurde eine verbindliche Grundlage für die Umsetzung geschaffen, die in die Zeit nach Abschluss des Modellvorhabens fällt.



■ In der Region Thun-Innertport wurden alle Arbeitszonen erfasst. Die regional bedeutsamen werden gemeinsam entwickelt.

INNOVATIVE ELEMENTE FÜR DIE REGION THUN

Ein Erfolgsfaktor für das Projekt war der Wille zu einer regionalen Lösung. Durch die aktive Beteiligung von Vertretern der Gemeinderäte konnte ein solides Fundament gebildet werden, auf dem auch schwierige Themen offen behandelt werden konnten. Die Bildung eines regionalen Arbeitszonenpools, die Fusion der regionalen Wirtschaftsförderung und Regionalplanung, die koordinierte Strategie von Raumplanung und Standortmarketing für Arbeitszonen sowie die für später beabsichtigte Ausweitung auf die Wohnnutzung und die übrigen Agglomerationsgemeinden sind für die Region innovativ. Das mit dem Projektabschluss noch nicht eingelöste Versprechen des Nutzen-Lastenausgleichs wird mit mehreren Zusatzthemen – überkommune Abstimmung von Siedlung und Verkehr sowie eine regionale landwirtschaftliche Planung – kompensiert und später am konkreten Fall eingelöst. Der Weg dorthin ist allerdings noch weit. Der Prozess ist jedoch bereits heute schweizweit beispielhaft.

>> www.entwicklungsraum-thun.ch/weitere_planungen

Innerhalb der Agglomeration entstehen grössere, gestärkte Wirtschaftsparks an idealer Lage, die gemeinsam vermarktet und entwickelt werden. Die interkommunalen Synergien in den Bereichen Standortmarketing und Raumplanung können optimal genutzt werden.

15 | REGIONALE NUTZUNGS- UND STANDORTPLANUNG THAL

EINE REGIONALE ARBEITSPLATZZONE WIRD EINGERICHTET

Die Gemeinden der solothurnischen Region Thal koordinieren ihre Nutzungs- und Standortplanung und streben eine regionale Arbeitsplatzzone an. Damit soll die Attraktivität der Region gestärkt und einer Abwanderung des Gewerbes entgegengewirkt werden. Zwischen den beteiligten Gemeinden wurde zudem ein Berechnungsschlüssel zum Nutzen-Lastenausgleich erarbeitet und umgesetzt.

Die Region Thal liegt im Solothurner Jura und zählt rund 15 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die Region erstreckt sich über die neun Gemeinden Balsthal, Aedermannsdorf, Gänsbrunnen, Herbetswil, Holderbank, Laupersdorf, Matzendorf, Mümliswil-Ramiswil und Welschenrohr. Rund 4 000 Arbeitsplätze sind in der Region angesiedelt. Durch die Abwanderung von Firmen ist die Anzahl der Arbeitsplätze jedoch seit Jahren rückläufig. Im Rahmen des Modellvorhabens «Regionale Nutzungs- und Standortplanung Thal» soll eine regionale Koordination der Nutzungs- und Standortplanung erreicht werden. Dadurch soll die Attraktivität der Region als Ganzes gestärkt und der Abwanderung weiterer Firmen entgegengewirkt werden. Im besten Fall können wertschöpfungsstarke Unternehmen angesiedelt werden. Um die Nachfrage nach Gewerbeland zu steigern, wird eine regionale Arbeitsplatzzone (RAZ) geschaffen. Die Arbeitsplatzzone ersetzt jedoch nicht die rechtsgültigen lokalen Gewerbezononen. Die RAZ soll von der kantonalen und regionalen Wirtschaftsförderung aktiv vermarktet werden, somit profitieren die beteiligten Gemeinden von Steuereinnahmen und von Arbeitsplätzen in der Region. Projektträger des Modellvorhabens ist der Verein Region Thal als regionaler Entwicklungsträger, in welchem alle Thaler Gemeinden vertreten sind.



REGIONALZENTRUM BALSTHAL ALS GEEIGNETER STANDORT FÜR DIE REGIONALE ARBEITSPLATZZONE

In einem ersten Schritt wurde geprüft, welche Flächen der neun Gemeinden sich für eine Umlagerung in die geplante RAZ eignen würden. Die Analyse zeigte, dass nur wenige geeignete Flächen vorhanden sind: In Laupersdorf wurde eine zwei Hektar grosse Fläche der Reservezone Gewerbe ausgemacht, die zugunsten einer RAZ «verschoben» werden könnte. Im Regionalzentrum Balsthal fand sich in einer bereits bestehenden Bauzone eine geeignete Fläche, wo die RAZ eingerichtet werden könnte. Diese liegt in einem Arbeitsplatzgebiet von überörtlicher Bedeutung gemäss kantonalem Richtplan. Mit den beiden Gemeinden wurde in einem zweiten Schritt die gemeindeübergreifende Nutzungsplanung umgesetzt. Die Reservezone in Laupersdorf wurde in eine Landwirtschaftszone umgezont. Dadurch verringerte sich das Siedlungsgebiet der beiden Gemeinden insgesamt um zwei Hektaren, gleichzeitig vergrösserte sich die Fruchtfolgefläche, also der Anteil der für die Landwirtschaft geeigneten Gebiete. In einem von den



Die neun Solothurner Gemeinden der Region Thal haben eine regionale Arbeitsplatzzone eingerichtet.

Gemeindeversammlungen genehmigten Gemeindevertrag wurde entsprechend ein Nutzen-Lastenausgleich zwischen der Gebergemeinde Laupersdorf und der Empfänger-gemeinde Balsthal definiert: Die Kosten für die Umzonun-gen werden von den Gemeinden selber finanziert, den weiteren Aufwand für planerische Massnahmen wie zum Beispiel die Erschliessung oder der Hochwasserschutz trägt die Standortgemeinde der RAZ, also die Gemeinde Balsthal. Die Steuererträge werden flächenanteilmässig auf die beiden Gemeinden verteilt. Ebenfalls wurde ein Beurteilungsraster für Ansiedlungen vereinbart, das sicher-stellt, dass die Ansiedlung im Interesse einer nachhaltigen regionalen Entwicklung erfolgt.

SKEPSIS ABGEBAUT

Die Idee einer RAZ stiess am Anfang auf Skepsis. Wider-stände gab es in fast allen potenziellen Gebergemeinden. Zudem hatten die Gemeinden Bedenken, dass durch die Einrichtung einer RAZ die Expansionsmöglichkeiten des heimischen Gewerbes eingeschränkt würden. Diese Be-

Die Einrichtung einer regionalen Arbeits-platzzone steigert die Attraktivität der Region Thal. Die Zone wird vom Kanton und der Region aktiv vermarktet, wo-durch die beteiligten Gemeinden von Steuereinnahmen und von Arbeitsplätzen in der Region profitieren.

denken konnten aber durch die Zusicherung, dass Entwick-lungsreserven für ansässiges Gewerbe beibehalten wer-den, abgebaut werden. Das Modellvorhaben hat gezeigt, dass es möglich ist, auf Ebene von Gemeindeverträgen ein Nutzen-Lastenausgleich für eine gemeindeübergreifende Nutzungsplanung zu realisieren. In einem weiteren Schritt sollen noch weitere Gebergemeinden für das Projekt ge-wonnen werden.



16 | BAULAND-INFO-POOL IM AARGAUER EIGENAMT

INTERKOMMUNALER GEMEINDEVERTRAG ALS VERBINDLICHE BASIS FÜR DIE ZUSAMMENARBEIT

Fünf Gemeinden der Aargauer Region Eigenamt streben eine gemeinsame Entwicklung der verfügbaren Arbeitsplatzflächen und eine über die Gemeindegrenzen hinweg koordinierte Nutzung der vorhandenen Baulandreserven an. Neben einer zentralen Vermarktung stehen weitere Projekte für die Attraktivitätssteigerung des kantonal bedeutsamen Arbeitsplatzstandortes auf dem Umsetzungskatalog. Basis dafür bildet ein interkommunaler Gemeindevertrag.

In den fünf Gemeinden Birr, Birrhard, Brunegg, Hausen und Lupfig der Region Eigenamt leben rund 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Es sind nahezu 350 Unternehmen angesiedelt, die etwa 6 500 Arbeitsplätze bieten. In den fünf Gemeinden sind insgesamt 160 Hektaren Gewerbe- und Industriebauland vorhanden, wovon zu Beginn der Arbeit rund ein Drittel noch nicht überbaut und weitere Flächenpotentiale in Form von Gewerbebrachen vorhanden waren. In unmittelbarer Nähe liegt das Wasserschloss, der Natur- und Erholungsraum, wo Aare, Reuss und Limmat zusammenfließen. Damit stellt das Eigenamt eines der grössten Entwicklungsgebiete für Arbeitsplätze an attraktivster Lage im Kanton Aargau dar. Im Rahmen des Modellvorhabens «Bauland-Info-Pool im Aargauer Eigenamt» steckten sich die fünf Gemeinden zusammen mit dem Kanton Aargau das Ziel, die regional verfügbaren Arbeitsplatzflächen gemeinsam zu vermarkten und den Arbeitsplatzstandort seiner kantonalen Wichtigkeit entsprechend noch besser zu erschliessen und attraktiver zu gestalten. Damit sollte an bester Verkehrslage eine der letzten grossen Industrie- und Gewerbebaulandreserven des Kantons Aargau mobilisiert werden. Mit geeigneten Instrumenten wollten die Gemeinden einen interkommunalen Ausgleich für die Nutzen und Lasten treffen, welche durch die sehr unterschiedliche Verteilung und Nutzung der Industrie- und Gewerbeflächen entstehen. Für die Projektbegleitung wurde eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern jeder Gemeinde sowie des Kantons, gebildet.



ZUSAMMENARBEIT VERTRAGLICH GESICHERT

Die Eigenämter Gemeinden vereinbarten ihre Zusammenarbeit in Form des interkommunalen Gemeindevertrages «Räumliche Entwicklung Eigenamt». Die vertragliche Sicherung zur gemeinsamen Finanzierung und Umsetzung von fünf zentralen Projekten bildet die Basis für die Zusammenarbeit. Im Vertrag wurden neben dem gemeinsamen Aufbau des Bauland-Info-Pools weitere Bereiche der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit festgelegt: die regionale Harmonisierung der Bau- und Nutzungsordnung, ein regionales Buserschliessungskonzept, ein regionales Langsamverkehrskonzept sowie die Vision eines S-Bahn-



Die regionale Harmonisierung der Bau- und Nutzungsordnung für Arbeitsplatzzonen wurde grundeigentümerverbindlich verankert.

Ringes. Die Kosten für diese (Planungs-)Aufgaben wurden beziffert und im interkommunalen Gemeindevertrag festgehalten. Die entsprechenden Kredite wurden von allen Gemeindeversammlungen gesprochen und somit ein gemeinsamer Fonds für die weitere Bearbeitung respektive Umsetzung der Projekte geschaffen. Über alle bezeichneten Aufgaben wurde auch ein Kostenverteilungsschlüssel definiert. Dieser berücksichtigt drei Komponenten: einen Sockelbeitrag pro Gemeinde, einen Beitrag pro Einwohnerin bzw. Einwohner und einen Beitrag pro Fläche Arbeitsplatzgebiet.

FÜNF PROJEKTE MIT UNTERSCHIEDLICHEM PROJEKTFORTSCHRITT

Das Onlineportal für die zentrale Vermarktung der Arbeitsplatzflächen konnte sehr rasch aufgeschaltet werden. In einer ersten Phase bestand die Herausforderung in der fehlenden Bereitschaft, zentrale Grundstücke zu verkaufen, danach waren die Gemeinden mit der Tatsache konfrontiert, dass viele Grundstücke sich eigendynamisch, fernab des Onlineportals in einer atemberaubenden Geschwindigkeit entwickelten.

Das Projekt regionale Harmonisierung der Bau- und Nutzungsordnung für die Arbeitsplatzzonen konnte behördenverbindlich umgesetzt und in einzelnen Zonenplanrevisionen bereits grundeigentümerverbindlich berücksichtigt werden. Die Vision S-Bahn-Ring ist als langfristiges Infra-

«Der Kanton ist darauf angewiesen, dass die Gemeinden zusammenarbeiten; das ist matchentscheidend. Das Projekt ›Räumliche Entwicklung Eigenamt‹ ist schweizweit vorbildlich. Es ist einmalig, dass die Gemeinden dieses Projekt über einen gemeinsamen Fonds entwickeln.»

Kreisplaner Reto Candinas, Departement Bau, Verkehr und Umwelt, Kanton Aargau

strukturprojekt mit übergeordneten Entscheidungsträgern noch nicht so weit gediehen. Für das regionale Buser-schlussungskonzept sowie für das regionale Langsamverkehrs-konzept erfolgten wichtige Analysen und konzeptuelle Abklärungen. Einzelne Massnahmen befinden sich bereits in der Umsetzung.

17 | GEMEINSAME BODENPOLITIK IN DER AGGLOMERATION LANGENTHAL

GEMEINSAME MEHRWERTPROJEKTE STATT KOMPLEXES NUTZEN-LASTENAUSGLEICHSSYSTEM

Die elf Gemeinden der Agglomeration Langenthal wollen mit überkommunal verwalteten und vermarkteten Arbeitsgebieten neue Möglichkeiten der Arealentwicklung schaffen. Dazu wurden anhand einer differenzierten Analyse geeignete Arbeitsgebiete identifiziert sowie Vorschläge für einen finanziellen Ausgleich für die Zusammenarbeit der Gemeinden erarbeitet.

Erfolgreiche Arbeitszonen sind attraktiv erschlossen. Das ist in den elf zur Agglomeration Langenthal gehörenden Gemeinden Aarwangen, Langenthal, Bannwil, Bleienbach, Lotzwil, Obersteckholz, Roggwil, Schwarzhäusern, St. Urban (LU), Thunstetten und Wynau nicht immer der Fall. Aus diesem Grund wollten die in der Region Oberaargau im Kanton Bern liegenden Gemeinden im Rahmen des Modellvorhabens «Gemeinsame Bodenpolitik in der Agglomeration Langenthal» ihre Arbeitszonen regional an den besten Standorten konzentrieren. Die Planung, Umsetzung und Vermarktung der Flächen soll dadurch erleichtert werden, wodurch Investoren auch verbesserte Standortvoraussetzungen vorfinden. Die Arealentwicklung sollte an mindestens einem für Industrie und Gewerbe geeigneten und gut erschlossenen Standort erfolgen. Das zwischen 2007 und 2010 vom Bund mitfinanzierte Modellvorhaben wurde von der Agglomerationskonferenz Langenthal, in welcher alle Gemeinden mit einem Sitz sowie der Kanton Bern mit zwei Sitzen vertreten sind, getragen.

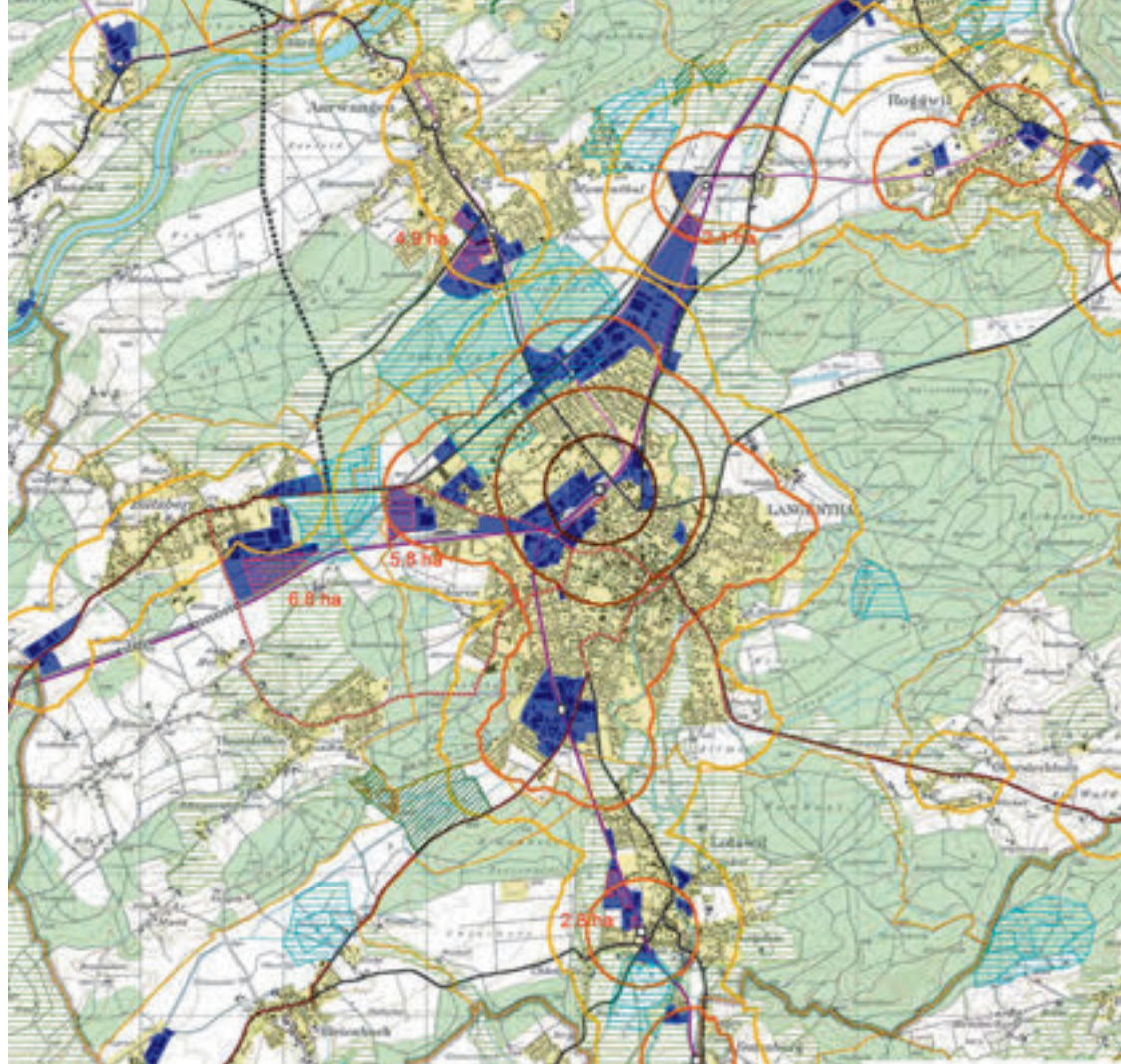
EIN IDEALER STANDORT FÜR EIN REGIONALES ARBEITS- GEBIET EXISTIERT NICHT

In einem ersten Schritt wurde die Agglomeration bezüglich der Eignung für ein regionales Arbeitsgebiet untersucht. Aus der Erhebung der bestehenden Arbeitsgebiete wurde deutlich, dass die Region noch über relativ grosse Baulandreserven in Arbeitsgebieten verfügt. Es wurde aber auch klar, dass der ideale Standort für ein regionales Arbeitsgebiet nicht existiert. Hingegen wurden in der betrachteten Region sechs bereits bestehende Arbeitsgebiete für eine Weiterentwicklung mit differenzierter Nutzung als geeignet beurteilt. Jedes dieser sechs Arbeitsgebiete wird

entsprechend seinen Stärken bezüglich Lage, Einzugsgebiet und Erschliessung für unterschiedliche Nutzungen vorbereitet. Für die qualifizierte, gemeinsame Entwicklung der Projektareale wurde ein Regelwerk erarbeitet, das die Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinden und einer Projektorganisation definiert und die Entwicklung und Vermarktung der Areale festlegt. Die Gemeinden, in welchen die sechs überkommunalen Arbeitsplatzgebiete liegen, müssen die darin enthaltenen Spezifikationen in ihre Zonenpläne aufnehmen und umsetzen. Die restlichen – ausserhalb der sechs definierten Areale bereits bestehenden – Arbeitsplatzgebiete bleiben für die lokalen Betriebe wichtig und sollen für den kommunalen Bedarf weiterentwickelt werden können. Für überkommunale Entwicklungen tritt ausserhalb der regionalen Arbeitsgebiete ein Moratorium in Kraft.

VON MEHRWERTPROJEKTEN PROFITIEREN ALLE GEMEINDEN

Die formulierten Projektziele sahen nicht nur vor, dass ab 2010 in der Agglomeration Langenthal Arbeitsflächen in einem überkommunalen Pool angeboten und verwaltet werden: Es sollte ab diesem Zeitpunkt auch ein finanzieller Ausgleichsmechanismus für die Zusammenarbeit der Gemeinden erarbeitet werden. Dieser Nutzen-Lastenausgleich sollte die Kosten- und Ertrag-Aspekte der sechs Projektareale aufschlüsseln. Für einen Vorteil- und Nachteilsausgleich wurden verschiedene Modellansätze geprüft, sie wurden von Gemeindevertretern jedoch als zu kompliziert beurteilt, was schon bei der Ermittlung der auszugleichenden Kosten bzw. Nutzen beginnt. Anstelle eines Nutzen-Lastenausgleichs wurde die Idee von gemeinsamen «Mehrwertprojekten» vorgeschlagen. Von Mehrwertprojekten können sowohl die Gemeinden mit regionalen Arbeitsgebieten als auch die übrigen Gemeinden der Agglomeration profitieren. Es sollten dabei Projekte realisiert werden, die allen Gemeinden einen Nutzen bezüglich Attraktivitätssteigerung als Arbeitsstandort bringen, so zum Beispiel ein gemeinsames Marketing oder eine gemeinsame Kinderbetreuung. Finanziert werden die Mehrwertprojekte mit einem Pro-Kopf-Beitrag in den Gemeinden.



Die 11 Gemeinden der Agglomeration Langenthal haben die Eignung für ein regionales Arbeitsplatzgebiet geprüft.

REGELWERK LIEGT VOR

Die im Rahmen des Modellvorhabens erarbeiteten Grundlagen waren bei Projektende noch nicht in verbindliche Beschlüsse umgesetzt worden. Das Regelwerk und ein Vorschlag zur Organisationsform der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit lagen jedoch vor. Es hat sich im Verlauf des Modellvorhabens gezeigt, dass es schwierig ist und viel Überzeugungsarbeit braucht, die Gemeinden zu verbindlichen Entscheiden bezüglich der regionalen Zusammenarbeit zu verpflichten. Zudem wünschen sich die Gemeinden einen möglichst einfachen Ausgleichsmechanismus. Dieser konnte mit dem Modell der Mehrwertprojekte geschaffen werden. Trotz teilweise kritischen Stellungnahmen der Gemeinden wird das Projekt – so der Beschluss der Agglomerationskonferenz Langenthal vom Oktober 2011 – weiterverfolgt. Anhand einer aktuellen Pilotfläche in zwei Gemeinden soll im Laufe des Jahres 2013 die «Übungsanlage» konkret durchgespielt werden.

Die Region setzt auf ein einfaches Modell von Interessenbeiträgen: Planungsverfahren, Infrastrukturkosten und Steuereinnahmen bleiben weiterhin Sache der Standortgemeinden. Es werden aber gemeinsame «Mehrwertprojekte» umgesetzt, die mit einem Pro-Kopf-Beitrag in den Gemeinden finanziert werden.

18 | ÜBERKOMMUNALE FREIFLÄCHENKONZEPTION BIRSTALSTADT

DIE ERHOLUNGSRÄUME UND FREIFLÄCHEN ENTLANG DER BIRS GEMEINSAM GESTALTEN

Die Freiflächen entlang der Birs sollen gemeinsam bewirtschaftet werden – dafür haben sich acht Birstal-Gemeinden der Kantone Basel-Landschaft und Solothurn unter Mitwirkung des Kantons Basel-Stadt zusammengeschlossen. Die Freiflächen wurden qualitativ und quantitativ erfasst und darauf aufbauend wurde ein Freiraumkonzept ausgearbeitet. In einer zweiten Phase sollen konkrete Massnahmen umgesetzt werden.

Die im Berner Jura entspringende Birs durchfliesst Gebiete in Gemeinden der Kantone Bern, Jura, Solothurn und Basel-Landschaft, bevor sie dann nach rund 73 Kilometern in Basel in den Rhein mündet. Rund um die Birs liegen zahlreiche Freiflächen. Um diese zu erhalten und aufzuwerten, beschlossen die Gemeinden Aesch, Arlesheim, Birsfelden, Münchenstein, Muttenz, Reinach, Pfeffingen und Dornach unter Mitwirkung der Kantone Basel-Stadt, Solothurn und Basel-Landschaft, entlang der Birs ein überkommunal abgestimmtes Freiflächenkonzept zu erarbeiten. Mit dem im Rahmen des Modellvorhabens «Überkommunale Freiflächenkonzeption Birstalstadt» erarbeiteten Konzept sollen einerseits vorhandene Konflikte zwischen Schutzansprüchen und baulichen Nutzungen bezeichnet und andererseits die vorhandenen Potentiale genutzt werden. Zudem soll dadurch die regionale Identität gestärkt, die Lebensqualität und die Standortattraktivität der Gemeinden der «Birstadt» erhöht und der Grundstein für eine intensivere Zusammenarbeit in der Region gelegt werden. Die Projektkoordination lag beim Amt für Raumplanung Basel-Landschaft. Das Steuerungsgremium setzte sich aus Gemeindepräsidenten, Vertretern der kantonalen Planungsämter und einem Vertreter des Bundesamts für Raumentwicklung ARE zusammen.



ERFASSUNG DER FREIFLÄCHEN

In einem ersten Schritt wurden die vorhandenen Freiflächen qualitativ und quantitativ erfasst. Diese Analyse bildete die Grundlage für die Erarbeitung des Freiflächenkonzepts. Parallel dazu wurde eine Bedarfsermittlung durchgeführt, anhand welcher mögliche Bausteine zur Aufwertung der Freiflächen entlang der Birs, so zum Beispiel ein durchgehender Uferweg, der Birspark, die Aufwertung und Schaffung punktueller Erholungsräume sowie Massnahmen zur Vernetzung und zur ökologischen Aufwertung, erarbeitet wurden. Das erarbeitete Freiraumkonzept wurde den Gemeindepolitikerinnen und -politikern im Juni 2009 in einer gemeinsamen Gemeinderatstagung vorgestellt. Aufgrund der Diskussionen und Rückmeldungen wurde das Konzept finalisiert. Im Rahmen der Vernehmlassung des Konzepts haben die beteiligten Gemeinden und Kantone im November 2009 einen Grundsatzentscheid über die weitere finanzielle sowie personelle Unterstützung des Freiraumkonzepts gefällt. Gleichzeitig wurde aus dem Freiraumkonzept das Projekt Uferweg als erstes Projekt zur Umsetzung ausgewählt.



■ Die Erholungsräume entlang der Birs sollen durch ein überkommunales Freiraumkonzept besser in Wert gesetzt werden.

Das Projekt sieht zwischen Aesch und Basel verschiedene Massnahmen in den Bereichen Durchgängigkeit bzw. Wegnetz, Aufenthaltsbereiche, Vegetation und Signalisation vor. Die Umsetzung der konkreten Massnahmen fällt in die Phase nach dem Modellvorhaben, denn dieses wurde mit der Erarbeitung des überkommunalen Freiflächenkonzepts 2011 abgeschlossen.

HERAUSFORDERUNGEN UND ERFOLGE

Der Siedlungsraum Birsstadt ist ein wichtiger Entwicklungs- und Verdichtungsraum im Metropolitanraum Basel. Eine nachhaltige Entwicklung solcher Räume ist von nationaler Bedeutung. Sie stellt alle Beteiligten vor Aufgaben, die sie nur durch eine überkommunale Zusammenarbeit lösen können. Die Gemeinden des Birstals haben mit dem gemeinsam erarbeiteten Freiraumkonzept eine solche Zusammenarbeit modellhaft gestartet und geübt, indem sie ihren Erholungsraum und ihre Landschaftsstrukturen in der Siedlung gemeinsam betrachteten. Die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden hat sich durch das Modell-

Mit dem gemeinsamen Freiraumkonzept wird die regionale Identität gestärkt, die Lebensqualität und die Standortattraktivität der Birsstadt insgesamt erhöht und der Grundstein für eine intensivere Zusammenarbeit in der Region gelegt.

vorhaben deutlich verbessert. Jedoch ist die koordinierte Umsetzung der erarbeiteten Konzeption schwierig, da bei gemeinde- und kantonsübergreifenden Projekten unterschiedliche Entscheidungswege und -instanzen zu berücksichtigen sind. Trotz dieser Herausforderung wurde 2012 – gestützt auf die im Freiraumkonzept und im Detailkonzept für das Projekt Uferweg vorhandenen Grundlagen – mit der Umsetzung konkreter Massnahmen begonnen.

19 | NUTZEN-LASTENAUSGLEICHSSYSTEM FÜR DIE REGION ENTRE-DEUX-LACS

BÜNDELUNG DER INTERKOMMUNALEN KRÄFTE UND MÖGLICHKEITEN

Zwischen Neuenburger- und Bielersee, zwischen den Städten Neuchâtel und Biel und an der Schnittstelle der beiden Kantone Bern und Neuchâtel, bündeln fünf Gemeinden ihre Kräfte, um die Region Entre-deux-lacs (E2L) wirtschaftlich, touristisch und raumplanerisch voranzubringen. Nach dem Ausloten von geeigneten Strukturen der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit sind die Bestrebungen vorangekommen.

Die Region Entre-deux-lacs ist einerseits durch die Schwerindustrie geprägt, weist andererseits aber auch touristisches Potential auf. Im Rahmen des Modellvorhabens erarbeiteten die fünf Gemeinden Cornaux, Cressier, Enges, Le Landeron und Lignières einen regionalen Richtplan sowie Vorschläge zu einem wirkungsvollen Nutzen-Lastenausgleichssystem innerhalb der Region Entre-deux-lacs, um eine bessere und dynamischere Entwicklung der Region zu gewährleisten. Die Zusammenarbeit der einzelnen Gemeinden war allerdings nicht nur einfach, sondern stiess verschiedentlich auf Herausforderungen: Die Rolle der Kommunikation wurde unterschätzt, internes Projektwissen wurde neuen Gemeindemitarbeitenden nicht weitergegeben und zwei der Gemeinden hatten aufgrund eigener Pläne von Einkaufszentren nur wenig Veranlassung, einen übergeordneten Richtplan zu erarbeiten. Zudem hat der Wille des Kantons, die kommunalen Initiativen zu fördern, die Umsetzung der regionalen Strategie nicht immer begünstigt. Trotz dieser Schwierigkeiten konnten verschiedene Projekte in den Bereichen Wohnen, Freizeitaktivitäten, öffentliche Dienste und Infrastruktur, Transport, Umwelt und Tourismus gemeinsam organisiert und initiiert werden.



MIT KLEINEN SCHRITTEN VORWÄRTS

Der Wille zur Zusammenarbeit der fünf Gemeinden wurde am 21. Dezember 2007 in einem Vertrag besiegelt. Die Region Entre-deux-lacs arbeitete fortan mit dem Kanton Neuchâtel zusammen mit dem Ziel, eine gemeinsame Kultur zu etablieren. Der Kanton forderte als Erstes die Erarbeitung eines regionalen Richtplans, der als Ausgangslage für die Zusammenarbeit und die Entwicklung weiterer Projekte diente. Die Region Entre-deux-lacs erarbeitete nachfolgend mit dem Réseau urbain neuchâtelois (RUN) und dem Bureau des agglomérations et des régions (BAR) nicht nur diesen verbindlichen Richtplan, sondern entwickelte ebenso ein System für den Nutzen-Lastenausgleich in der Region.

NACH SCHWIERIGKEITEN ZU GUTEM ABSCHLUSS

Trotz Schwierigkeiten in der Projektzusammenarbeit ist die Region Entre-deux-lacs die erste, welche dem Kanton einen interkommunalen, regionalen Richtplan vorgelegt hat. Die Zusammenarbeit auf lokaler Ebene brachte spezifische



Die zwischen Neuenburger- und Bielersee gelegenen Gemeinden (Bild: Le Landeron) haben einen regionalen Richtplan erarbeitet.

Vorschläge und Neuerungen für die Region, die jedoch auch auf andere Regionen angewendet werden können. Die grösste Erkenntnis war aber wohl, dass alle Akteure integriert werden müssen, um die Zusammenarbeit erfolgreich zu gestalten. Aufgrund dieser Erfahrung wird heute überlegt, ob die Gemeinden der Region Entre-deux-lacs fusionieren sollen oder ob sogar eine Fusion mit vier weiteren benachbarten Gemeinden (La Tène, Hauterive, Saint-Blaise und Enges) angezeigt ist. Die fünf Gemeinden der Region Entre-deux-lacs sowie weitere benachbarte Gemeinden arbeiten von nun an in unterschiedlichen Bereichen wie etwa der Verwaltung, Sicherheit, Kultur, Gesundheit/Soziales, Verkehr und Infrastruktur zusammen.

>> www.lerun.ch

«Aus dem Projekt Entre-deux-lacs resultiert ein Beispiel für einen Nutzen-Lastenausgleich; zugleich entstehen Koordinationsinstrumente für die räumliche Entwicklung.»

Daniel Grassi Pirrone, Réseau urbain neuchâtelois (RUN)

20 | RÄUMLICHE KOMPENSATIONSANSÄTZE IM VALLON DU NOZON

BAUZONEN REDUZIEREN: MÖGLICH, ABER SCHWIERIG

Im Norden der Waadt, rund um Romainmôtier, gründeten zehn Gemeinden einen Verein, um die überkommunale Zusammenarbeit in Gang zu bringen. Im Zentrum einer detaillierten Studie stand die Raumplanung, welche die Übereinstimmung mit dem kantonalen Richtplan, eine lebensfähige Region sowie die Erhaltung der Qualität der Landschaft und des natürlichen Erbes anstrebte.

Das waadtländische Vallon du Nozon umfasst die neun Gemeinden Agiez, Bofflens, Bretonnières, Croy, Juriens, La Praz, Premier, Romainmôtier-Envy und Vaulion, zu denen sich für diese Analyse Arnex-sur-Orbe gesellte. Im Rahmen des Modellvorhabens «Räumliche Kompensationsansätze im Vallon du Nozon» wurden für verschiedene Themenbereiche interkommunale Nutzen-Lastenausgleichssysteme entwickelt und getestet. Zudem sollten die Vorgaben des kantonalen Richtplans umgesetzt werden, welcher die Reduktion der Bauzonen in Gemeinden, wo diese überdimensioniert waren, zum Ziel hatte. Auch ging es darum, die Handlungsfähigkeit der Gemeinden zu erhalten. Der ländliche Charakter der Dörfer sowie des ganzen Gebietes, das durch Landwirtschaft, Wald und Naturschutzgebiete geprägt ist, entwickelte sich in Richtung eines Konzepts, das diese Trümpfe bewahren wollte, aber auch Zukunftsperspektiven ermöglichen sollte.

VORLAGE UND UMSETZUNG

Um ein aussagekräftiges Nutzen-Lastenausgleichsmodell entwickeln zu können, wurde das Untersuchungsgebiet auf das Vallon du Nozon beschränkt. Auch hier bestanden in der Verteilung von Lasten und Nutzen im Hinblick auf Infrastrukturbauten, Gewerbebezonen, Wohn- und Grünraum grosse Unterschiede. Neu wurde das Entwicklungspotential der Region auf einer übergeordneten Ebene analysiert, wobei die Gemeinden eng zusammengearbeitet haben. Die Konzentration der Bauzonen an Orten mit guter Erreichbarkeit und gutem Dienstleistungsangebot, wie es der kantonale Richtplan verlangte, konnte realisiert werden,



indem die Bauzonenreserven mehrerer Gemeinden neu gruppiert wurden. Ebenso konnte die Reduktion der Bauzonen durch ein Ausgleichssystem, das sich am Wert des Bodens orientierte, mit geringem Aufwand vonstatten gehen. Wie eines der ausgearbeiteten Szenarien aufzeigte, können so die Bauzonen zugunsten von Grün- und Erholungsräumen um 50 Prozent reduziert werden. Die Eigentümer wurden auf der Basis dieses Zonenabtauschs und der Reduktion der Bauzonen in den Prozess und die Diskussion einbezogen. Die eigentümerverschlingende Planung führte zu Fragen des Nutzen-Lastenausgleichs, welche überkommunal gelöst wurden und so die Zusammenarbeit unter den Gemeinden weiter verstärkt haben.



Die Waadtländer Gemeinden des Vallon du Nozon haben interkommunale Nutzen-Lastenausgleichssysteme für Wohnzonen geprüft.

DEN KANTON BRAUCHT ES AUCH

Die Zusammenarbeit der verschiedenen Gemeindebehörden sowie das Engagement des Kantons Waadt waren Voraussetzungen für das Gelingen des Projekts. Als wichtige Faktoren zur Bewusstseinsbildung über Vorteile und Schwierigkeiten dieser Lösung haben sich zudem das partizipative Vorgehen und der frühe Einbezug aller relevanten Akteure erwiesen. Die Stärkung von wirtschaftlichen Interessen unter Berücksichtigung einer nachhaltigen Regionalentwicklung in den Bereichen Naturschutz, Raumplanung und Finanzausgleich soll als Modell auch für andere Regionen des Kantons nutzbar werden. Dazu muss der Kanton seinen Beitrag leisten. Auf Gemeindeebene müssen im Hinblick auf den Zusammenschluss sämtliche Zonenpläne revidiert werden, bevor das Projekt VOTERR (Vocation territoriale et systèmes de compensation) umgesetzt werden kann. Die Mitwirkung der Gemeinden wurde in bisher sechs Workshops zu diesen Themen gefördert. Dank VOTERR hätte die gemeindeübergreifende Diskussion und Organisation von allgemeinen Themen zu einer wirtschaftlich effizienten und – gerade im Hinblick auf die Erhaltung der Lebensqualität – gewinnbringenden Lösung

für alle führen können. Zu guter Letzt erwiesen sich jedoch die finanziellen Möglichkeiten der öffentlichen Hand als nicht ausreichend, um die Hindernisse zu überwinden, welche sich den lokalen Behörden in den Weg stellten, als

Durch eine gemeindeübergreifende Planung können die Bauzonen zugunsten der Grünräume um 50 Prozent reduziert werden. VOTERR hat einen Weg für kleine, ländliche Gemeinden gewiesen, wie sie den Umgang mit überdimensionierten Bauzonen gestalten können.

sie die Grundeigentümer von den Vorteilen dieses neuen Ansatzes zu überzeugen versuchten. Das Beschreiten neuer Wege durch kleine, ländliche Gemeinden wurde als zu risikobehaftet eingeschätzt.

>> www.adnv.ch/fr/adnv/projets.htm



- 21 Einpassung von Stallbauten in das Landschaftsbild im Kanton Appenzell Innerrhoden
- 22 Aufwertung BLN-Objekt 1012 Belchen-Passwang
- 23 Landschaftsaufwertung durch freiwillige Bewirtschaftungsarrondierung in Zuzgen
- 24 Agglomerationspark Limmattal

AUFWERTUNG UND INWERTSETZUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT

In den vier Modellvorhaben dieses Themenbereichs wurden einerseits neue Wege getestet, wie Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung besser erhalten, aber angepasst genutzt werden können. Andererseits wurde durch freiwillige Landumverteilungen, kooperativ ausgearbeitete Gestaltungsvorgaben für landwirtschaftliche Ställe und ein kantonsübergreifendes Freiraumkonzept Unterstützung zur Landschaftsentwicklung geleistet.

Manchmal wären Schwarz-Weiss-Lösungen der einfachste Weg: hier Schutz, dort Nutzung, mit angepassten Übergangszonen. Nur präsentiert sich die Realität in unserem dicht genutzten Land anders: Rund 90 Prozent unseres Landes sind Kulturlandschaften. Deren grosse regionale Vielfalt und natürliche Werte, aber auch ihre Bedeutung für die Identität und für Wirtschaftszweige wie den Tourismus lassen Schwarz-Weiss-Lösungen nicht zu. Voraussetzung für eine breit abgestützte Abwägung ist der sektorenübergreifende Einbezug von Natur- und Landschaftsschutz, Raumplanung, Land- und Forstwirtschaft sowie Regionalentwicklung. Ebenso braucht es für das Gelingen fast immer partizipative Ansätze sowie überkommunale Kooperationen. Ähnliches gilt auch für diejenigen Modellvorhaben, die sich der Aufwertung und Inwertsetzung der Landschaft widmeten: Die Realisierung eines durchgehenden Naherholungsraums im Limmattal wäre ohne gemeinde- und kantonsübergreifende Zusam-

menarbeit undenkbar gewesen. Und spezifische Partizipations- und Kommunikationsmodelle machten es erst möglich, dass eine freiwillige Landumverteilung als Instrument zur Landschaftsaufwertung zustande kam. Auch das Bestreben, Stallbauten in Appenzell Innerrhoden künftig noch besser in das Landschaftsbild zu integrieren, startete vor allem deshalb erfolgreich, weil bereichsübergreifend Grundlagen zu Gestaltung, Einpassung in die Landschaft, Sensibilisierung, Verfahren, Recht und Finanzierung geschaffen wurden.

Die Modellvorhaben in diesem Bereich

- Einpassung von Stallbauten in das Landschaftsbild im Kanton Appenzell Innerrhoden
- Aufwertung BLN-Objekt 1012 Belchen-Passwang
- Landschaftsaufwertung durch freiwillige Bewirtschaftungsarrondierung in Zuzgen
- Agglomerationspark Limmattal

zeigen deutlich auf, dass sowohl die Aushandlung eines Konsenses zwischen teilweise weit auseinanderliegenden Schutz- und Nutzungsinteressen als auch die Aufwertung und Inwertsetzung von Landschaft anspruchsvolle Aufgaben sind, die dank breiter institutioneller und fachlicher Abstützung, partizipativen Elementen sowie dem Einbezug aller betroffenen Sektoren und Akteure lösbar sind.

21 | EINPASSUNG VON STALLBAUTEN IN DAS LANDSCHAFTSBILD IM KANTON APPENZEL INNERRHODEN

GEGEN FREMDKÖRPER IN DER LANDSCHAFT: HANDBUCH ZUR GESTALTUNG VON STALLBAUTEN

Immer öfter trifft man in Appenzell Innerrhoden auf neue Stallbauten, die aufgrund ihrer Grösse und ihres nüchternen Aussehens an Industriebauten erinnern und das Landschaftsbild empfindlich stören. Das im Rahmen des Modellvorhabens erarbeitete Handbuch gibt Empfehlungen, wie Ökonomiebauten so gestaltet werden können, dass sie sich gut ins Siedlungs- und Landschaftsbild einpassen und hohen gestalterischen Ansprüchen genügen.

Steigende Betriebsgrössen, neue Aufstallungssysteme, stärkere Mechanisierung der Betriebsabläufe im Stall sowie Vorschriften für Gewässer-, Tierschutz und Lebensmittelhygiene führen dazu, dass neue landwirtschaftliche Ökonomiebauten in der Landschaft immer wichtiger in Erscheinung treten und nicht mehr uneingeschränkt in das Appenzeller Landschaftsbild passen. Die benötigte Fläche auf kleinere Einzelgebäude aufzuteilen – wie dies lokaler Tradition entspräche –, wird zunehmend vermieden, da dies meist teurer und mit einer geringeren Arbeitseffizienz verbunden ist. Mit dem Modellvorhaben wurden Mittel und Wege aufgezeigt, wie betriebstechnisch optimierte und günstige Bauten besser in die Landschaft und das Ortsbild eingefügt werden können. Dazu entwickelte der Kanton Appenzell Innerrhoden ein Handbuch, das Wege und Verfahren aufzeigt, wie bauwillige Landwirte und ihre Planer neue Ställe und Umbauten realisieren können, die sich gut in das Siedlungs- und Landschaftsbild einpassen und hohen gestalterischen Ansprüchen genügen.

KLEINFLÄCHIGE STREUSIEDLUNG STATT GEWERBEZONE

Das «Handbuch zur Einpassung und Gestaltung landwirtschaftlicher Ökonomiegebäude in Appenzell Innerrhoden» wurde ab 2007 in mehreren Schritten entwickelt und nach

einer Vernehmlassung durch die Kantonsregierung 2009 verabschiedet. Materialien, Gestaltung, Bautechnik und Baukosten wurden erhoben, und die Empfehlungen wurden sogar mit dem Bau eines Modellstalls überprüft. Die Empfehlungen des Handbuchs richten sich nach der für das Appenzellerland charakteristischen Streusiedlung: Die Wohnhäuser sind nach Südsüdosten ausgerichtet und der niedriger gehaltene Stall ist seitlich daran angebaut. Doch die Ökonomiebauten der letzten Jahre veränderten dieses kleinteilige Siedlungsbild grundlegend – Anbauten an das Wohnhaus wurden unmöglich und selbst die Hofbildung war problematisch, da die grossen Hallen die Altbauten optisch fast erdrücken. Die Abstimmung zwischen den Sektoralpolitiken Landwirtschaft, Siedlung, Bauen ausserhalb der Bauzone, Landschaftsschutz und Tourismus soll den Einheimischen und den Touristen zugutekommen, denn das Landschaftsbild ist eine wesentliche Grundlage des Tourismus und für die Ansässigen ein nicht zu vernachlässigender Aspekt der täglichen Lebensqualität.

UMDENKEN IM GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN INTERESSE

Bauwillige Bauern, Planer und die Baubewilligungsbehörde haben mit dem Handbuch ein Planungsinstrument erhalten, mit dessen Hilfe sie Stallneu- und -umbauten, die wesentliche Gestaltungselemente traditioneller Bauten aufnehmen und so gut ins Landschaftsbild passen, realisieren können. Bei der Entwicklung des Handbuchs sowie des Modellstalls wurde der Zusammenarbeit mit Gestaltern und Vertretern aus Tourismus und Landschaftsschutz grosse Bedeutung beigemessen. Dabei konnte gezeigt werden, dass zeitgemässe Bauvorhaben auch den Anliegen des Landschaftsschutzes genügen können. Die Hauptschwierigkeiten sind aber bei den Kosten und teilweise bei den



Der Modellstall zeigt, wie landwirtschaftliche Stallbauten besser in das Landschaftsbild im Kanton Appenzel Innerrhoden eingepasst werden können.

Erweiterungsmöglichkeiten zu sehen. Doch trotz dieser Schwierigkeiten ist der gesamtheitliche Ansatz zur Problemlösung innovativ und modellhaft: Zwar existieren in vielen Kantonen unverbindliche Gestaltungsleitlinien oder Empfehlungen zu Einheitsställen. Das Problem wurde jedoch noch nie gesamthaft bearbeitet und zum ersten Mal wurden bereichsübergreifende Grundlagen zu Gestaltung, Einpassung in die Landschaft, Sensibilisierung, Verfahren, Recht und Finanzierung geschaffen. Der Anspruch, für moderne Ökonomiebauten mit der bestehenden Bausubstanz und dem bestehenden Siedlungs- und Landschaftsbild eine Lösung zu finden, muss mit vertretbarem Aufwand und einem hohen Anteil an Eigenleistung realisiert werden können: Die Zusammenarbeit von Bauern, Planenden, Behörden und Vertretern der Bauwirtschaft ist dazu notwendig. So wahrt das Projekt die Interessen aller Beteiligten und stützt die Kontinuität des bestehenden Siedlungs- und Landschaftsbildes.

>> www.ai.ch/modellvorhaben

Jeder Hof hat seine eigenen speziellen Bedürfnisse, die entsprechend individuelle Lösungen erfordern. Im Handbuch wird aufgezeigt, welche gestalterischen Anforderungen bei der Planung zu beherzigen sind und wie sie dank einer frühzeitigen und konsequenten Zusammenarbeit aller Beteiligten auch umgesetzt werden können.

22 | AUFWERTUNG BLN-OBJEKT 1012 BELCHEN-PASSWANG

LANDSCHAFTEN VON NATIONALER BEDEUTUNG – IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN SCHUTZ UND NUTZUNG

Das Gebiet Belchen-Passwang gehört zum Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung. Dieses umfasst die besonders wertvollen Landschaften und Naturdenkmäler der Schweiz. Im Zentrum des Modellvorhabens stand die Frage, wie Wert und Charakter des Gebiets unter Berücksichtigung künftiger Nutzungsansprüche und Entwicklungspotentiale erhalten werden können. Auf der Basis einer Landschaftsbeurteilung entstand ein Raumkonzept, das als Ansatz zur Lösung von Konflikten zwischen Schutz und Nutzung dienen kann.



Die Landschaft des Gebiets Belchen-Passwang in den Kantonen Basel-Landschaft und Solothurn ist als Typ-landschaft des östlichen Kettenjuras im Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung (BLN) erfasst. Das Gebiet umfasst 6412 Hektaren; davon liegen rund 70 Prozent in zehn Gemeinden auf Baselbieter und 30 Prozent in acht Gemeinden auf Solothurner Boden. Geologisch und naturräumlich ausserordentlich reichhaltig und vielfältig, ist das Belchen-Passwang-Gebiet ein beliebtes und örtlich stark frequentiertes Naherholungsgebiet. Wie könnte aber die künftige Entwicklung einer solchen Landschaft aussehen, wenn sie in ihrer Schönheit und Qualität erhalten und aufgewertet werden soll, ohne moderne Nutzungsansprüche und Entwicklungspotentiale von vornherein auszuschliessen? Dies ist die Kernfrage, welche das Amt für Raumplanung Basel-Landschaft partizipativ – zusammen mit den Gemeinden im Gebiet Belchen-Passwang – im Rahmen des Modellvorhabens «Aufwertung BLN-Objekt 1012 Belchen-Passwang» beantworten wollte. Es sollte ein gemeindeübergreifendes Raumkonzept sowie eine gemeindeübergreifende Identität entwickelt werden.



welcher frei wählbare Landschaftsräume anhand einer mehrschichtigen Kriterienpalette beurteilt werden können. Der daraus resultierende Landschaftsindex erlaubt eine differenzierte Beurteilung der Landschaft.

STRATEGISCHE LANDSCHAFTSPLANUNG

Auf der Grundlage dieser Landschaftsbewertung wurde ein Raumkonzept entwickelt. Dieses konkretisiert teilraumbezogene Schutzziele und ordnet den Teilräumen sachlich abgeleitete mittelfristige Nutzungs- und Entwicklungspotentiale zu. Dank der Partizipation der Bevölkerung wurde klar, dass eine starke regionale Gebietsidentität vorhanden ist. Der Wunsch nach dem Erhalt der spezifischen Werte und Qualitäten des Gebietes ist breit abgestützt. Alle Erkenntnisse flossen in den Entwurf eines eigenen Richtplan-Objektblattes ein: Dieses übernimmt die wesentlichen Stossrichtungen des Modellvorhabens – räumlich differenzierte

MESSBARE QUALITÄT

Unerwartet viel Raum nahmen Fragen nach der konkreten Schutzwürdigkeit der Landschaft und ihrer Teilräume sowie nach den geeigneten Instrumenten und Massnahmen zum Werterhalt dieser Landschaft ein, deren Abgrenzung geografisch nicht eindeutig nachvollziehbar ist. Um die Schutzwürdigkeit besser nachvollziehbar zu machen, wurde eine integrale Landschaftsbewertungsmethodik entwickelt, mit



Das Gebiet Belchen-Passwang gehört zum Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung.

Schutz- und Entwicklungskonzepte sowie Bewusstseinsbildung – in Form von Planungsanweisungen an Kanton und Gemeinden. Damit kam ein Bottom-up-Prozess zum Tragen, in dem die Landschaftswerte und die lokalen Landschaftswertschätzungen bestimmten, woran sich die im Gebiet wirkenden Interessens- und Politikbereiche ausrichten sollten.

PROJEKTVERZÖGERUNG UND FÜHRUNGSWECHSEL

Der Bund unterstützte das Modellvorhaben zwischen 2009 und 2011. Ende Januar 2011 wurden – mit Ausnahme des kurz zuvor in Auftrag gegebenen kantonalen Raumkonzeptes BLN – alle Aktivitäten durch die Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD) Basel-Landschaft sistiert, nach dem Führungswechsel in der BUD dann im September 2011 neu beurteilt und wieder aufgenommen. Definitiv abgeschlossen werden soll das Projekt nun im Jahre 2013. Dazu gehört die abschliessende Auswertung der damaligen Bevölkerungsbefragung sowie – neben der Schlussberichterstattung – die Aufbereitung des Raumkonzeptes zuhanden der kommunalen Nutzungsplanungen.

AUSSTRAHLUNG

Die Ergänzung des kantonalen Richtplans mit einem BLN-Objektblatt, das den Stellenwert und die Beachtung des BLN stärken könnte, wird voraussichtlich 2013 vom kantonalen Parlament beraten. Der gewählte Ansatz könnte als Vorgehensmodell für weitere BLN-Gebiete dienen. Bereits

***BLN-Landschaften sind die Inseln
unseres Landes. Sie sind herausragend –
nur wissen wenige davon.***

jetzt werden die Landschaftsbewertungsmethodik und der Ansatz, daraus differenzierte Raumkonzepte abzuleiten, im Kanton Basel-Landschaft an weiteren Teilräumen getestet. Es soll überprüft werden, inwiefern dieses Vorgehen auch ausserhalb der BLN-Objekte eingesetzt werden und Planungsgrundlagen für die Richtplanung liefern kann.

23 | LANDSCHAFTSAUFWERTUNG DURCH FREIWILLIGE BEWIRTSCHAFTUNGSARRONDIERUNG IN ZUZGEN

FREIWILLIGE LANDUMVERTEILUNG IM LÄNDLICHEN RAUM, OHNE DAS GRUNDEIGENTUM ZU VERÄNDERN

Im Aargauer Dorf Zuzgen ist die landwirtschaftliche Bewirtschaftung angesichts der Lage und Anordnung der bestehenden Parzellen wenig rationell. Mit der Durchführung einer freiwilligen Landumverteilung allein auf der Nutzungsebene sollen die räumlichen und betrieblichen Bewirtschaftungsbedingungen verbessert werden. Das entwickelte Instrument der freiwilligen Bewirtschaftungsarrondierung ist dabei einfach, schnell und kostengünstig und hat schweizweit wegweisenden Charakter.

Das im Aargauer Jura liegende Dorf Zuzgen zählt 850 Einwohnerinnen und Einwohner und umfasst eine Fläche von 850 Hektaren, davon 301 Hektaren Wald. Die landwirtschaftliche Nutzung ist gekennzeichnet von schwierigen Bewirtschaftungsverhältnissen und die Produktion ist angesichts der Lage und Anordnung der bestehenden Parzellen wenig rationell. Genau hier setzt das von 2008 bis 2010 durchgeführte Modellvorhaben «Freiwillige Bewirtschaftungsarrondierung (FBA) als Instrument zur Landschaftsaufwertung» an: Es wurde aufgezeigt, wie die organisatorischen, rechtlichen und finanziellen Aspekte einer freiwilligen Landumverteilung für die Landwirtschaft unbürokratisch und effizient angewendet werden können. Die Bewirtschaftungsparzellen wurden dabei so zusammengelegt und abgetauscht, dass schwierige räumliche und betriebliche Bewirtschaftungsbedingungen verbessert werden.

GRENZEN DES GRUNDEIGENTUMS BLEIBEN BESTEHEN

Bereits mehrfach wurde ein solcher Ansatz einer FBA schweizweit diskutiert, bisher aber noch nicht zu einem praxistauglichen Verfahren entwickelt. Neu am in Zuzgen entwickelten Ansatz ist die Durchführung der Arrondierung als eigenständiges Verfahren, ohne dass die Grundeigentumsverhältnisse verändert werden. Die FBA basiert ausschliesslich auf einer freiwilligen Teilnahme der Bewirtschafter, und die Zusammenlegung und die Verlagerung von Parzellen werden nur auf der Ebene des Pachtlandes bzw. in Pachtverträgen vollzogen. Die Grenzen des Grund-



eigentums bleiben damit unverändert. Somit können auf einfachem, schnellem und kostengünstigem Weg Optimierungen für die landwirtschaftliche Bewirtschaftung, aber auch für den Natur- und Landschaftsschutz sowie die Förderung der Biodiversität erzielt werden.

VON DER INFORMATION ZUR DEFINITIVEN PARZELLENZUWEISUNG

Die Durchführung der FBA Zuzgen wurde in vier Phasen strukturiert. In der Vorbereitungsphase wurden die Grundeigentümer und Bewirtschafter informiert und ein Bewirtschaftungs- und Landschaftsplan erstellt. In einer zweiten Phase wurde von den Wünschäusserungen betreffend die Neuzuweisung von Parzellen über den Zuweisungsentwurf bis zum definitiven Beschluss durch die Teilnehmenden alles geplant. In der Umsetzungsphase wurden die neuen Pachtverträge unterzeichnet. Zu gegebener Zeit wird in der abschliessenden Sicherungsphase eine Erfolgskontrolle durchgeführt und es wird eine Verlängerung der Verträge nach der ersten sechsjährigen Pachtperiode angeboten.

BEWIRTSCHAFTUNGSARRONDIERUNG AUF FREIWILLIGER BASIS UMSETZBAR

Die praktische Erarbeitung des Instruments und die Umsetzung am Beispiel Zuzgen zeigt, dass eine FBA auf Basis des Freiwilligkeitsprinzips machbar ist. Damit solche



■ In Zuzgen werden die landwirtschaftlichen Bewirtschaftsbedingungen durch eine freiwillige Landumverteilung verbessert.

Bottom-up-Projekte funktionieren, müssen alle Eigentümer und Bewirtschafter mitmachen – auch wenn das Grundeigentum nicht direkt betroffen ist. Dies braucht viel Zeit und Fingerspitzengefühl. Es wurde erkannt, dass ein geeignetes Partizipations- und Kommunikationsmodell entwickelt werden muss, damit die Akteure und Interessengruppen in den gemeinsamen Entscheidungs- und Bewirtschaftungsprozess eingebunden sind. Dies sichert die Akzeptanz und die Wirksamkeit der FBA.

INSTRUMENT WIRD ZUM VORBILD FÜR ANDERE REGIONEN

Das im Rahmen des Modellvorhabens entwickelte Instrument der freiwilligen Bewirtschaftungsarrondierung ist bereits zum Vorbild für andere Regionen geworden: So sind nach dessen Prinzipien beispielsweise bereits weitere Pachtlandarrondierungen in der Bündner Gemeinde Klosters-Serneus und in Gemeinden des regionalen Naturparks «Jurapark Aargau» vorgesehen. Auch auf Bundesebene hat das Modellvorhaben Eingang gefunden: Gewisse Erkennt-

Die freiwillige Bewirtschaftungsarrondierung ist ein einfaches, kostengünstiges und rasch wirksames Verfahren, um eine Deblockierung wichtiger ökonomischer und ökologischer Entwicklungen im ländlichen Raum zu ermöglichen.

nisse sind bereits in die aktuelle Agrarreform, Agrarpolitik 2014–2017, eingeflossen. Der Artikel 20 des Bundesgesetzes über die landwirtschaftliche Pacht (LPG) soll gemäss Vorschlag des Bundesrates angepasst werden, damit der Abtausch von Pachtflächen zwischen den Bewirtschaftern erleichtert wird. Diese Top-down-Regelung unterstützt damit die Freiwilligkeit des Verfahrens der FBA in idealer Weise.

24 | AGGLOPARK LIMMATTAL

EIN KANTONSÜBERGREIFENDES FREIRAUMKONZEPT SICHERT EINEN LANDSCHAFTSBEZOGENEN NAHERHOLUNGSRAUM

Die Limmattalgemeinden haben das Potential eines durchgehenden Naherholungsgebiets entlang der Limmat erkannt. Gemeinsam mit zwei Regionalplanungsverbänden, Stadt und Kanton Zürich sowie dem Kanton Aargau haben sie ein kantonsübergreifendes Freiraumkonzept entwickelt. Dieses enthält eine Strategie für den Umgang mit Freiräumen und schlägt konkrete Massnahmen anhand verschiedener Initialprojekte vor.

Der Agglopark Limmattal erstreckt sich von Baden-Wettingen bis Zürich und umfasst die Städte und Gemeinden Baden, Ennetbaden, Wettingen, Neuenhof, Killwangen, Würenlos, Spreitenbach, Bergdietikon, Oetwil an der Limmat, Geroldswil, Dietikon, Weiningen, Unterengstringen, Oberengstringen, Urdorf, Schlieren und Zürich. Der dicht-besiedelte Raum mit starker Verkehrsbelastung ist durch Wohn- und Infrastrukturbauten geprägt. Dem Freiraum als Grundlage für die alltägliche Erholung wurde bisher wenig Beachtung geschenkt. Mit dem Modellvorhaben «Agglomerationspark Limmattal» hat sich dies nun geändert: Durch die interkommunale Zusammenarbeit wurde eine Raum- und Landschaftsentwicklung angestossen, die einen Beitrag zu einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung leisten kann. Dafür wurde eine gemeinde- und kantonsübergreifende Idee für einen durchgängigen, vielfältigen, landschaftsbezogenen Naherholungsraum gesucht und auf Basis dieser Idee wurde ein kantonsübergreifendes Freiraumkonzept entwickelt.

ABSICHTSERKLÄRUNG SICHERT UMSETZUNG DES FREIRAUMKONZEPTS

Das Modellvorhaben wurde von den Kantonen Aargau und Zürich, den regionalen Planungsverbänden Baden Regio und Zürcher Planungsgruppe Limmattal, den Gemeinden

und Städten des Limmattals sowie der Stadt Zürich getragen. Das durch diese grenzübergreifende Zusammenarbeit entstandene Freiraumkonzept «Agglomerationspark Limmattal» konzentriert sich auf den Talraum und die Freiräume ausserhalb der Bauzone und holt damit Freizeit und Erholung vor die Haustüre. Die Freiräume im Siedlungs-bereich und die teils aussergewöhnlichen Landschaftsqualitäten der angrenzenden Höhenzüge wurden funktional mitberücksichtigt. Und dass es alle am Projekt beteiligten Akteure ernst meinen, zeigt die Absichtserklärung: Mit der Unterzeichnung haben sich alle Beteiligten zur Weiterentwicklung und schrittweisen Umsetzung des Freiraumkonzepts bekannt.

INITIALPROJEKT «LIMMATUFERWEG»

Vier Leitideen prägten die Erarbeitung des Freiraumkonzepts: Das bestehende Angebot der Naherholung sollte gewahrt und ausgebaut, die landschaftliche Vielfalt und natürlichen Ressourcen sollten geschont und vermehrt, die eigene Kultur, Geschichte und Landschaft als identitätsstiftende Elemente wahrgenommen und alle Bereiche im Agglomerationspark Limmattal für Fussgänger und Radfahrer durchlässig gestaltet werden. Zusammenfassende Handskizzen visualisierten und übersetzten die Leitideen und hoben die Bedeutung einzelner Teilbereiche hervor. Thematische Umsetzungspläne und konkrete Massnahmenideen wurden abgeleitet und darauf aufbauend wurden im Sinne von Initialprojekten Vorschläge zur Umsetzung und zum weiteren Vorgehen formuliert. Die Initialprojekte sollten die Möglichkeit bieten, die interkantonale und -kommunale Zusammenarbeit und die dazu nötigen Umsetzungsstrukturen zu erproben und das räumliche Gesamtkonzept zu verankern. Eines dieser Initialprojekte war das Projekt «Limmatuferweg»: Beidseits der Limmat, von Baden bis Zürich, sollen durchgehende Fuss- und Velowege einge-



Die Limmattalgemeinden haben ein überkommunes Freiraumkonzept erarbeitet.

richtet werden, welche ein attraktives Landschafts- und Flusserlebnis ermöglichen. Das Projekt war 2009 in der Vernehmlassung und wird seitdem schrittweise umgesetzt.

BREIT ABGESTÜTZTE PROJEKTORGANISATION

Mit dem Modellvorhaben «Agglomerationspark Limmattal» wurde das Thema Freiraum in einem der dynamischsten Räume der Schweiz auf die Agenda gesetzt. Eine Herausforderung bei der Erarbeitung des Freiraumkonzepts war dabei die Grösse und Dynamik des Raums Baden-Wettlingen-Zürich sowie die institutionelle Komplexität: Die Zusammenarbeit von zwei Kantonen, der Kernstadt Zürich, zwei Regionalplanungsverbänden sowie 17 Städten und Gemeinden bedingten grossen Koordinationsaufwand und das Fokussieren auf ein grobmassstäbliches Konzept unter

Ziel ist eine Landschaft, die trotz fortschreitender Entwicklung den Bewohnerinnen und Bewohnern ein lebenswertes Wohn- und Arbeitsumfeld bietet.

Berücksichtigung der beschränkten Ressourcen. Doch genau diese breite institutionelle und fachliche Abstützung war – trotz des grossen Koordinationsaufwands – ein wichtiger Erfolgsfaktor für die gemeinsame Entwicklung des Freiraumkonzepts. Eine solche breite Abstützung dürfte auch im Rahmen anderer Projekte hilfreich sein.

>> www.agglopark-limmattal.ch

- ZUSAMMENARBEIT AUF GROSS-REGIONALER EBENE
- REGIONALE ZUSAMMENARBEIT
- KOORDINATION RÄUMLICHER FUNKTIONEN
- NUTZEN-LASTENAUSGLEICHSSYSTEME
- AUFWERTUNG UND INWERTSETZUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT
- ERNEUERBARE ENERGIEN**
- NACHHALTIGER LÄNDLICHER TOURISMUS
- NUTZUNGSPOTENTIALE FÜR EINE SIEDLUNGSENTWICKLUNG NACH INNEN
- STRATEGISCHE TEILGEBIETE DER AGGLOMERATIONEN



- 25 Energieregion Goms
- 26 Holzenergiepotential von Neuenburger Waldweiden
- 27 Biogasanlage Val Müstair

ERNEUERBARE ENERGIEN

Die Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen ist eine der zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts: Derzeit werden in der Schweiz immer noch rund 80 Prozent des Energiebedarfs aus nicht erneuerbaren Energiequellen gedeckt, wodurch Umwelt und Klima erheblich belastet werden. Für eine nachhaltige Energiepolitik müssen die Energieeffizienz gesteigert und die erneuerbaren Energien ausgebaut werden. Im Rahmen der Modellvorhaben wurden daher drei Projekte unterstützt, welche die Förderung von erneuerbaren Energien zum Ziel hatten.

Aufgrund des Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums sowie neuer Nutzungen hat sich der Energieverbrauch seit 1950 mehr als verfünffacht. Insbesondere der Verbrauch von Brenn- und Treibstoffen, Elektrizität und Erdgas hat seit 1950 stark zugenommen. Doch nicht erst seit dem energiepolitischen Entscheid des Bundesrates, aus der Kernenergie auszusteigen, steht das Thema nachhaltige Energie in der Schweiz auf der gesellschaftlichen und politischen Traktandenliste. Im Vordergrund der nachhaltigen Energiepolitik steht dabei auf Verbraucherseite die Optimierung der Stromeffizienz und bei der Stromproduktion der Ausbau der erneuerbaren Energien. Und die Schweiz besitzt mit der Wasserkraft einen traditionsreichen und gewichtigen erneuerbaren Energieträger. Aber auch die erneuerbaren Ener-

giequellen Sonne, Holz, Biomasse, Wind, Geothermie und Umgebungswärme haben einen zunehmenden Anteil an der Energieversorgung in der Schweiz. Dabei kann – je nach Region – die Nutzung der einen oder anderen Ressource Bedeutung haben. Da erneuerbare Energien naturgemäss meist ortsgebunden sind, müssen diese nicht nur auf nationaler Ebene, sondern vor allem auch auf Stufe Region gezielt geplant und gefördert werden. Und genau dieser regionale Ansatz wurde im Rahmen der Modellvorhaben im Themenbereich Erneuerbare Energien unterstützt:

Die drei Vorhaben

- Energieregion Goms
- Holzenergiepotential von Neuenburger Waldweiden
- Biogasanlage Val Müstair

hatten zum Ziel, die in ihrer Region verfügbaren erneuerbaren Energieträger zu nutzen und dadurch die nachhaltige Energiegewinnung zu fördern. Die Erkenntnisse, Erfahrungen und umgesetzten Methoden dieser Modellvorhaben können dabei auch von anderen Regionen, in welchen die jeweils untersuchten Ressourcen bzw. erneuerbaren Energieträger vorkommen, angewendet werden – und dadurch die nachhaltige Energieversorgung vorantreiben.

25 | ENERGIEREGION GOMS

LOKALE RESSOURCEN NUTZEN UND DIE WERTSCHÖPFUNG STEIGERN

Die Region Goms im Oberwallis will die erste Energie-region der Schweizer Alpen werden. Dazu strebt sie die nachhaltige, dezentrale und lokale Energiegewinnung an. Es geht der «energieregionGOMS» aber nicht nur um Energieautarkie, sondern um einen möglichst nachhaltigen Umgang mit der Energieversorgung und einen Austausch über die Region hinaus. Seit 2007 werden vielfältige Projekte entwickelt, welche die Energiegewinnung vor Ort fördern und die Energieeffizienz verbessern. Das Vorhaben soll als Modell für andere Bergregionen im In- und Ausland dienen.

Steigende Ölpreise fördern die Nachfrage nach erneuerbaren, lokal produzierten und einheimischen Energieträgern. Ein besonders grosses Interesse daran besitzt der ländliche Raum – so auch die Region Goms: Die Hochtalebene in den Walliser Alpen bietet gute Voraussetzungen für die Nutzung von erneuerbaren Energien. Biomasse, Sonne, Wind und Erdwärme sind ausreichend vorhanden. Vor diesem Hintergrund initiierte der Verein «unternehmenGOMS» das Modellvorhaben «energieregionGOMS». Mit der Inwertsetzung des Energiepotentials soll die lokale Wertschöpfung erhöht, Arbeitsplätze geschaffen und neue Einkommensquellen für die lokale Bevölkerung erschlossen werden.

WIND, BIOMASSE, WASSER UND SONNE SOLLEN ENERGIEBEDARF DECKEN

Ende 2007 hat der gemeinnützige Verein «unternehmenGOMS» das Tal und seine 13 Gemeinden als erste Energieregion der Schweiz lanciert. Es wurden verschiedene Leuchtturmprojekte ausgearbeitet, die auf lokalem Wissen und Erfahrungen der Bevölkerung beruhen. Der Verein «unternehmenGOMS», der sich aus einem Netzwerk aus öffentlichen Institutionen, privaten Unternehmen und Entscheidungsträgern sowie den Gemeinden der Region Goms zusammensetzt, bildet dabei die operative Ebene. Für die Umsetzung der konkreten Projekte arbeitet der Verein eng mit Akteuren auf regionaler Ebene, also Gemeinden, Unternehmen oder privaten Personen, zusammen.

VIELSEITIGE PROJEKTE GESTARTET

Seit der Lancierung der Energieregion konnten bereits zahlreiche Leuchtturmprojekte gestartet werden: So wurde ein Programm für Gebäudesanierungen initiiert, da in diesem



Bereich ein grosses Energiesparpotential besteht. Zur Gewinnung von Sonnenenergie wurden seit 2009 13 Fotovoltaikanlagen in Betrieb genommen, wobei eine durch ihre zentrale Lage an der Furkastrasse gut sichtbar ist und somit Signalwirkung hat. Weitere Fotovoltaikanlagen sind bereits



■ Die Region Goms strebt eine nachhaltige Energiegewinnung und -versorgung an.

in Planung. Die Umsetzung der vielschichtigen Projekte ist dabei nur durch eine enge Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure inner- und ausserhalb der Region möglich. Lokale Unternehmungen, wie beispielsweise Energieversorger und Gemeinden, sind dabei die Hauptträger. Aber auch in den Schulen wird das Bewusstsein für nachhaltige Energiegewinnung und -versorgung durch verschiedene Formate gefördert.

BEVÖLKERUNG AKTIV EINGEBUNDEN

Dass konkrete Anschauungsprojekte entscheidend für den Erfolg sind, weiss auch der Verein «unternehmenGOMS»: In den vier Jahren des Modellvorhabens hat er es immer wieder geschafft, der Bevölkerung in mehreren Aktionen Sichtbares zu liefern und sie aktiv einzubinden. So gab «unternehmenGOMS» beispielsweise die 10 000 Franken Preisgeld, die es durch den Gewinn des Goldenen Cäsars, eines Förderpreises der Region Goms für nachhaltige Projekte, erhalten hat, an die Bevölkerung der Region weiter. Beim

Um die Ziele der ersten Energieregion der Alpen zu erreichen, arbeitet die «energieregionGOMS» zusammen mit Initiativen Einheimischen Leuchtturmprojekte aus, die auf lokalem Wissen beruhen.

Kauf von Haushaltgeräten der höchsten Energieeffizienzklasse wurden 15 Prozent des Kaufpreises durch «unternehmenGOMS» bezahlt. Ebenso sorgen mehrere Elektroautos der Aktion «alpmobil» für eine gute Sichtbarkeit des Projekts. Damit die Arbeit auch nach Abschluss des Modellvorhabens weitergeht, ist der Aufbau einer professionellen Geschäftsstelle geplant.

>> www.energieregiongoms.ch

26 | HOLZENERGIEPOTENTIAL VON NEUENBURGER WALDWEIDEN

WALDWEIDEN PRODUZIEREN HOLZENERGIE

Das Holzenergiepotential der Waldweiden im Kanton Neuenburg ist beträchtlich. Im Rahmen eines Pilotprojekts wurde erforscht, wie sich das geschlagene Holz gewinnbringend nutzen lässt. Die dabei entwickelte Methodik ist auch auf andere Regionen anwendbar.

Der Gebietstyp der Waldweide ist in der Schweiz im gesamten Jurabogen und in den Alpen anzutreffen. Im Gegensatz zum geschlossenen Wald und der offenen Landschaft bilden Waldweiden ein fein gewobenes Mosaik von bewaldeten Grünflächen. Waldweiden werden sowohl für die Viehzucht als auch waldwirtschaftlich genutzt. Das Gleichgewicht dieser Kulturlandschaft ist zerbrechlich. Wird zu wenig geweidet, verbuschen die Flächen und letztlich entsteht geschlossener Wald. Eine zu intensive Beweidung hingegen lässt die Bestockung mit der Zeit verschwinden. Eine angepasste Waldbewirtschaftung ermöglicht es, diese Kulturlandschaft zu erhalten. Wegen mangelnder Zeit und mangelnden Interessens werden traditionelle Schlagräumungen nur noch selten durchgeführt. Um die Weiden vom Holz zu räumen, wird oftmals Kronen- und Astmaterial vor Ort verbrannt. Dadurch verpufft viel Energie ungenutzt als Emissionen in der Atmosphäre. Das Verbrennen von frischem Schlagabraum ist jedoch gemäss der Luftreinhalteverordnung verboten.

HOLZENERGIEQUELLE JURABOGEN

Mit dem Modellvorhaben «Holzenergiepotential von Neuenburger Waldweiden» lotete der Kanton Neuenburg aus, wie das Holz der Waldweiden energetisch verwertet wer-

den kann, unter welchen Bedingungen die Nutzung des Holzes der Waldweiden welchen Anteil an Holzenergie bereitstellen kann und auf welche Probleme man am häufigsten trifft. Die Ergebnisse ermöglichen es, die Menge und die Kosten dieser Energie in Bezug auf die Bewirtschaftungs- und Erntemethode zu beziffern. Neben energietechnischen Fragen ermöglicht das Projekt, die Waldweiden und die damit verbundene Biodiversität zu erhalten. Dass die Waldweiden des Jurabogens eine bedeutende Holzquelle darstellen, stand bereits zu Projektbeginn fest. Die Äste, die Krone und krumme Stämme können als Hackschnitzel in automatischen Holzfeuerungen verwendet werden. Eine Machbarkeitsstudie evaluierte die Kosten von Holzschlag, Aufbereitung, Lagerung und Transport dieses Holzes und zeigte auf, dass mit der entsprechenden Logistik ein Mehrwert entsteht und sich die Verwertung des Holzes als erneuerbare Energiequelle auszahlt. Innovativ war das Projekt insofern, als dass die GIS-basierte Analyse-methode es erlaubt, die Kosten der Holzenergie sowie die zu gewinnende Menge zu berechnen. Die entwickelte und getestete Methodik ist auch für andere Regionen mit einer ähnlichen Landschaftsstruktur anwendbar.

INTERDISZIPLINÄRE ZUSAMMENARBEIT ZAHLT SICH AUS

Viele unterschiedliche Akteure waren ins Projekt involviert, was die Koordination komplex gestaltete. Es hat sich gezeigt, dass nicht nur Lösungen für die Holzenergie gesucht waren, sondern dass auf kantonaler und regionaler Ebene in Energiepolitik, Landwirtschaft, Natur- und Landschaftsschutz zusammengearbeitet werden muss. Dies brachte über das Projekt hinausgehende, nachhaltig enge Beziehungen un-



▣ Das Holz der Neuenburger Waldweiden kann als erneuerbare Energiequelle genutzt werden.

ter den zuständigen Personen und Gremien. Die positiven Resultate der Berechnungen zum Holzenergiepotential zeigen die Wichtigkeit einer verbindlichen politischen Haltung zur Gestaltung und Bewirtschaftung der Waldweiden auf. Die Politik kann und soll die finanziell interessante Nutzung der erneuerbaren Energiequelle stärken und den Erhalt und die Biodiversität der Waldweiden stärken. Der Mehrwert für die Landbesitzerinnen und -besitzer, ihre Waldweiden weiterhin zu bewirtschaften, ist durch das Projekt offensichtlich geworden und auch die Forstunternehmen können die Kosten und Nutzen der entsprechenden Arbeiten nun beziffern.

>> www.lerun.ch/communication-paturages-boises

«Die Erkenntnisse aus dem Modellvorhaben könnten bald auf alle Waldweiden des ganzen Jurabogens angewendet werden.»

Bernard Woeffray, Projektleiter beim Réseau urbain neuchâtelois, 2010

27 | BIOGASANLAGE VAL MÜSTAIR

RINDERGÜLLE UND GASTROABFÄLLE ALS STROMLIEFERANTEN FÜR DAS VAL MÜSTAIR

Mit der Vergärung der Rindergülle und dem Mist der rund 40 landwirtschaftlichen Betriebe im Val Müstair könnte Ökostrom produziert werden, der das ganze Tal mit Energie versorgt. Im Rahmen des Modellvorhabens hat die Gemeinde Val Müstair deshalb geprüft, ob sich mit den vorhandenen organischen Reststoffen eine Biogasanlage zur Ökostromerzeugung betreiben lässt.

Das Bündner Val Müstair schliesst hinter dem Ofenpass an das Engadin an und wird zu einem grossen Teil von Italien umgeben. Anfang 2009 haben die sechs Gemeinden Fuldera, Lü, Müstair, Santa Maria Val Müstair, Tschieru und Valchava zur Gemeinde Val Müstair fusioniert. Zur selben Zeit startete auch das Modellvorhaben «Biogasanlage Val Müstair». Ziel des Projekts war es, aus organischen Reststoffen – Rindergülle und Rindermist – der rund 40 landwirtschaftlichen Betriebe und den Gastroabfällen der Hotels Ökostrom zu produzieren, indem eine Biogasanlage gebaut wird. Eine ganze Talschaft könnte mit dem Ökostrom versorgt werden. Positive Nebeneffekte wären zudem eine Verbesserung der Düngerqualität, da das vergorene Substrat pflanzenverträglicher ist und der Stickstoff von den Pflanzen schneller aufgenommen wird. Damit zusammenhängend könnte auch die Grundwasserqualität verbessert werden, denn die schnellere Stickstoffaufnahme durch die Pflanzen reduziert das Auswaschen ins Grundwasser. Da die vergorenen Substrate dabei nahezu geruchsfrei sind und daher geringere Geruchsemissionen entstehen, kann auch die Umwelt geschont werden. Ein weiterer Nebeneffekt wäre die Nutzung der anfallenden Wärme durch den Ausbau eines Fernwärmenetzes und damit verbunden der ökologische Ersatz von Ölheizungen.

ZU WENIG ROHSTOFFE ZUR VERGÄRUNG ZUGESICHERT

Im Rahmen der Machbarkeitsstudie wurden mögliche Standorte für die Biogasanlage eruiert und die Wirtschaftlichkeit der Biogasanlage sowie der mögliche Gasertrag durch die Vergärung der gelieferten Substrate Gülle, Mist und Gastroabfälle wurden berechnet. Ein geeigneter Standort für den Bau der Biogasanlage wurde gefunden, ebenso zeigten die Berechnungen, dass in der Region genügend organische Reststoffe für die Ökostromproduktion vorhanden wären. Die Studie zeigte aber auch, dass eines der Projektziele, nämlich die Biogasanlage gewinnbringend zu betreiben, nicht erreicht werden kann. Das «Providimaint electric Val Müstair (PEM)», die öffentlich-rechtliche Anstalt der Gemeinde Val Müstair, die sich für eine taleigene Stromversorgung einsetzt, hat sich dennoch bereiterklärt, die Biogasanlage zu bauen und zu betreiben. Dies unter der Voraussetzung, dass die Landwirte den überwiegenden Teil ihres vorhandenen Hofdüngers im Val Müstair zur Vergärung in der Biogasanlage zur Verfügung stellen. Die entsprechende Vereinbarung wurde an alle Landwirte im Val Müstair verteilt. Das ernüchternde Ergebnis war jedoch, dass mit den retournierten Vereinbarungen nur ein geringer Anteil der verfügbaren Hofdüngermenge für die Vergärung in der Biogasanlage zugesichert wurde. Der PEM-Vorstand hat daraufhin am 31. August 2011 beschlossen, die Biogasanlage im Val Müstair wegen der nicht ausreichend zur Verfügung gestellten Mengen an Rohstoffen nicht zu bauen.



▣ Das Val Müstair hat getestet, ob sich mit Gülle eine Biogasanlage zur Ökostromerzeugung betreiben lässt.

PROJEKT HAT TROTZ MISSEFOLG MODELLCHARAKTER UND ZEIGT NEUE WEGE FÜR WÄRME- UND STROMPRODUKTION AUF

Obwohl die Biogasanlage nicht gebaut werden konnte, wird das Projekt dennoch Modellcharakter behalten. Denn nicht nur die Idee, aus organischen Reststoffen Ökostrom zu produzieren, kann als innovatives Element bezeichnet werden, sondern auch die beabsichtigte Gesamtlösung, praktisch eine ganze Talschaft mit dem notwendigen Haushaltsstrom aus ökologischer Produktion zu versorgen und gleichzeitig die natürlichen Schönheiten des Tales und die intakte Natur vor menschlichen Eingriffen zu schützen.

In der Ortschaft Müstair ist für die nächsten fünf Jahre ein Anschlusspotential von 5000 bis 6000 Megawattstunden Wärme pro Jahr ermittelt worden. Die PEM ist interessiert

«Aus Sicht der Modellvorhaben ist nicht nur das Resultat, sondern auch der Prozess wichtig.»

Jörg Amsler, Bundesamt für Landwirtschaft BLW, 2010

an der Produktion von Elektrizität aus erneuerbaren Energien. Aus diesem Grund hat sie ein Vorprojekt für den Ausbau der Fernwärmeversorgung mit Stromproduktion in Auftrag gegeben. Für die Wärme- und Stromerzeugung ist eine neue Holzvergasungsanlage vorgesehen, die das Restholz eines führenden Herstellers von Kork- und Linoleumböden mit Standort in Müstair (LiCo AG) verwerten wird.

>> <http://www.berggebiete.ch/projekte/details/?id=4552>

- ZUSAMMENARBEIT AUF GROSS-REGIONALER EBENE
- REGIONALE ZUSAMMENARBEIT
- KOORDINATION RÄUMLICHER FUNKTIONEN
- NUTZEN-LASTENAUSGLEICHSSYSTEME
- AUFWERTUNG UND INNIERTSETZUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT
- ERNEUERBARE ENERGIEN
- NACHHALTIGER LÄNDLICHER TOURISMUS**
- NUTZUNGSPOTENTIALE FÜR EINE SIEDLUNGSENTWICKLUNG NACH INNEN
- STRATEGISCHE TEILGEBIETE DER AGGLOMERATIONEN



- 28 INSCUNTER: Naturraum im Unterengadin gemeinsam gestalten
- 29 Auf Walserspuren quer durch Graubünden

NACHHALTIGER LÄNDLICHER TOURISMUS

Der ländliche Tourismus trägt insbesondere dann zur langfristigen – und damit nachhaltigen – Wertschöpfung bei, wenn sich die touristischen Angebote an den vorhandenen Ressourcen orientieren. Es ist bedeutsam, die touristischen Leistungserbringer mit den wichtigsten regionalen Akteuren zusammenzubringen und zur Kooperation zu motivieren. In zwei Modellvorhaben wurde dieser Brückenschlag gewagt – mit Gewinn für die beteiligten Talschaften.

Unter dem Stichwort «Nachhaltiger ländlicher Tourismus» wurden Vorhaben unterstützt, die eine Erhöhung der lokalen Wertschöpfung auf lange Frist anstreben. Profitieren sollen nicht nur einzelne Anbieter, sondern eine ganze Talschaft oder eine ländliche Region. Dieser Gewinn soll durch die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen unter Konzentration auf die vorhandenen regionalen Stärken und Eigenheiten ermöglicht werden. Besondere Bedeutung hat dabei die Abstimmung zwischen den Sektoralpolitiken Tourismus, Landwirtschaft, Landschaft und Kultur; an den Berührungspunkten zwischen diesen

Bereichen setzen erfolgreiche regionale Tourismusentwicklungsprojekte an.

Die beiden Modellvorhaben

- INSCUNTER: Naturraum im Unterengadin gemeinsam gestalten
- Auf Walserspuren quer durch Graubünden

illustrieren den Bedarf und die Vorteile einer – durch Vernetzung abgesicherten – sektorübergreifenden Zusammenarbeit zwischen Tourismus, Landwirtschaft, Landschaft und Kultur. Nur so können stabile und marktfähige touristische Angebote entstehen. Eine Schlüsselfunktion hat dabei insbesondere die Hotellerie. Ebenso bedeutsam ist die Vermarktung von regionalen Produkten, welche die lokale Wertschöpfung stärkt und den landwirtschaftlichen Betrieben einen Zusatzerwerb ermöglicht. Die Vernetzung kann nur dann gelingen, wenn ein gemeinsamer Nenner – wie zum Beispiel der Walserweg – gefunden wird, an dessen Entwicklung alle Akteure interessiert sind.

28 | INSCUNTER: NATURRAUM IM UNTERENGADIN GEMEINSAM GESTALTEN

NATURRAUMPROJEKTE SEKTORÜBERGREIFEND KOORDINIEREN UND GEMEINSAM GESTALTEN

Das Unterengadin verfügt über verschiedene herausragende Landschaften von nationaler Bedeutung. Es werden daher zahlreiche Projekte im Bereich Natur- und Landschaftsschutz umgesetzt. Obwohl sich deren Ziele teilweise überlappen, wurden die Projekte bisher meist sektoral getrennt angegangen. Mit dem Modellvorhaben wurden eine sektorübergreifende Zusammenarbeit und die Koordination von Projekten an der Schnittstelle von Land- und Forstwirtschaft, Landschafts- und Naturschutz sowie Tourismus angestossen.

Das Projekt umfasst die Unterengadiner Gemeinden Zernez, Susch, Lavin, Guarda, Ardez, Ftan, Tarasp, Scuol, Sent und Valsot sowie die angrenzende Gemeinde Samnaun. Das Gebiet zeichnet sich durch eine einmalige Landschaft und Natur sowie durch eine vielfältige Kultur aus. Die Aktivitäten in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Landschafts- und Naturschutz sowie Tourismus waren bisher aber meist sektoral getrennt und jede Interessengruppe konzentrierte sich auf ihr Kernthema. Dadurch wurde die eigentliche Problemstellung vernachlässigt: Der Schutz, die Inwertsetzung und die Weiterentwicklung der Landschaft mit all ihren Facetten. Hier setzte das Modellvorhaben «INSCUNTER: Tourismus, Forst- und Landwirtschaft, Natur- und Landschaftsschutz auf gemeinsamen Wegen» an: Um die Ressourcen zu bündeln und weiterzuentwickeln, wurde für diese Themenbereiche eine sektorenübergreifende Zusammenarbeit und die Koordination von Projekten angestossen. Um die Zusammenarbeit auch langfristig zu sichern, wurde ein Netzwerk aufgebaut, in dem alle Akteure zusammengeführt sind.

PROJEKTE SEKTORENÜBERGREIFEND ANPACKEN

Innerhalb des Modellvorhabens wurde anhand von fünf Teilprojekten mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten an den Schnittstellen Tourismus, Wirtschaft, Forst- und Landwirtschaft sowie Natur- und Artenschutz überprüft, wie die operativen Abläufe weiterentwickelt werden können. Die fünf Projektthemen konnten dabei verschiedenen sektoralpolitischen Bereichen zugeordnet werden:



Forstwirtschaft, Naturschutz, Landwirtschaft, Tourismus, Artenschutz sowie Wirtschaft. In diesen Bereichen waren zwar auch bisher Projekte angesiedelt, diese waren aber zu schwach koordiniert. Die Mittel von INSCUNTER wurden auch dazu eingesetzt, sektorale Klammern – räumlich, politisch und touristisch – weiter zu öffnen und die Bereiche miteinander zu verbinden. Durch die Verbindung der Projekte über die Sektoren hinweg wurde die Akzeptanz von Natur und Landschaft bei allen Zielgruppen gesteigert, was vor allem auch der Ferienregion Engadin das ganze Jahr hindurch zugutekommen wird. Dadurch können in Zusammenarbeit mit Naturschutz, Landwirtschaft und Forstwirtschaft neue, gut besuchte Angebote entwickelt werden, die auch bei der Lokalbevölkerung für ein steigendes Bewusstsein ihres Lebensumfeldes sorgen.



Um die Landschaften im Unterengadin gemeinsam in Wert zu setzen, werden die Aktivitäten neu sektorübergreifend koordiniert.

ZUSAMMENARBEIT DURCH NETZWERK LANGFRISTIG GESICHERT

Um die durch das Modellvorhaben angestossene Zusammenarbeit und die Koordination laufender und geplanter Projekte langfristig zu sichern, wurde – wie auch als Projektziel definiert – Anfang 2009 ein neues Netzwerk gegründet: Die Stiftung Pro Terra Engiadina. Die Stiftung hat sich als Ziel gesetzt, die Landschaften im Unterengadin und in den angrenzenden Tälern, welche sich in ihrer Vielfalt durch einen besonderen kulturellen oder natürlichen Wert auszeichnen, zu fördern, zu erhalten und zu pflegen. Das Netzwerk ist breit abgestützt, so sind im Stiftungsrat alle Gemeinden des Unterengadins, die Gemeinde Samnaun, der Schweizerische Nationalpark, Naturschutzorganisationen, Tourismus Engadin Scuol Samnaun und verschiedene kantonale Ämter vertreten. Das Projekt hat Modellcharakter. Es zeigt auf, wie in einer peripheren Region die verschiedenen Sektoralpolitiken auf Stufe Bund, Kanton und Gemeinden koordiniert und verbessert werden können. Dies ist möglich, indem die Mittel der verschiedenen Sektoralpolitikbereiche gemeinsam verwaltet werden und effizient zum Schutz der Landschaft, für das Landmanagement und zur Förderung eines nachhaltigen Tourismus

Die Stiftung Pro Terra Engiadina versteht sich als Plattform für den Natur- und Kulturraum Unterengadin und Samnaun. Sie erstellt Grundlagen und macht vorhandene Studien für Projekte im Natur- und Kulturbereich verfügbar. Über eine Internet-Wissensaustauschplattform sind diese für interessierte Gemeinden, kantonale Ämter, Naturschutzorganisationen, Projektanten, Tourismus und Wissenschaft abrufbar.

eingesetzt werden. Es hat sich auch deutlich gezeigt, dass die lokale Verankerung und das Engagement der Akteure, die hinter dem Projekt stehen, essenziell für die erfolgreiche Umsetzung eines solchen Projekts sind.

>> www.inscunter.ch

29 | AUF WALSPEREN QUER DURCH GRAUBÜNDEN

AUF DEN WEGEN DER WALSER WANDERN

Für die Walser waren es einst Handelswege für Waren und Vieh, Verbindungswege für nachbarschaftliche Beziehungen zwischen den Talschaften und Zugangswege zu neuen Siedlungsgebieten. Heute können Interessierte auf den Spuren der Walser wandern: auf der kulturellen Weitwanderoute «Walserweg Graubünden». Die damit verbundene Bündelung der Potentiale aus Tourismus, Landwirtschaft und Kultur stärkt die Identität der Region und lässt sie gegen aussen in Erscheinung treten.

Die Walservereinigung Graubünden besteht seit 1960 und ist eine Sprach- und Kulturvereinigung der Bündner Walser. Über 2000 Einzelmitglieder und 40 Bündner Gemeinden gehören der Interessengemeinschaft an, welche die walserische und alpine Kultur wahrt und fördert. Mit dem Modellvorhaben «Auf Walserspuren durch Graubünden» unterstützte der Bund zwischen 2008 und 2011 die Bestrebungen der Walservereinigung, ein wandertouristisch attraktives und nachhaltiges Tourismusangebot für Graubünden zu schaffen: den Walserweg Graubünden, eine kulturelle Weitwanderoute zu peripheren, hoch gelegenen Walser Siedlungen. Der Walserweg soll dabei nicht nur Wandergäste in die Walser Regionen bringen, sondern auch Entwicklungsimpulse in den durch den Weg vernetzten Orten und Regionen auslösen und die eigene Kulturlandschaft nachhaltig entwickeln.

WANDERROUTE ANHAND VERSCHIEDENER KRITERIEN FESTGELEGT

Im Rahmen des Modellvorhabens wurden in einem ersten Schritt mögliche Routenverläufe für den Walserweg eruiert. Bei der Festlegung der Route wurden verschiedene Kriterien wie beispielsweise die Einbindung des Inventars historischer Verkehrswege (IVS) sowie der Einbezug möglichst vieler kleiner, peripherer Walser Siedlungsgebiete berücksichtigt. Neben dem durchgehenden Wanderweg wurden in ausgewählten Etappenorten auch Schwerpunktprojekte umgesetzt, so zum Beispiel ein Verpflegungsangebot in Hinterrhein oder eine Schaukäserei nach traditionellem Handwerk im Fondei. Von diesen Angeboten profitieren Gäste und Einheimische gleichermassen. Sie bringen Interessierten die Walser Kultur näher, fördern die



eigenständige Regionalentwicklung und ermöglichen der ortsansässigen Bevölkerung einen Nebenverdienst. Im Frühjahr 2010 konnte der Walserweg Graubünden eröffnet werden. Als Begleitangebot gibt es zwei sich ergänzende Angebote: den Wanderführer «Walserweg Graubünden. In 19 Etappen vom Hinterrhein in den Rätikon» und die Internetplattform www.walserweg.ch. Das Buch liefert neben Etappenbeschreibungen kulturhistorische und zeitgenössische Hintergrundinformationen. Auf der Homepage gibt es buchbare Wanderangebote mit Gepäcktransport sowie kulturellen und kulinarischen Zusatzleistungen.

AUF DER SCHWEIZMOBIL-ROUTE 35 DURCH DIE ALPINE WALSER KULTURLANDSCHAFT

Der Walserweg Graubünden stellt als erster Weitwanderweg die Besiedlung der Alpen, die Kultur und Geschichte der Walser ins Zentrum. Mit neunzehn Tagesetappen, über eine



▣ Eine Etappe des «Walserweg Graubünden» führt die Wandernden nach Obermutten mit seiner Kirche aus Lärchenholz.

Wegstrecke von etwa 300 Kilometern, schafft er ein attraktives Tourismusangebot im Segment Kultur-Natur-Wandern und fördert die Vernetzung der kleinen und grossen Tourismusorte. Der Schwierigkeitsgrad liegt einheitlich im Bereich Bergwanderwege und die Route ist durchgehend mit der SchweizMobil-Routennummer 35 markiert. In den Etappenorten wird die Lokalgeschichte ins Zentrum gerückt. Aktuelle oder historische Themen, lokales Handwerk und regionale Küche werden aufbereitet und angeboten. Die Konzeption von neuen Angeboten, regionalen wie auch überregionalen Dienstleistungen, generieren Wertschöpfung in peripheren Ortschaften. Dabei wird auf eine nachhaltige Tourismusentwicklung fokussiert und die Partizipation der Bevölkerung, Anreise- und Ortsverkehr sowie Natur- und Landschaftsschutz als weitere wichtige Faktoren berücksichtigt.

GUTE SEILSCHAFT NÖTIG

Das Modellvorhaben hat gezeigt, dass der Erfolg von historischen Themenwegen stark von der Routenwahl abhängig ist. Die Qualität der Route bedingt etwa, dass keine weiteren Belagseinbauten zugunsten der Landwirtschaft vorgenommen werden und dass historische Wegelemente erhalten bleiben. Weitere Erfolgsfaktoren liegen in der Bündelung verschiedener Einzelprodukte wie Wanderweg, regionale Qualitätsprodukte, kulturelle Angebote und weitere Dienstleistungen entlang der Wanderroute zu Gesamtpa-

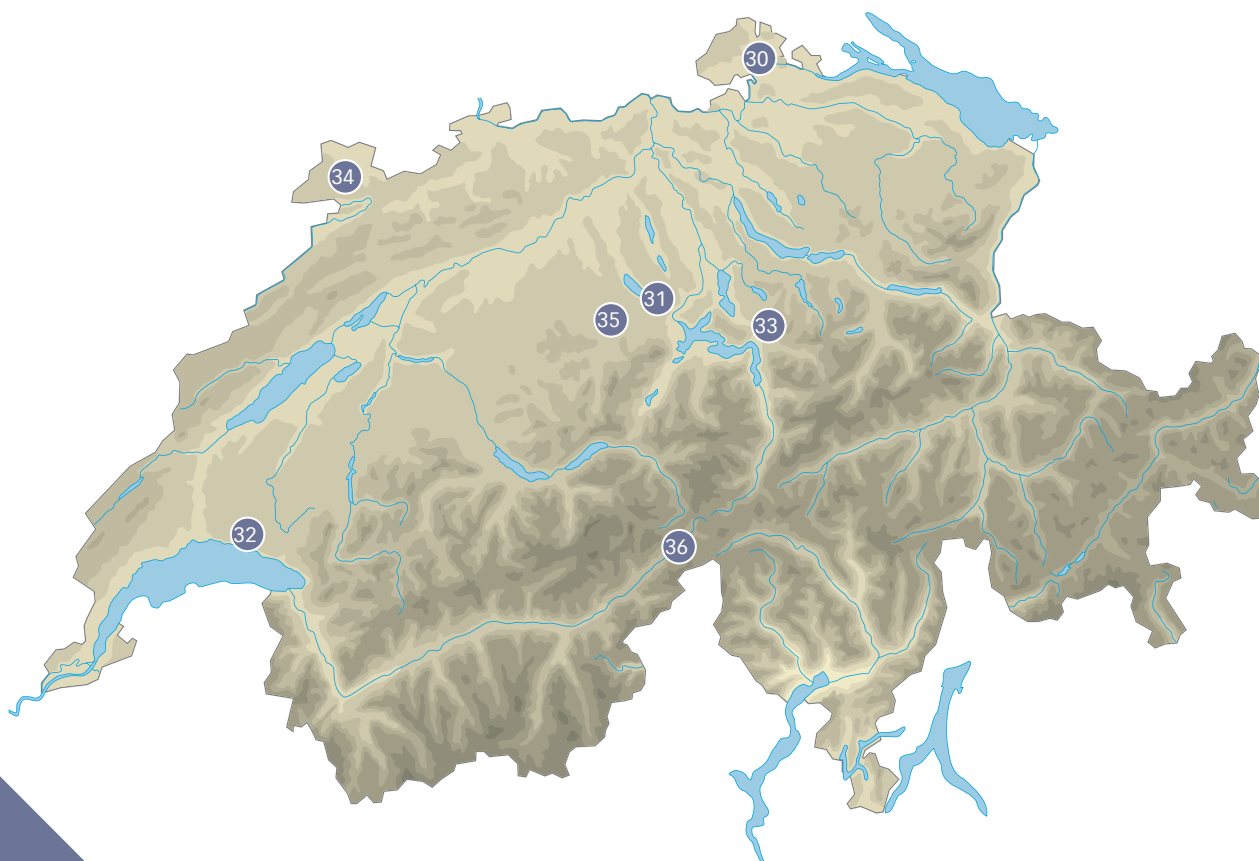
Der Walserweg Graubünden führt in 19 Etappen auf den Spuren der Walser durch den Kanton Graubünden. Schwerpunktprojekte am Walserweg ermöglichen der ortsansässigen Bevölkerung einen Nebenverdienst und kurbeln damit die regionale Entwicklung an. Das Gesamtprojekt «Auf Walserspur durch Graubünden» vernetzt und löst neue Impulse aus.

keten. Damit solche Angebote bereitgestellt werden können, ist eine enge Zusammenarbeit mit Gemeinden, Kanton, Bund, Verkehrsträgern, Tourismusvertretern und den Leistungsträgern vor Ort nötig. Mit dem Walserweg Graubünden ist der Walservereinigung Graubünden gemeinsam mit allen Beteiligten und Akteuren vor Ort das Einrichten einer Wanderroute von hoher Qualität und mit intakter Infrastruktur gelungen.

>> www.walserverein-gr.ch

>> www.walserweg.ch

- ZUSAMMENARBEIT AUF GROSS-REGIONALER EBENE
- REGIONALE ZUSAMMENARBEIT
- KOORDINATION RÄUMLICHER FUNKTIONEN
- NUTZEN-LASTENAUSGLEICHSSYSTEME
- AUFWERTUNG UND INNIERTSETZUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT
- ERNEUERBARE ENERGIEN
- NACHHALTIGER LÄNDLICHER TOURISMUS
- NUTZUNGSPOTENTIALE FÜR EINE SIEDLUNGSENTWICKLUNG NACH INNEN
- STRATEGISCHE TEILGEBIETE DER AGGLOMERATIONEN



- 30 Nachhaltige Siedlungsentwicklung in Kooperation mit privaten Wohnungseigentümern in Schaffhausen
- 31 Übergeordnetes Standortmanagement für Industrie- und Gewerbebranchen im Kanton Luzern
- 32 Nachhaltige Quartiere für die Agglomeration Lausanne
- 33 Raum+ Schwyz – Reserveflächen für eine Siedlungsentwicklung nach innen
- 34 Förderung des Wohnens in historischen Zentren im Jura
- 35 Region Luzern West: Dorfkerneerneuerung
- 36 Goms Zweitwohnungen

NUTZUNGSPOTENTIALE FÜR EINE SIEDLUNGSENTWICKLUNG NACH INNEN

Noch immer wächst die Siedlungsfläche in der Schweiz rasant. Um die neuen gesetzlichen Vorgaben einzuhalten und seit Langem unumstrittene Ziele wie haushälterische und zweckmässige Bodennutzung, hohe Siedlungs- und Landschaftsqualitäten oder ausreichende Freiräume zu erreichen, gilt es, die vorhandenen Siedlungsflächen besser zu nutzen. Die sieben Modellvorhaben, die im Themenbereich Nutzungspotentiale für die Siedlungsentwicklung nach innen angesiedelt sind, haben verschiedene Ansätze getestet, um die Siedlungsentwicklung nach innen zu fördern.

Die Siedlungsfläche der Schweiz dehnt sich seit Jahrzehnten immer weiter aus – laut Arealstatistik des Bundesamtes für Statistik um fast einen Quadratmeter pro Sekunde. Gleichzeitig nimmt die Zersiedelung des Landes zu und damit verbunden die Lärm- und Luftbelastung sowie die Kosten für die Infrastruktur, wohingegen die Qualität von Natur und Landschaft abnimmt. Der Bundesrat hat bereits 2002 in seiner Strategie Nachhaltige Entwicklung festgehalten, dass die starke Zunahme der Siedlungsfläche gebremst und schweizweit stabilisiert werden soll. Ein Weg dazu ist, die vorhandenen Siedlungsflächen besser zu nutzen: Die bauliche Entwicklung soll im Inneren des bestehenden Siedlungsgefüges erfolgen und nicht zusätzliche, unbebaute Flächen in Anspruch nehmen. Schlecht genutzte Bauzonen, Baulücken und Siedlungsbrachen sollen verdichtet werden, bevor neues Bauland erschlossen oder gar neu eingezont wird. Es gilt also, die Siedlungsentwicklung nach innen – durch Erneuerung, Substanzerhaltung, Revitalisierung, Umstrukturierung und Verdichtung – zu fördern.

Um diesem Ziel näher zu kommen, wurden im Rahmen der Modellvorhaben sieben Projekte unterstützt, die den Fokus auf das Thema Nutzungspotentiale für die Siedlungsentwicklung nach innen gelegt haben.

Die Projekte

- Nachhaltige Siedlungsentwicklung in Kooperation mit privaten Wohnungseigentümern in Schaffhausen
- Übergeordnetes Standortmanagement für Industrie- und Gewerbebrachen im Kanton Luzern
- Nachhaltige Quartiere für die Agglomeration Lausanne
- Raum+ Schwyz – Reserveflächen für eine Siedlungsentwicklung nach innen
- Förderung des Wohnens in historischen Zentren im Jura
- Region Luzern West: Dorfkernerneuerung
- Goms Zweitwohnungen

haben neue Herangehensweisen in den Bereichen Verdichtung, Revitalisierung von Ortskernen, Umnutzung von Industriebrachen, Bestandspflege und Erfassung von Nutzungsreserven getestet, um dadurch die Siedlungsentwicklung nach innen voranzutreiben.

Die auf den folgenden Seiten beschriebenen Modellvorhaben liefern wichtige Hinweise und Erkenntnisse, wie die Siedlungsentwicklung nach innen gefördert und dadurch die Ausdehnung der Siedlungsfläche gebremst werden kann. Sie zeigen Massnahmen und konkrete Umsetzungsbeispiele auf, die auch auf andere Regionen übertragbar sind und für diese als Inspiration dienen können. Weitere Informationen zum Thema sind auch im Vertiefungsbericht «Nutzungspotentiale für eine Siedlungsentwicklung nach innen» zu finden, der mit der Unterstützung von Projektträgern und Planteam S AG verfasst wurde (vgl. Seite 117).

30 | NACHHALTIGE SIEDLUNGSENTWICKLUNG IN KOOPERATION MIT PRIVATEN WOHNUNGSEIGENTÜMERN IN SCHAFFHAUSEN

IMMOBILIENBESITZERINNEN UND -BESITZER FÜR WOHNUNGSSANIERUNG GEWINNEN

Die Stadt Schaffhausen setzt sich für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung ein. Diese ist aber nur in Kooperation mit privaten und institutionellen Immobilienbesitzerinnen und -besitzern möglich. Um diese für die Sanierung ihrer Liegenschaften zu gewinnen, sollten Anreizstrategien identifiziert werden, welche die Aufwertung von in privatem Besitz stehenden Immobilien fördern. Dabei hat sich aber gezeigt, dass Anreize alleine nicht genügen.

Welche Anreize würden die Eigentümerinnen und Eigentümer dazu bewegen, eine Sanierung ihrer Liegenschaft in Angriff zu nehmen? Welches sind die Faktoren, die ein Hinauszögern von Investitionen bewirken? Mit diesen und weiteren Fragen beschäftigte sich die Stadt Schaffhausen im Rahmen des Modellvorhabens «Nachhaltige Siedlungsentwicklung in Kooperation mit privaten Wohnungseigentümern». Mit dem Modellvorhaben sollten Anreizstrategien entwickelt werden, wie private und institutionelle Eigentümerinnen und Eigentümer sowie Genossenschaften für die Aufwertung ihrer Wohnliegenschaften gewonnen werden können. Dazu wurden insbesondere die hindernden und/oder investitionsverzögernden Faktoren sowie die zielführenden und synergiereichen Formen der Zusammenarbeit mit den Eigentümern vertieft analysiert.

IMMOCHECK GIBT AUSKUNFT ÜBER POTENTIAL EINER LIEGENSCHAFT

Im Rahmen des Modellvorhabens konnten verschiedene Kooperationsmodelle initiiert und getestet werden. Auch die fördernden Faktoren zur Siedlungserneuerung konnten im Wesentlichen identifiziert werden: Komforterhöhungen, Schutz qualitätsvoller Bausubstanz, Vermeidung von Gettoisierung, Imagekorrektur, Verbesserung der Mieterzufriedenheit, Ausschöpfung der möglichen Ausnützung, Schaf-

fung von Mehrwert, Renditeoptimierung, Erhöhung der Markttauglichkeit und damit bessere Vermietbarkeit sowie Reduktion des Energieverbrauchs. Zudem hat sich in den Workshops und in den Gesprächen mit den Immobilienbesitzerinnen und -besitzern gezeigt, dass vor allem ein hoher Beratungsbedarf zur aktuellen Ist-Situation und zum künftigen Potential einer Liegenschaft besteht. Hier setzt das später in Zusammenarbeit mit dem Kanton eingeführte Instrument ImmoCheck, das von der Austauschplattform Netzwerk Altstadt entwickelt wurde, an: Der ImmoCheck gibt Auskunft über den baulichen Zustand, zeigt die Kosten für den aufgelaufenen Unterhalt sowie mögliche Nutzungs- und Sanierungsmöglichkeiten auf. Diese Entscheidungshilfe versteht sich im Rahmen eines partizipativen Verfahrens. Ziel ist, das Potential jedes einzelnen Gebäudes genau zu eruieren und optimale Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Der ImmoCheck soll dazu beitragen, dass sich Immobilienbesitzer mit ihrer Liegenschaft auseinandersetzen und dadurch vermehrt für eine Sanierung gewonnen werden können.

POLITISCHER DISKURS AUF BUNDESEBENE ANGESTOSSEN

Viele Besitzerinnen und Besitzer haben das Gesprächsangebot positiv gewürdigt, auch wenn sich kein Wunsch für eine weitere Kooperation ergeben hat. Einige zeigten allerdings trotz mehrmaligem Nachfassen keinerlei Reaktion auf das Gesprächsangebot. Dies waren leider meist jene, die im Besitz von Objekten mit hohem Sanierungsbedarf und erheblicher Bedeutung für das Quartier und das bauliche Umfeld sind. Und genau hier zeigt sich eine grosse Herausforderung: Wie sollen Eigentümerinnen und Eigentümer, die am Gemeinwohl und an einer nachhaltigen Entwicklung in keiner Weise interessiert sind, für eine Sanierung gewonnen werden? Bisher lag der Schwerpunkt richtigerweise bei den Anreizen. Doch was passiert, wenn Eigentümerinnen und Eigentümer nicht auf solche Anreize



■ In der Stadt Schaffhausen wurden Anreizstrategien zur Aufwertung von in privatem Besitz stehenden Immobilien eruiert.

eingehen? Dieses im Rahmen des Modellvorhabens identifizierte Problem liefert einen brisanten Hinweis für den politischen Diskurs auf Bundesebene: Den Anreizen durch die ausgeprägte Eigentumsgarantie im schweizerischen Recht sind dort enge Grenzen gesetzt, wo der Eigentümer oder die Eigentümerin in keiner Weise am Gemeinwohl interessiert ist. Dass dabei das Gemeinwesen den negativen Effekten einer heruntergekommenen Liegenschaft machtlos gegenübersteht, ist denkwürdig. Das Schaffhauser-Projekt spielt den Ball zu Recht dem Bund zu, müssten doch die Investitionsmöglichkeiten der öffentlichen Hand angesichts der bundesverfassungsrechtlichen Eigentumsgarantie gezielt unter die Lupe genommen werden. Die Frage nach der Lösung bzw. den richtigen Anreizsystemen, um Eigentümerinnen und Eigentümer – insbesondere jene, die kein Interesse an einer Erneuerung haben – für eine Sanierung zu gewinnen, bleibt weiterhin offen.

Neben wertvollen Erkenntnissen für lokale Wohnbaugenossenschaften und der Einführung des Instruments ImmoCheck zur Beurteilung von Immobilien hat das Projekt auch einen brisanten Hinweis für die Diskussion auf Bundesebene geliefert.

31 | ÜBERGEORDNETES STANDORTMANAGEMENT FÜR INDUSTRIE- UND GEWERBEBRACHEN IM KANTON LUZERN

STANDORTMANAGER EBNET DAS TERRAIN FÜR DIE BELEBUNG DER LUZERNER BRACHEN

Der Kanton Luzern hat die Wichtigkeit der Umnutzung von brach liegenden Industrie- und Gewerbearealen erkannt: Anstatt Landreserven anzutasten, sollen diese Gebiete umgenutzt werden, bevor eine Erweiterung der Siedlungsfläche nötig wird. Dazu wurde ein Ansatz für ein übergeordnetes Management von brach liegenden Industrie- und Gewerbebeständen im Kanton Luzern erarbeitet. Der für das Management eingesetzte Standortmanager identifiziert geeignete Areale und knüpft die nötigen Kontakte.

Das Bundesamt für Raumentwicklung weist in seinem Bericht «Die Brachen der Schweiz: Reporting 2008» 348 brach liegende Areale aus. Davon liegen 14 Standorte bzw. 84 Hektaren brach liegende Fläche im Kanton Luzern. Auf diesen Flächen könnten theoretisch 4500 Wohnungen oder 23000 Dienstleistungsarbeitsplätze realisiert werden. Im Rahmen des Modellvorhabens «Übergeordnetes Standortmanagement für Industrie- und Gewerbebrachen im Kanton Luzern» – ursprünglich «Fonds de Roulement für Industriebrachen» – hat die Hochschule Luzern einen Ansatz für ein übergeordnetes Management von brach liegenden oder unternutzten Industrie- und Gewerbebeständen im Kanton Luzern erarbeitet, wodurch die Entwicklung von Industriebrachen vorangetrieben werden soll. Der Ansatz wurde anschliessend vom Kanton Luzern im Rahmen einer Pilotphase von 2010 bis 2012 konkret angewendet und hat sich dabei als sehr zielführend und effizient erwiesen. Das Standortmanagement wird deshalb weitergeführt.

PROJEKTZIEL NEU DEFINIERT

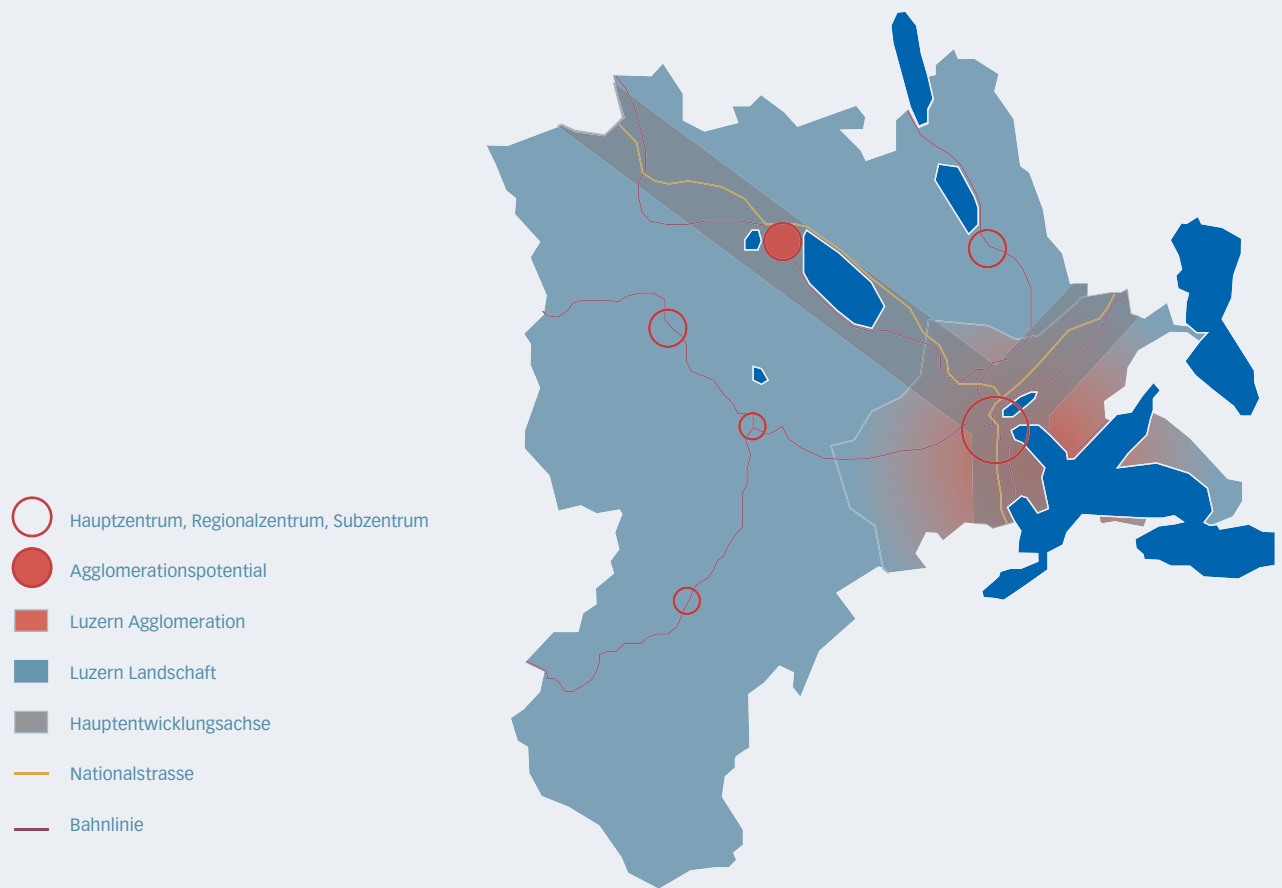
Mit dem Projekt sollte anfänglich eine gemischtwirtschaftliche Geschäftsstelle geschaffen werden, welche über einen eigenen Fonds Vorleistungen für die marktaugliche Aufbereitung von Brachflächen im Kanton Luzern erbringt. Gemäss den durchgeführten Experteninterviews liegen die grössten Hürden für eine Umnutzung jedoch nicht in der Finanzierung, sondern im Prozess. Diese neue Erkenntnis hat die Projektleitung – ganz im Sinn des Laborcharakters



des Instruments Modellvorhaben – konstruktiv verwertet und die Ausrichtung und Zielsetzung des Modellvorhabens entsprechend angepasst. Es wurde ein Geschäftsmodell für ein Prozess- und Projektmanagement zur Entwicklung von Industrie- und Gewerbebrachen im Kanton entwickelt. Der Ansatz sieht den Einsatz eines Standortmanagers vor, der im Auftrag des Kantons Handlungsbedarf für eine Gesamtentwicklung von Industrie- und Gewerbebeständen sondiert und fördert. Sind sowohl der Handlungsbedarf als auch die Bereitschaft der betroffenen Akteure gegeben, so initiiert und koordiniert der Standortmanager einen kooperativen Entwicklungsprozess, in den die Standortgemeinde, die private Eigentümerschaft und ein situationsspezifisches Projektteam eingebunden sind.

ERSTE PROJEKTE ANGESTOSSEN

Als Grundlage für das Standortmanagement wurde eine Liste mit Industrie- und Gewerbebeständen im Kanton Luzern mit möglichem Handlungsbedarf zusammengestellt, priorisiert und mit detailliertem Beschrieb in Form einer Brachendatenbank festgehalten. Nebst dieser Datenbank wurden zur Unterstützung der Tätigkeiten des Standortmanagers noch weitere Arbeitshilfen entwickelt, so etwa ein Standortbeurteilungstool, einen Projektflyer und ein Prozesscontrollingformular. Der Standortmanager nahm Ende 2009 seine Arbeit auf und konnte erste konzeptionelle



Übersicht der Raumstruktur im Kanton Luzern.

onelle Überlegungen zu drei Arealen in den Gemeinden Hochdorf, Hitzkirch und Reiden anstossen. In Reiden ist der Prozess am weitesten fortgeschritten. Die betroffenen Akteure haben sich in einer Grundsatzvereinbarung für die weitere Zusammenarbeit ausgesprochen. Aktuell läuft die Erarbeitung eines Masterplans, der im Sinne einer räumlichen Zielvereinbarung unter den betroffenen Akteuren gemeinsame Entwicklungsperspektiven und strategische Stossrichtungen für den gesamten Betrachtungsperimeter aufzeigen soll.

ANSATZ AUF WEITERE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN ANWENDBAR

Der innerhalb des Modellvorhabens erarbeitete Ansatz für das Standortmanagement von Industrie- und Gewerbebrachen lässt sich auf weitere Gebietskörperschaften und Aufgabenfelder übertragen, so zum Beispiel auf die Entwicklung von Ortszentren oder die Erneuerung und Verdichtung von Quartieren. Der Standortmanager in seiner neutralen und intermediären Rolle ist dabei als universelles Prinzip zu verstehen. Der Erfolg des Ansatzes ist dabei aber stark

Mit der konkreten Umsetzung des entwickelten Ansatzes für ein Standortmanagement im Kanton Luzern und somit dem Übergang in die Praxis wurde das Kernziel des Modellvorhabens erreicht, auch wenn der Ansatz nicht mehr der ursprünglichen Idee eines Brachflächenfonds entspricht.

von der Person abhängig, die als Standortmanager eingesetzt wird, denn der Standortmanager braucht sehr gute Kenntnisse der Rahmenbedingungen und Entwicklungen in der Region und muss über gute Kontakte verfügen. Da sich der Ansatz bewährt hat, wird das Mandat des Standortmanagers im Kanton Luzern über die Pilotphase hinaus projektbezogen verlängert.



32 | NACHHALTIGE QUARTIERE FÜR DIE AGGLOMERATION LAUSANNE

WEBBASIERTE ENTSCHEIDUNGSHILFE FÜR DIE ENTWICKLUNG NACHHALTIGER QUARTIERE

Angesichts des anhaltenden Bevölkerungswachstums und der fortschreitenden Zersiedelung wurde eine Entscheidungshilfe entwickelt, welche Gemeinden und Projektträgerschaften bei der Realisierung nachhaltiger Quartiere unterstützt. Mithilfe dieses Instruments können die wirtschaftlichen, sozialen und umweltbezogenen Aspekte konkreter Vorhaben beurteilt werden.

Die Evaluation eines Quartierprojekts unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit muss in erster Linie die vielfältigen Auswirkungen des Vorhabens auf den Raum aufzeigen und es erlauben, die richtigen Fragen zum richtigen Zeitpunkt zu stellen. Zu diesem Zweck wurde das Modellvorhaben «Nachhaltige Quartiere für die Agglomeration Lausanne» durchgeführt, das Antworten auf folgende zentrale Fragestellungen liefern sollte: Wie lässt sich der Entscheidungsprozess in Bezug auf Investitionen und Planung vereinfachen? Welche sozialen Dimensionen müssen beim Bau neuer Wohnbauten berücksichtigt werden? Wie lassen sich die wirtschaftlichen und ökologischen Folgen der veränderten Erschliessung beurteilen? Im Fokus des Modellvorhabens stand die Entwicklung eines Instruments zur Bewertung und zur Entscheidungshilfe in den verschiedenen Phasen einer Quartierentwicklung. Das Projekt konnte dank der Unterstützung mehrerer öffentlicher Akteure – Kanton Waadt, Stadt Lausanne und Schéma directeur de l'Ouest lausannois SDOL – und privater Akteure – equiterre, Tribu'architecture – lanciert werden. 2009 wurde es mit einem vom Bundesamt für Raumentwicklung ARE und vom Bundesamt für Energie BFE durchgeführten Programm verbunden. Ziel war es, ein Referenzinstrument für die gesamte Schweiz auszuarbeiten. Bevor das Instrument online verfügbar gemacht wurde, wur-

de es an sechs Pilotprojekten, die sich im Planungs- oder Realisierungsstadium befanden, getestet: im Ecoquartier de la Jonction (Genf), im Sektor Malley (Lausanne, Prilly und Renens), im Quartier Plaines-du-Loup (Lausanne), im Ecoparc (Neuenburg), im Bullingerquartier (Zürich) sowie im Dreispitz (Basel und Münchenstein). Ausgehend von den verschiedenen Rückmeldungen wurde das Instrument optimiert und anschliessend im Mai 2011 offiziell vorgestellt. Seither ist es online verfügbar.

OPEN-SOURCE-PROGRAMM ZUR UNTERSTÜTZUNG DER NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG

Das Tool «Nachhaltige Quartiere by Sméo» richtet sich primär an die Gemeinden und übrigen Akteure der nachhaltigen Quartierentwicklung. Es steht als Open-Source-Programm kostenlos im Internet zur Verfügung. Auf Grundlage der Auswertung der Prozesse im jeweiligen Lebenszyklus eines Quartiers (Entstehung, Materialisierung, Nutzung) erlaubt es das Instrument, wichtige Themenbereiche – Bedürfnisse, Gouvernanz, Architektur, Kosten und Finanzen, Infrastruktur, Boden und Landschaft, Identität, Komfort und Gesundheit, Mobilität, Leben in der Gemeinschaft, Sicherheit, Wasser, Materialien, Abfälle und Energie – zum richtigen Zeitpunkt zu berücksichtigen. Das Instrument kann transdisziplinär genutzt werden und ist als Referenz mit Anspruch auf Vollständigkeit zu verstehen, die für jeden analysierten Aspekt und für jede Projektphase – Initiierung, Masterplan, Quartierplan, Realisierung, Betrieb – entscheidungsrelevante Hinweise und Informationen liefert. Dieser Ansatz fördert die Kommunikation zwischen den beteiligten Partnern sowie die Projektevaluation über die gesamte Entwicklung hinweg, zwei Aspekte, die für den Erfolg nachhaltiger Quartiere entscheidend sind.



■ In der Agglomeration Lausanne steht die nachhaltige Quartierentwicklung im Fokus.

SCHWEIZWEIT EINZIGARTIG

Das aus dem Modellvorhaben hervorgegangene Instrument ist schweizweit einzigartig und innovativ: Es ist das erste Instrument, das gemeindeübergreifend und für alle Projektphasen eingesetzt werden kann und erst noch partizipativ unter Einbezug aller betroffenen Akteure entwickelt worden ist. 2011 lancierte der Bund das Programm BFE/ARE «Nachhaltige Quartiere» und unterstützte in dessen Rahmen 18 Gemeinden, die ihre Quartierprojekte unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit beurteilen wollten. Dabei konnten die Gemeinden auf die technische Unterstützung von Beraterinnen und Beratern auf dem Gebiet der nachhaltigen Quartiere zählen. Ebenfalls im Jahr 2011 veröffentlichte der Bund die Broschüre «Nachhaltige Quartiere, Herausforderungen und Chancen für die urbane Entwicklung», welche den Einsatz des Instruments in einen grösseren Rahmen einbettete. Die Realisierung von Projekten für nachhaltige Quartiere wird vom Bund weiterhin unterstützt.

>> www.nachhaltige-quartiere.ch

>> www.nachhaltigequartierebysmeo.ch

Das frei zugängliche Open-Source-Instrument «Nachhaltige Quartiere by Sméo» ist eine Entscheidungs- und Kommunikationshilfe für die Planung, die Realisierung und die Begleitung von Quartierprojekten nach den Kriterien der Nachhaltigkeit.



33 | RAUM+ SCHWYZ – RESERVEFLÄCHEN FÜR EINE SIEDLUNGSENTWICKLUNG NACH INNEN

INNENENTWICKLUNG VOR AUSSENENTWICKLUNG ALS STRATEGIE GEGEN DIE ZERSIEDELUNG

Der Kanton Schwyz möchte die zukünftigen Raumansprüche in die weitgehend überbauten Gebiete lenken. Daher hat er zwischen 2007 und 2009 eine problemorientierte Übersicht über die bestehenden Flächenreserven innerhalb der Bauzonen erstellt und somit die Grundlagen für ein Siedlungsflächenmanagement geschaffen. Diese von Kanton und Gemeinden gemeinsam erarbeitete Übersicht liefert die nötigen Angaben im Hinblick auf eine vermehrte Siedlungsentwicklung nach innen. Über ein zugangsgeschütztes Webportal können die Entwicklungsflächen laufend aktualisiert werden.

Die Bevölkerung im Kanton Schwyz nimmt stetig zu. Der Bund verlangte 2006 bei einer Richtplananpassung Präzisierungen im Bereich Siedlung unter Einbezug der inneren Nutzungsreserven. Vor diesem Hintergrund stellten sich die Fragen, wie viel Fläche für die Siedlungsentwicklung zur Verfügung gestellt werden kann und soll und welche Möglichkeiten für eine Siedlungsentwicklung innerhalb der bereits bestehenden Bauzone genutzt werden können. Um diese Frage zu klären, lancierte der Kanton Schwyz in enger Zusammenarbeit mit der Professur für Raumentwicklung der ETH Zürich das Modellvorhaben «Raum+ Schwyz – Reserveflächen für eine Siedlungsentwicklung nach innen». Grundgedanke des Modellvorhabens, an dem sich sämtliche dreissig Gemeinden des Kantons beteiligt haben, war, die Siedlungsentwicklung nach innen zu fördern.

DIE METHODE RAUM+

Die Methode der Erhebung beruht auf einem kooperativen und dialogorientierten Ansatz, der sowohl die Ortskenntnisse der lokalen Vertreterinnen und Vertreter als

auch den Blickwinkel von Externen nutzt, um die Siedlungsflächenreserven flächendeckend zu erfassen und deren Qualität zu ermitteln. Durch gezielte Vorarbeiten und mithilfe einer internetbasierten Plattform wurden in sämtlichen Gemeinden Erhebungsgespräche vor Ort durchgeführt. Dabei wurden – im Gegensatz zur gesetzlich vorgeschriebenen Raumbesichtigung – auch untergenutzte, falsch genutzte oder umnutzbare Areale in die Erhebung miteinbezogen. Die angewandte Methodik und Technik erlauben eine regelmässige, webbasierte Nachführung der Übersicht.

QUANTITÄTEN UND QUALITÄTEN DER ERHOBENEN FLÄCHENRESERVEN

Insgesamt wurden bei der Ersterhebung 2009 über 1700 Siedlungsflächenpotentiale mit einer Gesamtfläche von rund 540 Hektaren erfasst. Dies entspricht ca. 13 Prozent der rechtskräftigen Bauzone und einer Fläche von 26 Quadratmeter pro Einwohnerin bzw. Einwohner und Beschäftigter bzw. Beschäftigtem. Die gesamte Fläche aller Reserven, die grösser als 2000m² sind, machen rund 80% der gesamten Fläche an Siedlungsreserven aus. Sie verteilen sich etwa hälftig auf die Innenbereiche und Reserven ausserhalb des bereits weitgehend überbauten Gebiets. Die restlichen rund 100 Hektaren machen die klassischen Baulücken aus. Weiter lassen die erhobenen Informationen auch Aussagen über die Nutzung, den Planungsstand, die Eigentumsverhältnisse, die zeitliche Verfügbarkeit und auch die Gründe allfällig vorhandener Mobilisierungshindernisse der Reserven zu. Zum Beispiel zeigen die Ergebnisse, dass rund 30 Prozent der Reserven ohne Hindernisse verfügbar sind. Bei den anderen 70 Prozent besteht mindestens ein Mobilisierungshindernis, wobei die fehlende Bereitschaft der Eigentümer am weitaus häufigsten genannt wurde.



▣ Mögliche Bebauung von Reserveflächen im Kanton Schwyz.

AUF ÜBERSICHT AUFBAUENDE SCHRITTE

Auf der Übersicht aufbauend wurde eine Vertiefungsphase mit ausgewählten Gemeinden durchgeführt, um gemeindeübergreifende Themen der räumlichen Entwicklung zu identifizieren und Vorschläge für zweckmässige Kooperationen zu erarbeiten. Dabei hat sich gezeigt, dass die Mobilisierung und Entwicklung der inneren Reserven überwiegend nicht isoliert, sondern im Zusammenhang mit den weiteren raumbedeutsamen Aufgaben, wie beispielsweise der Infrastruktur- und Landschaftsplanung, betrachtet werden müssen.

BAUZONENRESERVEN AKTIVIEREN UND NUTZEN

Es gilt nun, die Reserven zu aktivieren und zu nutzen. Mit dem Testplanungsverfahren zur Entwicklungsachse Urmiberg

«Innenentwicklung vor Aussenentwicklung» soll als Mindeststrategie der Raumentwicklung einer voranschreitenden Zersiedelung des Landes entgegenwirken.

in den Gemeinden Schwyz und Ingenbohl hat der Kanton bereits ein erstes Projekt zur gezielten Förderung und Entwicklung der Innenreserven lanciert. Die Erkenntnisse des Modellvorhabens können zudem auch dazu genutzt werden, eine schweizweite Ausdehnung der Übersicht über die Flächenpotentiale vorzubereiten.

>> www.raumplus.ethz.ch/sz

34 | FÖRDERUNG DES WOHNENS IN HISTORISCHEN ZENTREN IM JURA

WOHNRAUMSANIERUNG IN DEN HISTORISCHEN ORTSZENTREN PRUNTRUT UND FONTENAI

Der Kanton Jura und die Gemeinden Fontenais und Pruntrut fördern die Sanierung des Wohnraums in den historischen Ortszentren, um deren Entvölkerung zu stoppen. Durch die Unterstützung von Sanierungs- und Renovierungsprojekten in den Ortskernen wollen sie eine Alternative zur Abwanderung in Einfamilienhaus-siedlungen in der Peripherie bieten. Unterstützt werden Projekte, die bezüglich Erhaltung der historischen Bausubstanz, der Lebensqualität und des Wohnkomforts beispielhaft sind.

In den jurassischen Gemeinden Pruntrut und Fontenais will man die Wohnbevölkerung in den Dorfkernen erhalten und die Abwanderung in die Einfamilienhaus-Peripherie stoppen. Das Modellvorhaben «Förderung des Wohnens in historischen Zentren im Jura» setzt wirksame Anreize gegen die Entvölkerung der historischen Zentren: Für Sanierungs- und Umbauvorhaben erhalten Privateigentümer je nach Art des Projekts bis zu 40 000 Franken.

- Im Wesentlichen soll durch dieses Vorgehen ohne zusätzliche bauliche Einschränkungen auf architektonischer, technischer und baureglementarischer Ebene die Qualität der Projekte gewährleistet werden.
- Die Unterstützung hat zum Ziel, die Kreativität zu stimulieren und das Bewusstsein für den Ortsbildschutz zu stärken. Es handelt sich dabei nicht um eine Objekt-hilfe, sondern um eine Projekthilfe, die die Kosten für die Projektstudien (Situationsanalyse und Leitideen), für das Vorprojekt und das Projekt bis zur Baubewilligung decken soll. Die Unterstützung für ein Mehrfamilienhaus mit vier Wohnungen etwa beläuft sich auf maximal rund 15 000 Franken für das Vorprojekt und auf höchstens 25 000 Franken für die Projektierung bis zum Einreichen des Baugesuchs.

VIELSCHICHTIGER MEHRWERT IM ZENTRUM

Zu Beginn des Modellvorhabens wurde ein Ideenkatalog zur Evaluation und Begleitung von Sanierungsobjekten entwickelt und der Öffentlichkeit präsentiert. Durch die Anpassung von Wohnungen an moderne Komfortstandards –



wobei der Gebäudecharakter erhalten bleibt – und die Aufwertung der Infrastruktur in den Ortskernen erhöht sich die Lebensqualität, und es entsteht eine echte Alternative zu den Eigenheimen in den Neubauquartieren. Die Verbesserung der Infrastruktur und die stärkere Durchmischung der Bevölkerung, speziell durch die Anwesenheit von Familien, schaffen einen deutlichen Mehrwert für die Dorfkerne. Aber auch ältere Menschen und solche mit eingeschränkter Mobilität profitieren vom Modellvorhaben, denn durch die Errichtung bedarfsgerechter Wohnformen am Ort der langjährigen Sozialisation kann ein Wegzug in eine fremde Umgebung vermieden werden.

ERFOLGREICHES ANGEBOT

Bis 2012 wurden insgesamt 21 Renovierungsprojekte im Rahmen des Sanierungsprogramms eingereicht und evaluiert. Neun Gebäude wurden bereits renoviert, sieben



Das Wohnen in den historischen Zentren der jurassischen Gemeinden Pruntrut (im Bild) und Fontenais wird gefördert.

befinden sich noch im Umbau, und fünf Projekte sind in der Anfangsphase, das heisst, das Baugesuch ist noch hängig oder die Arbeiten werden demnächst in Angriff genommen. Die erwähnten 21 Projekte umfassen etwa 70 Wohnungen, die renoviert oder umgebaut wurden beziehungsweise werden. Die Vorhaben reichten von der Sanierung einer Wohnung in einem Bürgerhaus aus dem 18. Jahrhundert über die Umgestaltung eines alten Bauernhofs zu einem neuen Lebensraum für eine Familie oder die Totalsanierung eines typischen Pruntruter Altstadtgebäudes bis hin zum Umbau einer ehemaligen Milchzentrale zu Wohn- und Geschäftsräumen. Nach den ersten vier Jahren des Programms konnte ein Katalog mit einer Auswahl an realisierten Vorhaben zusammengestellt werden, die die Vielfalt der Projekte illustriert. Dieser Katalog wird allen Personen vorgelegt, die Interesse an einem Sanierungsprojekt bekunden. Die realisierten oder noch im Bau befindlichen Projekte besitzen Modellcharakter für Eingriffe in historischen Ortskernen.

Die Zusammenarbeit der teilnehmenden Eigentümer mit den kommunalen und kantonalen Partnern ist für die verschiedenen Akteure sehr ermutigend und konstruktiv.

Das Modellvorhaben erwies sich als vielschichtiges Programm, das von der gelungenen Kooperation zwischen den Privateigentümern und den Partnern aus Gemeinden und Kanton getragen wurde. Die Zusammenarbeit schuf eine Dynamik, die sich positiv auf die Qualität der Projekte ausgewirkt hat. Für die Zukunft gilt es nun, die Beurteilungskriterien für mögliche Renovierungsprojekte zu vereinheitlichen und die Mittel für die Aufwertung der historischen Zentren zu sichern. Diese Massnahmen sollen gewährleisten, dass die Aufwertung der gesamten Bevölkerung zugutekommt.

35 | REGION LUZERN WEST: DORFKERNERNEUERUNG

LIEGENSCHAFTSEIGENTÜMERINNEN UND -EIGENTÜMER SIND ZENTRALE STAKEHOLDER DER DORFKERNERNEUERUNG

Die Gemeinden der Region Luzern West streben die Aufwertung ihrer Dorfkerne an. Dazu wurde in Pilotgemeinden geprüft, wie Planungsprozesse so gestaltet werden können, dass daraus konkrete Entwicklungsprozesse für eine Ortskernaufwertung angestossen werden. Dabei haben sich vor allem zwei Ansätze als erfolgsversprechend erwiesen: erstens die Verknüpfung von Planungsarbeiten zu Strassensanierungen mit Dorfkernerneuerungsprozessen und zweitens der Einsatz eines Ortskernbeauftragten.

Das Thema der Dorfkernerneuerung beschäftigt die Gemeinden der Region Luzern West schon länger. Doch die verfügbaren Instrumente – insbesondere die planungs- und baurechtlichen Instrumente – waren, so die Gemeinden, bisher nicht hinreichend, um die gewünschte Entwicklung in den Dorfkerne in Gang zu bringen. Mit dem vom Verband Region Luzern West getragenen Modellvorhaben wurde das Thema Dorfkernerneuerung neu angepackt: In Zusammenarbeit mit Pilotgemeinden wurde systematisch geprüft, inwiefern Planungsprozesse gezielter so gestaltet werden können, dass aus ihrer Dynamik heraus konkrete Entwicklungsprozesse zur baulichen Aufwertung der Ortskerne angeschoben werden können. 2008 wurden dazu Erstgespräche mit den Gemeinden durchgeführt und dabei die Schnittstellen zwischen Ortskernentwicklungsprozessen und Planungsprozessen evaluiert. Die Ergebnisse wurden aufbereitet und die Handlungsoptionen aufgezeigt. Im Rahmen einer Erfahrungsgruppe, die aus acht Gemeinden besteht, wurden die Erkenntnisse an andere Gemeinden weitergegeben und gemeinsam reflektiert. Durch diesen horizontalen Erfahrungsaustausch über das Vorgehen zur Revitalisierung der Zentren sind die Gemeinden aktiv geworden. In den drei Gemeinden Entlebuch, Wolhusen und Ruswil konnten bereits erste Prozesse angeschoben werden.

INTERESSEN DER ZENTRALEN ANSPRUCHSGRUPPEN ERUIEREN

Wie sich im Rahmen des Modellvorhabens gezeigt hat, sind Liegenschaftseigentümerinnen und -eigentümer die zentralen Stakeholder in Erneuerungsprozessen. Sie müssen bereit zu Veränderungen und Investitionen sein, die dem übergeordneten Ziel einer Ortskernerneuerung dienen. Um Kontakt mit den Liegenschaftseigentümern aufzunehmen,



empfeht es sich – so die Erkenntnis aus dem Projekt –, einen Ortskernbeauftragten einzusetzen, der diese heikle Aufgabe mit Feingefühl übernimmt und immer gut informiert ist über etwaige Veränderungen der Besitzverhältnisse. Denn wenn eine Liegenschaft zum Verkauf kommt,



▣ Die Gemeinden der Region Luzern West streben die Aufwertung ihrer Dorfkerne an.

bietet sich für die Dorfkernerneuerung eine grosse Chance. Neben den Liegenschaftseigentümerinnen und -eigenthümern sind aber auch die Denkmalpflege, die Öffentlichkeit, der Kanton, der Heimatschutz und das Gewerbe wichtige Akteure bei Dorfkernerneuerungsprozessen. Es ist wichtig, deren Interessen zu kennen, ihre Handlungsweisen vorausschauend mitzudenken und mit geeigneten Angeboten, Beratungen oder Überzeugungsarbeit gestaltend auf deren Entscheidungsfindung einzuwirken.

DIREKTE BETROFFENHEIT DER LIEGENSCHAFTSEIGENTÜMERINNEN UND -EIGENTÜMER

Vor dem Hintergrund, dass Liegenschaftseigentümer die zentralen Stakeholder einer Ortskernerneuerung sind, hat sich die Grundannahme des Modellvorhabens – dass sich Dorfkernerneuerungsprozesse eher realisieren lassen, wenn sie nicht isoliert angegangen, sondern in einen übergeordneten Gemeindeentwicklungsprozess eingebunden werden – nur zum Teil bestätigt. Der Grund dafür ist wohl, dass die Liegenschaftseigentümer in solchen Erneuerungsprozessen nur mittelbar von übergeordneten Planungsarbeiten wie etwa Gemeindefusionen betroffen sind. Erfolgversprechender ist dagegen ein Ansatz, bei welchem die Eigentümer direkt betroffen sind. Dies ist beispielsweise bei der Verknüpfung von Planungsarbeiten zu Kantonsstrassensanierungen mit Dorfkernerneuerungsprozessen

der Fall, denn solche Strassenerneuerungen sind für betroffene Eigentümerinnen und Eigentümer unmittelbar relevant, betreffen sie doch Fragen der Gestaltung der Vorplätze oder der Hausanschlüsse.

GEMEINDEN BLEIBEN AM BALL

Im Rahmen des Modellvorhabens konnten in den drei Gemeinden Entlebuch, Wolhusen und Ruswil bereits erste Prozesse zur Aufwertung angeschoben werden. Die Region Luzern West beurteilt das Thema, auch nach Abschluss des Modellvorhabens, weiter als aktuell und führt die Er-

Die Gestaltung eines Dorfkernerneuerungsprozesses ist in wesentlichen Teilen eine Stakeholder-Management-Aufgabe.

fahrungsaustauschtreffen weiter. Denn die Wirkung dieser Treffen besteht nachgewiesenermassen darin, die Gemeinden zu motivieren, an dieser Thematik weiterzuarbeiten und die Aufgabe der Dorfkernerneuerung im Sinne eines langfristigen Prozesses wahrzunehmen.

>> www.regionwest.ch/raumplanung-raummanagement/projekte/dorfkerngestaltung

36 | GOMS ZWEITWOHNUNGEN

GEGEN KALTE BETTEN IN DER SONNENREGION

Der Zweitwohnungsanteil im Bezirk Goms liegt bei 57 Prozent – Tendenz steigend. Damit die Gommerinnen und Gommer nicht nur zwischen Auswärtigen und Leerstand leben, wurden Strategien gesucht, wie der Zweitwohnungsbau reguliert und die Zweitwohnungen besser ausgelastet werden können.

Im Goms gibt es mehr Wohnungen als Einwohnerinnen und Einwohner: Laut der Volkszählung 2000 kommen auf 4743 Einwohner 5624 Wohnungen. Dieses Verhältnis ist schweizweit aussergewöhnlich. Im Goms ist nur knapp jede dritte Wohnung dauerhaft bewohnt und beim Leerwohnungsanteil liegt die Region mit rund 11 Prozent schweizweit an zweiter Stelle. Vor diesem Hintergrund haben sich die Gemeinden Obergoms, Münster-Geschinen, Reckingen-Gluringen, Blitzingen, Bellwald, Ernen, Binn, Fiesch und Grenchols zusammengeschlossen, um in einem Modellvorhaben zwischen 2008 und 2011 die Situation der Zweitwohnungen in der Region Goms zu analysieren. Mit dem Projekt wurde aufgezeigt, wie der Zweitwohnungsbau reguliert und die Belegungsrate der Zweitwohnungen erhöht werden kann. Nebst den involvierten Gemeinden und deren Ortsplaner waren auch die Region und der Kanton Wallis als Partner beim Projekt dabei.

KONKRETE PILOTPROJEKTE UMGESETZT

In einem ersten Schritt wurden Workshops in den Projektgemeinden durchgeführt, um den lokalen Handlungsbedarf festzustellen, die gemeinsamen Interessen zu identifizieren und die regionalen Zielsetzungen zu erarbeiten. Danach wurden verschiedene Pilotprojekte umgesetzt, so zum Beispiel das Projekt «Dorfkernerneuerung»: Im Rahmen des Projekts regten die Gemeinden Binn, Ernen und Grenchols die Wohnungsbesitzerinnen und -besitzer in den alten Ortskernen dazu an, ihre Liegenschaften instand zu stellen und intensiver zu nutzen. Dazu befragte je ein Dorfkernebeauftragter ausgewählte Liegenschaftsbesitzer, um herauszufinden, wie gross die Bereitschaft zu einer Wohnungserneuerung und einer intensiveren Nutzung ist. Im Pilotprojekt «Vermietung Zweitwohnungen» lag der Fokus



auf der besseren Auslastung bestehender Zweitwohnungen. Dazu erhob die Gemeinde Bellwald bei den Besitzerinnen und Besitzern den Zustand der Zweitwohnungen und die Bereitschaft zur Veränderung. Die Umfrageergebnisse wurden in einem Auswertungsbericht zusammengefasst, der für die Gemeinde und Bellwald Tourismus als Grundlage für die weitere Massnahmenplanung dient. Als wichtigste Massnahmen sind der Ausbau von Vermietungsdienstleistungen, die Förderung des Wohnungstausches und Informationsveranstaltungen zum Thema Gebäuderenovation vorgesehen. Zudem konnte in Bellwald mit dem Projekt «Kontingentierung des Zweitwohnungsbaus» auch ein Instrument eingeführt werden, das eine massvollere Entwicklung des Siedlungsgebietes ermöglicht.



📍 In der Region Goms (im Bild: Münster) wurden Strategien zur besseren Auslastung von Zweitwohnungen entwickelt.

ES BRAUCHT REGIONALE LÖSUNGEN

Die im Rahmen des Modellvorhabens umgesetzten Pilotprojekte haben zu einer Sensibilisierung für die Thematik der Zweitwohnungen beigetragen und deutlich gezeigt, dass es für die Bearbeitung dieses Themas regionale Lösungen braucht und künftig auch Tourismusorganisationen mit ins Boot zu holen sind. Dabei lassen sich die gewählten Lösungsansätze auch auf Probleme ausserhalb der Zweitwohnungsthematik anwenden. Auch der Kanton muss seinen Beitrag leisten – in Form von leicht einsetzbaren Mustervorlagen für die Erhebungen bei den Zweitwohnungsbesitzern und mit personeller und finanzieller Unterstützung.

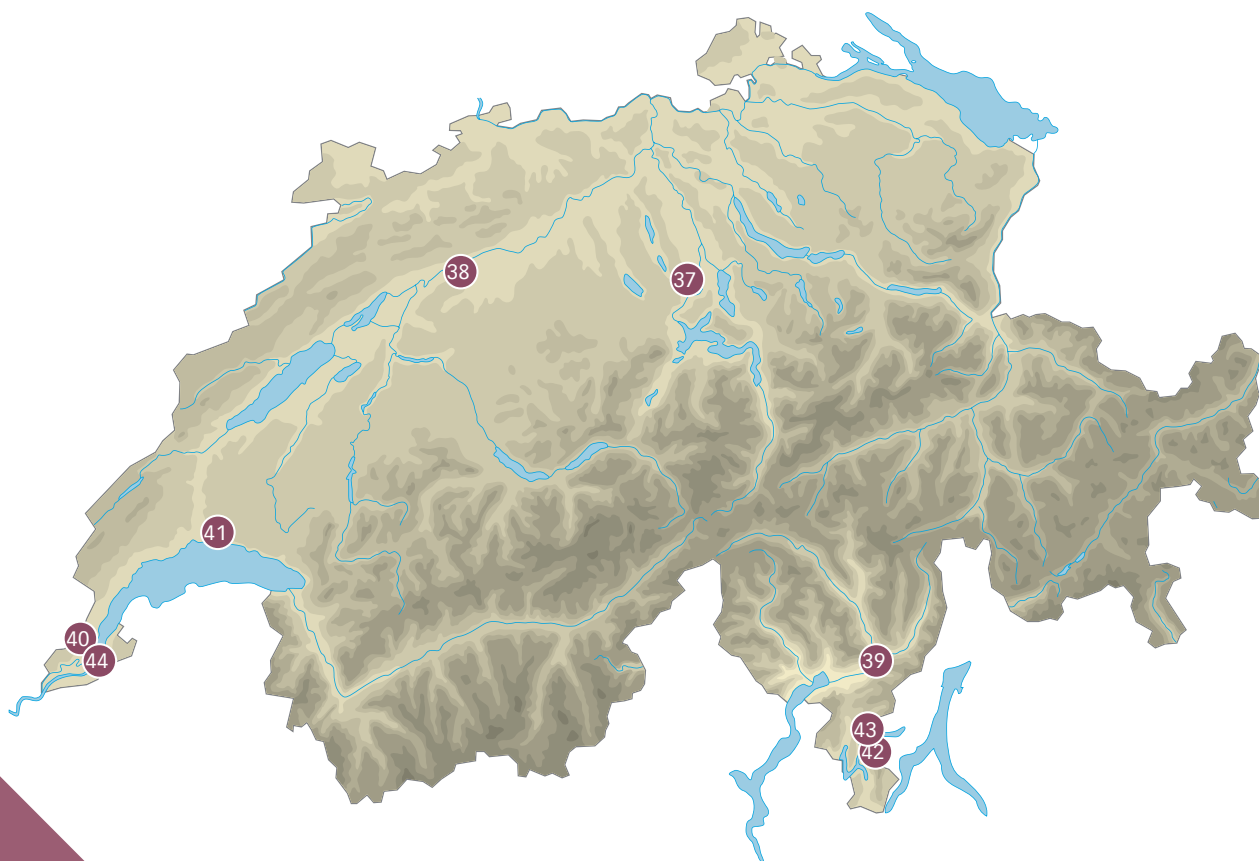
KLEINER RECHTLICHER HANDLUNGSSPIELRAUM IM KANTON

Bei bestehenden Zweitwohnungen besteht jedoch nur ein kleiner rechtlicher Handlungsspielraum. Für den Kanton Wallis trifft dies ganz besonders zu, stehen doch hier hilfreiche Instrumente wie die pauschale Kurtaxenerhebung oder eine Lenkungsabgabe auf den kontingentierten Zweitwohnungsbau nicht zur Verfügung. Die Gemeinden sind

Schlecht ausgelastete Zweitwohnungen – kalte Betten – vergrössern die Differenz zwischen Spitzen- und Basisnachfrage und treiben damit den Kapazitätsbedarf in die Höhe. Über das Jahr tragen sie massgeblich zu einer ungenügenden Auslastung von öffentlicher und privater Infrastruktur bei.

wesentlich auf die freiwillige Mitarbeit der Zweitwohnungsbesitzer angewiesen. Spürbare Erfolge dürften sich von daher nur langsam und langfristig einstellen, sofern kontinuierlich an der Verbesserung der Situation gearbeitet wird. Mit den Pilotprojekten «Dorfkernerneuerung» und «Vermietung Zweitwohnung» wurden aber zwei Handlungsansätze entwickelt, mit denen gezielt eine Verbesserung bei den Zweitwohnungen angestrebt werden kann.

- ZUSAMMENARBEIT AUF GROSS-REGIONALER EBENE
- REGIONALE ZUSAMMENARBEIT
- KOORDINATION RÄUMLICHER FUNKTIONEN
- NUTZEN-LASTENAUSGLEICHSSYSTEME
- AUFWERTUNG UND INWERTSETZUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT
- ERNEUERBARE ENERGIEN
- NACHHALTIGER LÄNDLICHER TOURISMUS
- NUTZUNGSPOTENTIALE FÜR EINE SIEDLUNGSENTWICKLUNG NACH INNEN
- STRATEGISCHE TEILGEBIETE DER AGGLOMERATIONEN



- 37 Masterplan Stadtzentrum Luzern Nord
- 38 Nachhaltige Quartierentwicklung Weststadt-Solothurn
- 39 Castione – Entwicklungspol für die Agglomeration Bellinzona
- 40 Ein Prozess für die territoriale Solidarität über Landesgrenzen hinweg in der Agglomeration Frankreich-Waadt-Genf
- 41 Malley – von der Brache zur Stadt
- 42 Neues Quartier Cornaredo
- 43 Vedeggio – ein neuer Pol für die Agglomeration Lugano
- 44 Leitbild und Aktionsplan für das Quartier Concorde

STRATEGISCHE TEILGEBIETE DER AGGLOMERATIONEN

Ein wichtiger Erkenntnisgewinn ist bei denjenigen Modellvorhaben zu erwarten, die Teilgebiete mit strategischer Bedeutung in Agglomerationen betreffen. Dabei geht es zuallererst darum, die vielfältigen Bezüge zwischen der Entwicklung der Teilgebiete sowie der Agglomerationsperspektive zu klären, also die Frage der unterschiedlichen räumlichen Massstäbe zu thematisieren und die Schnittstellen zu klären.

Immer wieder erfordern bestimmte Teilgebiete der Agglomerationen viel Aufmerksamkeit, da sie viel Potential haben und eine grosse Dynamik entwickeln können. Dabei handelt es sich fast immer um Räume, die sich über mehrere Gemeinden erstrecken und sowohl städtebaulich wie auch wirtschaftlich und sozial von grosser Bedeutung sind. Sie sind auch deshalb wichtig, weil sich im Umgang mit diesen Räumen entscheidende Hinweise gewinnen lassen, wie urbane Qualitäten oder die oft postulierte Entwicklung nach innen zu erreichen sind. Diese Bedeutung wird ergänzt durch die vielfältigen Chancen, die sich auf der Ebene der Instrumente eröffnen: In dieser Zwischenebene, deren Massstab zwischen der übergeordneten Stadt- oder Kantonsebene einerseits und einer auf Einzelobjekte bezogenen Architekturlösung andererseits einzuordnen ist, sind neue Herangehensweisen und Ad-hoc-Instrumente, welche die formellen Prozesse ergänzen, geradezu notwendig. Dem erforderlichen Aufwand steht jedoch – und die Erfahrungen aus den Modellvorhaben bestätigen dies – ein erheblicher Ertrag gegenüber: Entweder erlaubt die Umsetzung in diesen Teilgebieten ein Praxistest der übergeordneten Strategien. Oder die Erfahrungen aus dem Perimeter des Teilgebiets können für die übergeordneten Planungen nutzbar gemacht werden. Acht Modellvorhaben aus allen drei grossen Sprachregionen thematisieren diesen Austausch zwischen den Massstabsebenen und werden auf den folgenden Seiten vorgestellt:

- Masterplan Stadtzentrum Luzern Nord
- Nachhaltige Quartierentwicklung Weststadt-Solothurn
- Castione – Entwicklungspol für die Agglomeration Bellinzona
- Ein Prozess für die territoriale Solidarität über Landesgrenzen hinweg in der Agglomeration Frankreich-Waadt-Genf
- Malley – von der Brache zur Stadt
- Neues Quartier Cornaredo
- Vedeggio – ein neuer Pol für die Agglomeration Lugano
- Leitbild und Aktionsplan für das Quartier Concorde

Sie sind diesem Themenbereich zugeordnet, weil ihre Teilgebiete aus zwei Gründen als «strategisch» bezeichnet werden können: Entweder sind es flächenmässig sehr grosse Gebiete oder sie zeichnen sich durch einen spezifischen Standortfaktor aus – wie zum Beispiel die Nähe zu einem Verkehrsknotenpunkt, ein grosses Publikumsaufkommen, den Charakter als benachteiligtes Quartier, eine unternutzte Fläche oder eine Brache.

Weitere Informationen zum Thema sind zudem im Vertiefungsbericht zu finden, den Michèle Tranda-Pittion von TOPOS urbanisme in Genf und Pierre Feddersen von Feddersen&Klostermann in Zürich verfasst haben (vgl. Seite 117). Er enthält Erkenntnisse und Erfahrungen der Modellvorhaben aus dem Bereich Agglomerationspolitik – ergänzt durch die zwei Modellvorhaben Salina Raurica und Nachhaltige Quartierentwicklung Basel-, Bernstrasse Luzern (BaBeL) aus den Modellvorhaben der ersten Generation. Der Bericht basiert auf Workshops, die im Jahr 2012 mit den Projektträgern unter der Leitung von Michèle Tranda-Pittion und Pierre Feddersen durchgeführt wurden. Er diskutiert den Nutzen sowie die Übertragbarkeit der Modellvorhaben und zeigt den Wert der Massstabsebene der strategischen Teilgebiete auf.

37 | MASTERPLAN STADTZENTRUM LUZERN NORD

IM NORDEN DER STADT LUZERN ENTSTEHT EIN NEUES STADTZENTRUM

Im Norden der Stadt Luzern, an der Schnittstelle zwischen der Gemeinde Emmen und dem Luzerner Stadtteil Reussbühl, soll ein neues Stadtzentrum entstehen. Um das Gebiet zum neuen Stadtgebiet zu entwickeln, haben die Stadt Luzern und die Gemeinden Emmen und Reussbühl gemeinsam einen verbindlichen Masterplan erarbeitet, der eine mit dem Verkehr abgestimmte und hochwasserschutzgerechte Stadtentwicklung aufzeigt.

Der Agglomerationsraum Luzern erlebt einen dynamischen Wandel: Stadt und umliegende Gemeinden wachsen funktional und räumlich immer mehr zusammen, und ehemals periphere Gebiete treten in den Mittelpunkt. So auch das an der Schnittstelle der Gemeinde Emmen und im Norden der Stadt Luzern liegende Gebiet Bahnhof Emmenbrücke-Seetalplatz-Reussbühl: Dort bietet sich im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Verkehrswege und des Flussraumes die Chance, ein neues Stadtzentrum zu gestalten, das im Kernbereich etwa 2000 Wohnungen und rund 4000 Arbeitsplätze beherbergen könnte. Um die Rahmenbedingungen für die Entwicklung des neuen, gemeindeübergreifenden Stadtzentrums festzulegen, haben sich Ende 2006 der Kanton und die Stadt Luzern sowie die Gemeinden Emmen und Littau – Letztere hat 2010 mit der Stadt Luzern fusioniert – im Rahmen des Modellvorhabes «Masterplan Stadtzentrum Luzern Nord» zur Erarbeitung eines gemeinsamen Masterplans entschieden. Mit dem für das Gebiet entworfenen Masterplan wurde die Entwicklung des Gebiets Bahnhof Emmenbrücke-Seetalplatz-Reussbühl bezüglich Städtebau, Verkehrsführungen, Strassen- und Freiraumgestaltung sowie Hochwasser- und Umweltschutz unter Einbezug aller massgebenden Akteure festgelegt.

TESTPLANUNGEN ALS BASIS FÜR DEN MASTERPLAN

Zur Konkretisierung einer städtebaulichen Vision des neuen Stadtzentrums wurde zwischen Juni 2008 und März 2009 eine Testplanung mit vier Teams durchgeführt. Drei Themen standen während des ganzen Prozesses im Vordergrund: Neben dem Erfordernis einer neuen Verkehrslösung für den



Seetalplatz – den grössten Verkehrsknotenpunkt der Agglomeration – und dem notwendigen Hochwasserschutz an der Kleinen Emme stand die Siedlungs- bzw. Stadtzentrumsentwicklung im Vordergrund. Das Begleitgremium des Modellvorhabens, das sich unter anderem aus Expertinnen und Experten, Vertreterinnen und Vertretern der Stadtentwicklung Luzern, dem Gemeindeammann Littau und einem Vertreter des Gemeinderats Emmen zusammensetzte, wählte einen dieser vier Testbeiträge als Grundlage aus. Auf Basis dieser Testplanung wurde dann der Masterplan erarbeitet, der die Konzepte der Testplanung übersetzt und Regelungen in Bezug auf Bautypologie, Nutzungsart sowie Anlage und Gestaltung der öffentlichen Räume enthält.

MASTERPLAN IST FÜR GEMEINDE UND KANTON VERBINDLICH

Der Masterplan wurde im Dezember 2010 von Regierungsrat, Stadtrat Luzern und Gemeinderat Emmen genehmigt. Das Hauptziel des Modellvorhabens, einen Masterplan zu erarbeiten, der eine mit dem Verkehr abgestimmte und hochwasserschutzgerechte Stadtzentrumsentwicklung aufzeigt, konnte somit erreicht werden. Mit der Unterzeichnung wurde der Masterplan für die beteiligten Partner und für die kommunale wie kantonale Verwaltung verbindlich. Nachdem das Stimmvolk im Juni 2012 den erforderlichen (Mehr-)Kosten des Verkehrsführungsprojekts zugestimmt hatte, wurde mit der definitiven Planung und Umsetzung begonnen.



📍 Zwischen Emmen und dem Luzerner Stadtteil Reussbühl besteht die Chance, ein neues Stadtzentrum zu gestalten.

Verantwortlich für die Umsetzung ist dabei ein neu eingesetzter Gebietsmanager als Gesamtkoordinator. Er überwacht den Umsetzungsprozess im Bearbeitungsperimeter Luzern Nord und koordiniert den Umsetzungsprozess mit allen Beteiligten. Für die Umsetzung wurden verschiedene Teilprojekte in den Bereichen Nutzungsplanung, Mobilität und Hochwasserschutz sowie Siedlungsentwicklung definiert und für deren Bearbeitung jeweils eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Auch die Bevölkerung wird aktiv miteinbezogen: Im Rahmen des Teilprojekts «Luzern Nord gemeinsam entwickeln» wird ein kontinuierlicher Dialog zwischen der Bevölkerung der umliegenden Quartiere und den Verantwortlichen der Teilprojekte sichergestellt. Dadurch können auch mögliche kritische Entwicklungen wie Verdrängungseffekte oder Immobilien- und Mietpreissteigerungen frühzeitig erfasst und durch geeignete Massnahmen aufgefangen werden. Neben der Umgestaltung des Seetalplatzes, den Hochwasserschutzmassnahmen, der neuen Verkehrsführung und dem neuen Busbahnhof soll im neuen Stadtzentrum Nord auch die kantonale Verwaltung ihren zentralen Standort erhalten.

>> www.luzernnord.luzernplus.ch

Mit dem Masterplan als Grundlage kann sich im ganzen Gebiet rund um den Seetalplatz das grosse Potenzial der unbebauten, unternutzten oder sanierungsbedürftigen Immobilien entfalten und sich sukzessive eine Entwicklung hin zu einem wirtschaftlich bedeutenden, urbanen neuen Stadtzentrum Luzern Nord einstellen.

38 | NACHHALTIGE QUARTIERENTWICKLUNG WESTSTADT-SOLOTHURN

ERFOLGREICHE QUARTIERAUFWERTUNG DANK EINBEZUG DER BEVÖLKERUNG

Sanierungsbedürftige Wohnbauten, ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Migrationsbevölkerung und ein Image mit Schattenseiten: Die Herausforderungen im Quartier Weststadt in Solothurn sind vielfältig. Mit dem Modellvorhaben sollte das Quartier aufgewertet und bestehende Qualitäten gefestigt werden – und dank des partizipativen Vorgehens und des Einbezugs aller relevanten Akteure konnten erste Erfolge realisiert werden.

Im Solothurner Quartier Weststadt leben rund 4000 Menschen. Räumlich deutlich von der Innenstadt abgetrennt, hat das Quartier neben einer Reihe von positiven Qualitäten wie der ruhigen Wohnlage, den Einkaufsmöglichkeiten und den vielen Grünflächen mit einigen Herausforderungen zu kämpfen: Viele der Gebäude sind sanierungsbedürftig, der Anteil der Migrationsbevölkerung ist überdurchschnittlich hoch und die Quartierbevölkerung ist ungünstig durchmischt. Mit dem Modellvorhaben «Nachhaltige Quartierentwicklung Weststadt-Solothurn» verfolgte die Stadt Solothurn das Ziel, das Quartier aufzuwerten und attraktiver zu machen sowie die bestehenden Qualitäten zu festigen. Das Gebiet wurde auch im Agglomerationsprogramm Solothurn als Entwicklungsschwerpunkt definiert. Zudem wurde das Modellvorhaben mit dem östlich angrenzenden Entwicklungsgebiet Obach/Muten/Ober-/Unterhof, wo mit der Stadtentwicklungsplanung «Weitblick» westlich und östlich der Westumfahrung ein neuer Stadtteil entstehen soll, verknüpft. Diese Verknüpfung von unterschiedlichen räumlichen Situationen – Quartierentwicklung im Bestand mit zukünftiger Gebietsentwicklung – ist eine Besonderheit des Modellvorhabens.

DEFINITIVE ZIELE IN ZUSAMMENARBEIT MIT DER QUARTIERBEVÖLKERUNG ERARBEITET

Für das Modellvorhaben wurde ein Lenkungsausschuss gegründet, in welchem alle relevanten Akteure – Gemeinderat, politische Parteien, Verwaltung, Kanton, Bund, Liegenschaftseigentümer, Quartierbevölkerung und Gewerbe – vertreten waren und der sich als lernende Organisation versteht. Beim Projektstart wurden keine definitiven Ziele, sondern nur grobe Zielrichtungen festgelegt, so etwa die Aufwertung und Durchmischung des Quartiers, das Stimulieren



des Wohn- und Liegenschaftsmarktes, die Verbesserung des Images sowie die Aktivierung der Wohnbevölkerung. Die definitiven Ziele wurden laufend im Dialog mit der Quartierbevölkerung und weiteren Anspruchsgruppen entwickelt. In einem ersten Schritt wurde mit einer Quartieranalyse begonnen. Diese erfolgte einerseits durch Expertinnen und Experten, andererseits durch die von der Hochschule Luzern entwickelte REPLY-Methode: Dabei wurden Bewohnerinnen und Bewohner zu «Quartierforscherinnen und -forschern» ausgebildet, die eigene Befragungen und Begehungen im Quartier durchgeführt haben. Als Resultat dieses Aktivierungsprozesses haben sich für die Umsetzungsphase sechs Arbeitsgruppen aus der Bevölkerung formiert, welche die sechs Handlungsfelder, die 2008 aufgrund der Ergebnisse der Quartieranalysen gemeinsam definiert wurden, weiterverfolgt haben. Eine dieser Gruppen hat in der Folge auch den Quartierverein gegründet, der seither eine zentrale Ressource im Quartier darstellt und mitbeteiligt ist am Aufbau eines Quartierzentrums, welches die alten und neuen Quartierteile verbinden und vielfältige gemeinschaftliche Aktivitäten ermöglichen soll.

MASSNAHMEN IM SOZIOKULTURELLEN BEREICH ERFOLGREICH UMGESETZT

Im Rahmen des Modellvorhabens konnte vor allem im soziokulturellen Bereich viel umgesetzt werden: So wurde ein grosser Spielplatz des Quartiers saniert, mehr Freizeitangebote für Jugendliche – Mädchentreff, Jugendkulturwochen, Kinderchor – wurden geschaffen, professionelle Quartierarbeit und ein jährliches Quartierfest eingeführt sowie ein



▣ Die Bevölkerung des Quartiers Weststadt Solothurn wurden von Anfang an in die Quartierentwicklung einbezogen.

Quartierbüro eröffnet. Diese Massnahmen gaben der Quartierbevölkerung viel Vertrauen in das Projekt, da die Massnahmen sichtbar waren. Eine Verbesserung des Images des Quartiers konnte teilweise durch die vielen positiven Medienberichte und die quartiereigenen Veranstaltungen erreicht werden. Durch die Einführung von Tempo-30-Zonen wurde der Verkehr beruhigt, und die neu gebaute Entsorgungsstelle schafft mehr Sauberkeit im Quartier.

PROJEKT WIRD WEITERGEFÜHRT

Nach Ende des Modellvorhabens wurde das Projekt 2012 in eine zweite Phase überführt. Auch in dieser Phase stehen die unterschiedlichen räumlichen Situationen – Quartierentwicklung im Bestand und zukünftige Gebietsentwicklung – im Vordergrund: Für das bestehende Quartier hat die Hochschule Luzern ein Vorgehensmodell zur strategischen baulichen Entwicklung für Quartiere entwickelt. Neben einem «Quartierbranding» sollen zusammen mit interessierten Liegenschaftseigentümerinnen und -eigentümern neue und innovative Immobilienangebote entwickelt werden, welche auf das neue Image und die entsprechenden Zielgruppen ausgerichtet sind. Weiter wurde das Teilprojekt «altersgerechtes Quartier» initiiert, das zusammen mit engagierten Seniorinnen und Senioren Massnahmen entwi-

«Die Aktivierung der Quartierbevölkerung war erfolgreich: Der neu gegründete Quartierverein Weststadt fördert das gemeinschaftliche Zusammenleben und die Zusammenarbeit mit Institutionen und Vereinen, fungiert als Bindeglied zu den Behörden und nimmt eine Brückenfunktion für Bewohnerinnen und Bewohner anderer Nationen wahr.»

Bea Beer und Monika Grossenbacher,
Präsidentinnen «Weststadt Quartierverein Solothurn»

ckelt, damit ältere Bewohnerinnen und Bewohner möglichst lange im angestammten Quartier bleiben können. Für das gesamte Gebiet gilt es zudem, einen Entwicklungsmasterplan zu erarbeiten, der als Grundlage für die Entwicklung der zukünftigen Quartiere dienen soll.

>> www.solothurnwest.ch



39 | CASTIONE – ENTWICKLUNGSPOL FÜR DIE AGGLOMERATION BELLINZONA

EIN ANZIEHUNGSPUNKT ZWISCHEN SPORT, KONSUM UND INDUSTRIE

Der räumliche Charakter der Gemeinde Arbedo-Castione wird unter anderem durch ein Einkaufs- und Dienstleistungsgebiet auf der einen und einer schlecht ausgelasteten Gewerbezone auf der anderen Seite geprägt. Die neue Haltestelle der S-Bahn TILO war eine Voraussetzung, um dieses Gebiet zu entwickeln. Unter Einbezug der Grundeigentümer soll der Raum zu einem Entwicklungspol der Agglomeration Bellinzona werden.

Nördlich des Tessiner Kantonshauptortes Bellinzona liegt die Gemeinde Arbedo-Castione. Das Gebiet von Castione erfährt eine divergierende Entwicklung: Im Osten befinden sich viele Einkaufsmöglichkeiten und Wohnzonen, während sich im Westen ein unausgelastetes und aufzuwertendes Industriegebiet von 370 000 Quadratmetern befindet. Um die Planung – basierend auf einem bestehenden Masterplan – zu aktualisieren, sah das Modellvorhaben «Castione – Entwicklungspol für die Agglomeration Bellinzona» die Schaffung einer neuen Organisationsstruktur vor. Dieses Vorgehen sollte sich in den Dienst der übergeordneten Ziele stellen: rund um den Bahnhof dank eines Gewerbe- und Dienstleistungspols den häuslichen Umgang mit Boden erreichen und die Verkaufsflächen konzentrieren, um Nutzungskonflikte mit den Wohnzonen zu vermeiden. Die im Modellvorhaben aufgestellte Organisationsform sollte die

Beziehungen mit den Grundeigentümern erleichtern, um einen handfesten Vorschlag zu machen, wie die anfallenden Kosten und der Nutzen künftig aufgeteilt werden können. Dazu war konkret die Mitarbeit und Unterstützung des Bau- und Planungsdepartementes sowie des Finanz- und Wirtschaftsdepartementes des Kantons Tessin notwendig und hilfreich, die nebst der Gemeinde Arbedo-Castione das Modellvorhaben überhaupt erst ermöglichten. Dank dem Support durch die Neue Regionalpolitik kann eine nur selten erreichte vertikale und horizontale Abstimmung der Sektoralpolitiken ausgewiesen werden.

WIE ALLES BEGANN

Im Rahmen des Modellvorhabens arbeiteten die auf kantonaler Ebene Zuständigen für die Agglomerationspolitik mit den Verantwortlichen für die Neue Regionalpolitik zusammen, immer in enger Abstimmung mit den lokalen Planungen. Basierend auf den Vereinbarungen von 2009 zwischen Gemeinde und Kanton und Bezug nehmend auf die Richtplanklassierung des Gebiets als strategisches Gebiet von kantonaler Bedeutung reichte die Gemeinde Arbedo-Castione im Jahr 2010 eine Richtplanvariante zur kantonalen Vorprüfung ein. Damit kam alles ins Rollen, und ein koordiniertes Vorgehen zwischen Gemeinde und Kanton konnte starten. Parallel dazu wurden im Jahr 2010 die Kontakte mit den Grundbesitzern intensiviert und mögliche Inves-



▣ Vision für das Entwicklungsgebiet in Castione.

toren gesucht – doch der erhoffte Erfolg in Bezug auf die Investoren blieb bisher aus. Die Interessen bezüglich der Arealentwicklung und -nutzung gingen stark auseinander und die Skepsis gegenüber dem Projekt war gestiegen. Die Gemeinde hat daraufhin die Planungsgrundlagen einer kritischen Begutachtung unterzogen und angepasst. Im Jahr 2012 nahm ein Advokat und Mediator die Arbeit auf und vertritt seither die Immobilienbesitzer bei den Verhandlungen rund um den Verkauf von Flächen. Mitte April 2013 hat die Stimmbevölkerung von Arbedo-Castione mit hauchdünner Mehrheit derjenigen Richtplanvariante grünes Licht erteilt, die auch die Erstellung eines neuen Fussballstadions ermöglichen würde. Nur ist dessen Realisierung aufgrund der schlechten finanziellen Lage des Fussballklubs AC Bellinzona sehr ungewiss. Trotzdem bestehen nun für das Gebiet Castione gültige Richtplanvorgaben, welche der weiteren Entwicklung den nötigen Rahmen geben.

TEILERFOLG S-BAHN-HALTESTELLE

Auch wenn die erhoffte Dynamik in Bezug auf die Investoren noch nicht umfassend eingesetzt hat, gibt es doch Erfolge des Modellvorhabens zu vermelden. Die sich bietende Möglichkeit, rund um die Errichtung der S-Bahn-

Die Eröffnung der S-Bahn-Station ist ein wichtiger Meilenstein im Planungs- und Entwicklungsprozess dieses Gebietes.

Haltestelle in Castione eine räumliche Perspektive für diesen Raum zu entwickeln, haben Kanton und Gemeinde beim Schopf gepackt. Die neue S-Bahn-Haltestelle bringt eine neue Dynamik und nützt auch der Verbindung der Wirtschafts- und Wohnzonen im Osten der Gemeinde mit dem beinahe ungenutzten Industriegebiet im Westen.



40 | EIN PROZESS FÜR DIE TERRITORIALE SOLIDARITÄT ÜBER LANDESGRENZEN HINWEG IN DER AGGLOMERATION FRANKREICH-WAADT-GENF

ZWEI LÄNDER UND MEHR ALS 200 GEMEINDEN: EINE FRANZÖSISCH-SCHWEIZERISCHE KOOPERATION

Die Agglomeration «franco-valdo-genevoise» hat einen innovativen Prozess eingesetzt, um die Strategien des Agglomerationsprogramms auf lokaler Ebene zu testen. Dazu wurden in acht grenzüberschreitenden Teilräumen, den sogenannten «Périmètres d'aménagement coordonnés d'agglomération» (PACA), Stadtentwicklungsstudien durchgeführt. Die daraus entwickelte Synthese mit Ergebnissen und Empfehlungen floss in die Erarbeitung des Agglomerationsprogramms der zweiten Generation ein und fördert die Entwicklung der Agglomeration als eines Ganzen.



Die grenzüberschreitende Agglomeration Genf umfasst mehr als 200 französische und schweizerische Gemeinden, betrifft zwei Kantone, zwei französische Départements, eine französische Region und zwei Länder und erstreckt sich über eine Fläche von rund 2000 Quadratkilometern. Um in diesem Kontext eine nachhaltige Entwicklung sichern und die Raumentwicklung optimal steuern zu können, wurde 2007 ein gemeinsames Agglomerationsprogramm erarbeitet, das die Themen Urbanisierung, Mobilität, Umwelt, Wirtschaft, Bildung, Landschaft, Gesundheit, Soziales sowie Kultur verbindet. Es ist dabei ein Leitbild entstanden, das die Schaffung einer kompakten, multipolaren und grünen Agglomeration vorsieht, die bis zum Jahr 2030 200 000 zusätzliche Bewohnerinnen und Bewohner und 100 000 weitere Arbeitsplätze aufnehmen soll. Die dabei auf Ebene des Agglomerationsprogramms entwickelten Strategien wurden anschliessend anhand von Stadtentwicklungsstudien auf lokaler Ebene, in eigens dafür gebildeten Perimetern, den «Périmètres d'aménagement coordonnés d'agglomération» (PACA), getestet. Die daraus hervorgegangenen Ergebnisse auf Ebene der PACA wurden im Rahmen des Modellvorhabens ausgewertet und eine Synthese

sowie Empfehlungen wurden entwickelt. Diese bildeten dann wiederum die Basis für die Entwicklung des Agglomerationsprogramms der zweiten Generation.

DIE GROSSRÄUMIGE VISION AUF DER LOKALEN EBENE TESTEN

Die Umsetzung des Agglomerationsprogramms «franco-valdo-genevois» begann 2008 mit der Lancierung von Stadtentwicklungsstudien auf lokaler Ebene. Im Rahmen dieser Studien wurden vertiefte Analysen durchgeführt, Optionen präzisiert und die Umsetzbarkeit der Strategien des Agglomerationsprogramms auf lokaler Ebene überprüft. Dabei konzentrierten sich die lokalen Studien auf acht Administrationsgrenzen überschreitende Perimeter bzw. Achsen, die PACA. Zudem wurden thematische Studien zu wichtigen Kernthemen wie etwa Mobilität, Wirtschaft, Landwirtschaft und Wohnen erarbeitet. Die Ergebnisse der Studien wurden in Ateliers und Round Tables mit den Schlüsselakteuren sowie Vertretern der Bevölkerung vorgestellt und diskutiert. Im Rahmen des Modellvorhabens wurde dann die Relevanz dieser Studien verifiziert, der partizipative Ansatz bewertet, die Verbindung zwischen Stadtentwicklungsprojekten und



■ In der Agglomeration Genf wird grenzüberschreitend zusammengearbeitet.

Grundversorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnungswesen, Wirtschaft und Landwirtschaft, untersucht und es wurde überprüft, inwieweit die auf grossem Massstab entwickelten Strategien im kleinen, lokalen Raum umsetzbar sind. Die Ergebnisse dieser grenzüberschreitenden Arbeiten wurden in einem zweisprachigen Buch «Genève Agglo 2030» zusammengefasst, das gleichzeitig auch den Abschluss des Modellvorhabens darstellt. Diese in Buchform erarbeitete Synthese floss anschliessend in die Erarbeitung des Agglomerationsprogramms der zweiten Generation ein.

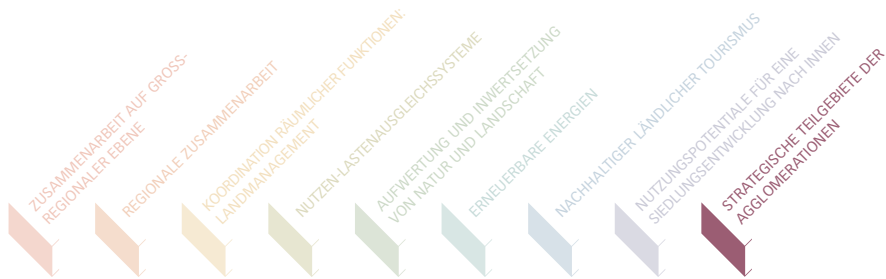
INNOVATIVES VORGEHEN

Die von der grenzüberschreitenden Agglomeration Genf entwickelte Methode, in welcher die auf übergeordneter Ebene (Agglomerationsprogramm) erarbeiteten Strategien auf lokaler Ebene (PACA) getestet werden, um dann wiederum aus diesen Ergebnissen die Strategien auf übergeordneter Ebene anzupassen, ist innovativ. Die Methode kann

Es ist gelungen, in einem neu umschriebenen Perimeter eine raumbezogene Solidarität zu wecken, indem alle Betroffenen einbezogen wurden.

dabei auch von anderen Grenzregionen eingesetzt werden. Das Modellvorhaben ist auch auf europäischer Ebene wegweisend, weil dank ihm ein gemeinsamer Raumentwicklungsplan und ein Leitbild entwickelt worden sind, die sich über administrative Grenzen hinwegsetzen. Der Erfolg des Projekts wurde bereits gewürdigt: Gleichwertig mit fünf weiteren Projekten wurde es 2010 in Brüssel mit dem 8. Prix Européen de l'Urbanisme vom Conseil d'Européen des Urbanistes ausgezeichnet.

>> www.grand-geneve.org



41 | MALLEY – VON DER BRACHE ZUR STADT

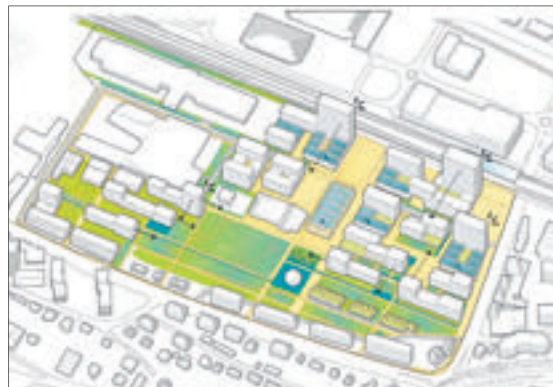
INDUSTRIEBRACHE WIRD NEU BESPIELT

Aus einer Industriebrache in der Agglomeration Lausanne-Morges wird Lebensraum: Das 80 Hektar grosse Gebiet wird dank einer überkommunalen Entwicklungsplanung Raum für zusätzliche 8000 Bewohnerinnen und Bewohner und Arbeitsplätze bieten. Die Bevölkerung wird von Anfang an in die Planung miteinbezogen – so kommt eine gemeinsame Identität zustande.

Die Ebene von Malley umfasst Teile der Gemeinden Lausanne, Prilly und Renens und gilt eine der grössten Industriebrachen der Schweiz. Das 80 Hektar grosse Gebiet ist eines der laufenden Projekte des Leitbildes von Lausanne West (Schéma directeur de l'Ouest lausannois, SDOL), das wiederum Teil des Agglomerationsprogramms Lausanne-Morges (PALM) ist. Das Modellvorhaben «Malley – von der Brache zur Stadt» hat die städtebauliche Revitalisierung der Industriebrache Malley zum Ziel. Es sollte aufzeigen, wie die Brache, die Raum für 8000 Bewohnerinnen und Bewohner und Arbeitsplätze bietet, unter Beachtung der Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung («Malley durable») und der 2000-Watt-Gesellschaft umgenutzt werden kann.

BETEILIGUNG ALLER BETROFFENEN AKTEURE

Das Modellvorhaben verlangte nach interkommunaler Zusammenarbeit und erlaubte es, enge Netzwerke zu flechten: Die politisch Verantwortlichen sowie die Fachleute aus den Verwaltungen von Renens, Prilly und Lausanne, die kantonalen Amtsstellen – insbesondere das Raumplanungsamt (Service cantonal de développement territorial, SDT) und die Wirtschaftsförderung (Service de la promotion économique et du commerce, SPECo) –, SBB Immobilien und SBB Infrastruktur sowie die Verantwortlichen des öffentlichen Verkehrs der Region Lausanne trugen das Projekt von Anfang an mit. Weitere Akteure wie Grundbesitzer, Immobilienentwickler, künftige Nutzer und die Öffentlichkeit luden die Projektverantwortlichen zu Informationsan-





▣ Parc du Gazomètre im Herzen des städtischen Entwicklungsprojekts Malley im Gebiet Lausanne West.

lassen ein. Im Jahr 2011 wurde dann der interkommunale Richtplan Malley (Schéma directeur intercommunal de Malley) der Öffentlichkeit zur Konsultation unterbreitet. Die dafür notwendige Verständigung zwischen den involvierten Akteuren wurde durch eine breite Öffentlichkeitsarbeit unterstützt: Beschilderungen auf dem Areal selber, Informationsabende, Führungen, künstlerische Interventionen und Brunchs als Begegnungsmöglichkeiten.

AUSGEZEICHNETES PROJEKT

Das Modellvorhaben umfasste neuartige Elemente wie die Schaffung einer Planung über die Gemeindegrenzen hinaus, die interkommunale Koordination und Zusammenarbeit zur Entwicklung des Gebiets und der ausgeprägte Wille, eine dauerhafte, nachhaltige Quartierentwicklung in Gang zu bringen. Ein weiteres Charakteristikum des Modellvorhabens ist seine Grösse: Die 80 Hektaren entspre-

80 brach liegende Hektaren werden neu bespielt: Wohnraum für 8000 Menschen sowie Arbeitsplätze verdichten sich zu einer kleinen Stadt.

chen fast 100 Fussballfeldern! Im Juni 2012 konnte die S-Bahn-Haltestelle von Prilly-Malley eröffnet werden; öffentliche Plätze und Einrichtungen stehen vor der Realisierung. Zudem haben die neun Gemeinden, die gemeinsam das SDOL vorantreiben, für ihre dynamische Vision, auf ehemals industriell genutzten Flächen neue Lebensräume zu schaffen, 2011 den vom Schweizer Heimatschutz vergebenen Wakker-Preis erhalten.

>> www.ouest-lausannois.ch



42 | NEUES QUARTIER CORNAREDO

EIN RÄUMLICHER PROTOTYP: DAS EVENTQUARTIER

Die Agglomeration Lugano setzt auf Events: Der Teilraum Cornaredo soll mit grosszügigen räumlichen und baulichen Neustrukturierungen zum Erlebnisort mit Freizeit-, Sport- und Ausstellungsmöglichkeiten von regionalem Interesse werden. Dazu haben sich drei Gemeinden zusammengeschlossen und den Stein gemeinsam ins Rollen gebracht.

Das Quartier Cornaredo – in den Gemeinden Canobbio, Lugano und Porza lokalisiert – wird zum Eventquartier: Die drei Gemeinden haben einen interkommunalen Richtplan erarbeitet, der für das Quartier moderne Sport-, Freizeit- und Ausstellungsinfrastrukturen sowie eine Aufwertung der öffentlichen Räume vorsieht. Die Erarbeitung dieses «Richtplans für das Nuovo Quartiere Cornaredo (PR-NQC)» basiert auf einem 2004 durchgeführten, internationalen städtebaulichen Wettbewerb, der in einen Masterplan mündete.

EINE ECHTE INNOVATION: DIE AGENZIA NQC

Das Modellvorhaben «Neues Quartier Cornaredo» strukturiert die interkommunalen Prozesse und Organisationsformen, um diesen anspruchsvollen räumlichen Entwicklungsprozess steuern zu können. Diese Form der Zusammenarbeit wurde erst durch eine 2009 erfolgte Anpassung des kantonalen Rechts ermöglicht (Legge or-

ganica comunale LOC), das den Gemeinden die Delegation von öffentlichen Aufgaben – wie die Anpassung eines Richtplans – an eine öffentlich-rechtliche Organisation erlaubt. In dieser müssen alle betroffenen Gemeinden vertreten sein. Mit der Aktualisierung des Richtplans für das Nuovo Quartiere Cornaredo wird nun zum ersten Mal ein Vorhaben nach den Buchstaben des revidierten Gesetzes durchgeführt. So nahm die Agenzia NQC 2012 ihre Arbeit auf, ausgestattet mit einem Leistungsauftrag und einem Globalbudget für die Jahre 2012 bis 2016. Die Agenzia NQC ist nun gemäss dem vorliegenden Realisierungsprogramm sowie den Vorgaben im Leistungsauftrag der Gemeinden zuständig für die Anpassungen des Richtplans. Sie kann dazu auch Dritten Aufträge erteilen und sichert die Kommunikation gegen aussen. Die Geschäftsführung der Agenzia hat ein externes, interdisziplinär zusammengesetztes Team inne, das nach einer öffentlichen Ausschreibung zum Zuge kam. Der übergeordnete Rat mit Vertreterinnen und Vertretern der drei Gemeinden funktioniert als Entscheidungsorgan.

EINE AUFWERTUNG AUF POLITISCHER EBENE ...

Das Vorhaben ist in Bezug auf seine interkommunale Projektorganisation einmalig und es stützt die regionale Entwicklungsstrategie im Gebiet Lugano, vor allem auch in Bezug auf die Neue Regionalpolitik. Es leistet damit auch



© urtbild Schweiz

Das neue Quartier Cornaredo wird von den Gemeinden Canobbio, Lugano und Porza gemeinsam entwickelt.

einen nicht unwesentlichen Beitrag an die Koordination zwischen der Raumentwicklung und der kantonalen Regionalpolitik. Das Projekt ist wegweisend für die interkommunale Zusammenarbeit: Die Strukturen der Agenzia und der interkommunale Richtplan können als Vorbild für andere Regionen dienen. Die Integration der Inhalte des Richtplans für das Quartier Cornaredo in die Aktivitäten der Raumentwicklung ist ein Beispiel dafür, wie Raumordnungs- und Regionalpolitik aufeinander abgestimmt werden können.

... UND FÜR DIE BEWOHNERINNEN UND BEWOHNER

Die vielschichtigen Umwälzungen in der Politik haben dazu geführt, dass das Modellvorhaben in der nachhaltigen Entwicklung eines Freizeitgebiets mündet. Das künftige Eventquartier Cornaredo soll – auch im Hinblick auf die Expo 2015 in Mailand – über die Grenzen der Region Lugano hinaus be-

Der Aufbau der Agenzia NQC wie auch die Konzipierung des überkommunalen Richtplans sind wichtige Etappen, die anderen Regionen als gute Beispiele dienen können.

kannt werden. Das Freizeit- und Ausstellungsangebot sowie die öffentlichen Räume sind aber auch direkte Beiträge zur Verbesserung der Lebensqualität zugunsten der Bewohnerinnen und Bewohner von Canobbio, Lugano und Porza.

>> <http://www.cornaredo.ch/>



43 | VEDEGGIO – EIN NEUER POL FÜR DIE AGGLOMERATION LUGANO

EIN NEUER ENTWICKLUNGSPOL IM BASSO VEDEGGIO

Drei Tessiner Gemeinden arbeiten zusammen, um eine im Wandel begriffene Industriezone in einen neuen Mittelpunkt der künftigen Entwicklung mit hoher Aufenthaltsqualität zu überführen. So soll ein komplementärer urbaner Pol in der Agglomeration Lugano entstehen.

Die Tessiner Gemeinden Agno, Bioggio und Manno liegen im Gebiet Basso Vedeggio westlich von Lugano. Sie haben sich in den letzten Jahren wirtschaftlich stark entwickelt. Die räumliche und funktionale Organisation der Region konnte jedoch nicht Schritt halten. Mit dem Modellvorhaben «Vedeggio – ein neuer Pol für die Agglomeration Lugano» möchten die Gemeinden nun gemeinsam auch die räumliche Entwicklung der Region vorantreiben und die dazu notwendigen Massnahmen eng koordinieren. Neue städtebauliche Modelle und Konzepte für das Flächenmanagement sollen entwickelt werden. Auf dem Gebiet soll ein neues Zentrum entstehen und die Gegend – eine im Wandel begriffene Industriezone – soll durch das interkommunale Projekt revitalisiert werden. Im Kern geht es darum, das Gebiet mit neuen urbanen Strukturen zu versehen und dazu Wirtschaftsflächen für die Ansiedlung von Unternehmen anbieten zu können. Auf diese Weise soll ein zu Lugano komplementärer Entwicklungspol entstehen, in dem zudem wieder vermehrt auf die urbanen Qualitäten Wert gelegt werden soll, nachdem diese unter der teilweise raschen Veränderung etwas gelitten haben.

AUFWERTUNG ÜBERALL

Zur Realisierung des Modellvorhabens wurde ein strategisches Leitbild für die Region entwickelt, das unter anderem die Ausscheidung von Arbeitszonen, bessere Anschlüsse an den öffentlichen Verkehr oder die Ausgestaltung öffentlicher Grünflächen sicherstellen und koordinieren soll. Im Leitbild sind die Charakteristika und Bestimmungen der unterschiedlichen Gewerbezone des Gebiets verzeich-

net: So gibt es Gebiete mit kommerziellen Nutzungen und Dienstleistungsangeboten, Gebiete mit Mischnutzungen sowie Gebiete, die als reine Produktionsstandorte dienen. Im Leitbild wird ebenfalls die Art und Menge des Verkehrs der einzelnen Zonen ausgewiesen sowie Kriterien zur Begrenzung und zur Regelung der kommerziellen Aktivitäten in den einzelnen Bereichen aufgelistet. Dank dieser Aufschlüsselung können strategische Projekte und Gebiete bestimmt werden. Um das Leitbild zu realisieren, sind Aufwertungen von öffentlichen und privaten Räumen notwendig: Strassen, Plätze, Fussgängerzonen und Fahrradwege, ÖV-Haltestellen und Naherholungsräume sowie halbprivate Geschäftszonen sind dabei genauso im Fokus wie die Verbesserung des Langsamverkehrs. Als Erfolgsfaktor für das Projekt hat sich die Zusammenarbeit der Gemeinden sowie die frühzeitige Einbindung privater Akteure erwiesen. Insbesondere die drei Gemeinden spürten den Druck, ihre überkommunale Zusammenarbeit zu verbessern. Dazu schufen sie eine Kooperationsstruktur («Gruppo Sviluppo del territorio ABM»), die nun schrittweise die Durchführung von weiteren Unterprojekten ermöglicht. So konnte vor dem Hintergrund des Leitbildes, das die grundsätzlichen Perspektiven für das ganze Basso Vedeggio umfasst, auch ein Masterplan für das zentral gelegene Teilgebiet Cavezolo erarbeitet werden.

OFFIZIELLE UND INFORMELLE BESTREBUNGEN SIND WICHTIG

Den drei Gemeinden Agno, Bioggio und Manno schliessen sich nun weitere Gemeinden aus der Region an, um gemeinsam eine bessere Koordination ihrer Regionalpolitik zu erreichen. Die Raumplanungen und Projekte einzelner Gemeinden folgen bereits jetzt dem Leitbild des NPV. Die Ziele, Konzepte und Themen wurden auf pragmatische Art und Weise – ohne formelle Validierung – vom zuständigen kantonalen Amt und von weiteren Partnern aus Infrastruktur und Umweltschutz angenommen und werden umgesetzt. Die



Das Gebiet Basso Vedeggio soll sich zum urbanen Entwicklungspol in der Agglomeration Lugano entwickeln.

Rückmeldungen aus der Privatwirtschaft im Vedeggio sind ebenfalls positiv: Bessere Wegführungen, verdichtetes Bauen, die Förderung des Langsamverkehrs sowie die Lenkung des gewerblichen Verkehrs sind etabliert und ermöglichen neue räumliche und betriebliche Optionen.

DAS VORHABEN HAT WIRKUNG GEGEN OBEN

Die ersten Entwürfe für das Leitbild des NPV wurden Ende 2007 skizziert. Der Masterplan für das Gebiet Cavezzolo beschäftigte von 2009 bis 2011 verschiedene Akteure der Regionalplanung. Im Verlauf des Projekts wurde die Bedeutung des NPV als strategischer Sektor der Agglomeration Lugano erkannt. Schliesslich konnte das Leitbild vervollständigt und konsolidiert werden, und die Integration des Leitbilds in das Agglomerationsprogramm Luganos konnte vollzogen werden. Damit hat das Modellvorhaben eine Bedeutung erlangt, die von der lokalen über die regionale bis auf die Bundesebene reicht.

>> www.manno.ch

Das Projekt Nuovo Polo Vedeggio ist eines der tragenden Elemente der räumlichen und funktionalen Organisation des urbanen Raumes, wie sie im zweiten Agglomerationsprogramm von Lugano vorgezeichnet ist.

44 | LEITBILD UND AKTIONSPLAN FÜR DAS QUARTIER CONCORDE

MEHR ALS EINE RENOVATION: VOM EINFACHEN QUARTIER ZUM ATTRAKTIVEN LEBENSRAUM

Ein gross angelegtes Quartierentwicklungsprojekt macht aus einem benachteiligten Aussenquartier vor den Toren Genfs eine gute Adresse. Das Vorgehen profitierte davon, dass alle betroffenen Staatsebenen mitmachten und die wichtigsten Akteure einbezogen wurden.

Der dynamische Name passt nicht so recht zum Charakter des Standortes: Das Gebiet Concorde liegt etwas isoliert und begrenzt durch Verkehrsachsen und Eisenbahnlinien vor der Stadt Genf. Die geplante Errichtung eines multifunktionalen Bahnhofs in Châtellaine könnte das Gebiet aber dank verbesserter Erreichbarkeit mit Zentrumsqualitäten aufwerten. Der Kanton Genf, die Städte Genf und Vernier, die Fondation Emile Dupont sowie das Forum Démocratie participative haben sich gemeinsam darangemacht, im Rahmen des Modellvorhabens das Gebiet Concorde zu revitalisieren. Es ist vorgesehen, den Gebäudepark – in grossen Teilen sozialer Wohnungsbau – zu erneuern und aufzuwerten, um eine bessere soziale Durchmischung sowie einen besseren Mix an Generationen und Kulturen zu erreichen. Die bauliche Verdichtung schliesst an den grossen öffentlichen, identitätsstiftenden Raum der «Axe Henry-Golay» an und wird unter Wahrung von Denkmal- und Heimatschutz angepackt werden. Es ging im Kern darum, ein abgestimmtes Leitbild zu erarbeiten sowie spezifische Umsetzungsaktivitäten zu definieren.

EINBEZUG DER BEVÖLKERUNG IN DEN PROZESS DER STADTENTWICKLUNG

Das modellhafte Vorgehen zeichnet sich durch zwei Elemente aus: Das erste ist der Einbezug der Bevölkerung von Anfang an; dieses Vorgehen ist in der Quartierentwicklung mittels Quartierrichtplan noch nicht die Regel. Das zweite Element versucht, der Komplexität der Aufgabe gerecht zu werden: Es geht um die parallel laufende Entwicklung und Umsetzung von Instrumenten wie Quartierrichtplanung, Machbarkeitsstudien, Wettbewerben, Quartierplänen (plans localisés des quartiers) sowie einer Charta für die öffentlichen Räume und die Landschaft. Diese teilweise schrittweise, aber eben auch parallel laufenden Prozesse stellen sich wie folgt dar: 2008 bis 2010 erfolgte die Ausarbeitung des Leitbildes, 2010 bis 2012 entstand ein Quar-



tierichtplan (plan directeur de quartier), ebenfalls ab 2010 wurden Machbarkeitsstudien und Wettbewerbe durchgeführt und seit 2011 verändern «Mini-Baustellen» das Aussehen der öffentlichen Räume. Die Bevölkerung engagiert sich aktiv bei deren Konzipierung und wirkte bei der Auswahl der Ausstattung, der Einrichtung und dem Betrieb mit. Diese temporären Vorhaben bestanden darin, dass während des Sommers neue Lebensräume entstanden – unter anderem ein mobiles Quartierzentrum, Beachvolleyballfelder oder Petanquepisten. Parallel dazu wurde auch den Jugendlichen das Thema nähergebracht: In der Schule des Quartiers befassten sich die Schülerinnen und Schüler unter dem Titel «Projet école...quartier...eco-quartier» mit den Themen Verdichtung und Mobilität in ihrer unmittelbaren Umgebung. Dank diesen Massnahmen blieb die Quartierentwicklung für alle greifbar.



▣ Die Aufwertung des Quartiers Concorde läuft dank des Einbezugs der Bevölkerung sowie aller betroffenen Staatsebenen erfolgreich.

AM ANFANG STAND EIN KLARER WUNSCH

Der ganze Prozess nahm 2008 seinen Anfang: Es erwies sich als notwendig, eine Vision für das Gebiet zu erarbeiten und Prinzipien zur Verdichtung im Siedlungsgebiet zu formulieren. Gleichzeitig führte ein Vorstoss im Genfer Grossen Rat, welcher ein «écoquartier Concorde» verlangte, dazu, dass die Bevölkerung aktiv wurde. Diesen Entwicklungen Rechnung tragend, wurde mittels eines von den Behörden anerkannten partizipativen Vorgehens eine Struktur mit Einschluss aller Akteure auf die Beine gestellt. Im Verlaufe dieser Arbeiten stellte es sich heraus, dass der Betrachtungsperimeter vergrössert werden musste, um eine bessere Kohärenz aller städtebaulichen Vorhaben im Hinblick auf den künftigen Bahnhof Châtelineau zu erreichen. Das Projekt Concorde wurde deshalb mit dem übergeordneten Projekt, dem Grand Projet Châtelineau, zusammengeführt, dessen wichtigste Ziele neuer Wohnraum, die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs, die bessere Versorgung des Quartiers sowie identitätsstiftende öffentliche Räume und Grünräume mit hoher Qualität sind.

GEMEINSAM FÜR MEHR NACHHALTIGKEIT

Das Modellvorhaben setzte auf die Zusammenarbeit zwischen kantonalen Institutionen wie dem Amt für Städtebau (Office de l'urbanisme) und dem Amt für Heimatschutz und Denkmalpflege (Office de patrimoine et des sites) sowie den

Die Mini-Baustellen wurden zu einem wichtigen Instrument für die Abstimmung verschiedener Interessen und zu einem Werkzeug für den Ausgleich zwischen Planung und Alltagserfahrungen der Bevölkerung.

Zuständigen für die betroffenen Stadtteile in Genf und Vernier. Die Herausforderung bestand darin, einen Quartierentwicklungsplan zu erarbeiten und auf die vielen Planungsvorhaben abzustimmen. Dies war nur dank dem rechtzeitigen Einbezug der Bevölkerung möglich. Um die Motivation zur Mitwirkung hoch zu halten, was bei langjährigen und komplexen Prozessen schwierig ist, wurden die «Mini-Baustellen» errichtet, die zu wichtigen Stützen der Partizipation wurden. Das Gebiet Concorde wurde nun – als Bestandteil des Grand Projet zur Stadterneuerung in Châtelineau – ins Agglomerationsprogramm «franco-valdo-genevoise» aufgenommen. Zudem ist es mit einem Blatt im kantonalen Richtplan 2030 verzeichnet. In einem nächsten Schritt soll dank eines Leitkonzepts die operative Umsetzung der Planungsgrundlagen sowie der Einbezug aller betroffenen Akteure garantiert werden.

FAZIT UND FOLGERUNGEN FÜR DIE ZUKUNFT

Die Auswertung der Modellvorhaben belegt den Nutzen für alle Beteiligten. Für die Zukunft lassen sich zwei Schwerpunkte ableiten: Die Erfahrungen sind nun breit zugänglich zu machen und der Bund muss die Impulse aus den Modellvorhaben nutzen. Zudem wird eine weitere Serie von Modellvorhaben auf die Schienen gebracht.

Zahlreiche Modellvorhaben haben massgebend dazu beigetragen, die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und den Kantonen zu verbessern, indem sie Kooperationsprozesse ausgelöst, deblockiert oder beschleunigt haben; so sind neue Netzwerke und Governance-Strukturen entstanden. Aber auch das gegenseitige Verständnis für die jeweiligen Probleme und Sichtweisen der engagierten Gemeinden wurde gefördert. Darauf aufbauend konnte ein gemeinsames Bewusstsein und ein besseres Image entwickelt werden. Die Modellvorhaben führten zu konkreten Verbesserungen und einer besseren Nutzung von Potentialen vor Ort, was die lokale Wertschöpfung erhöht. Im Rahmen von Modellvorhaben wurden auch bestehende Verfahren und Prozesse mit Privaten und öffentlicher Verwaltung optimiert. Und nicht zuletzt konnte die Qualität von Planungen in den Regionen verbessert und damit auch ein Erfahrungs- und Wissensschatz generiert werden, der auch in anderen Regionen Impulse auslösen kann. Weiterhin von grosser Bedeutung für alle Modellvorhaben wird die Verbesserung der sektorübergreifenden horizontalen und vertikalen Zusammenarbeit sein.

GROSSER UND BREITER NUTZEN

Die Modellvorhaben belegen sowohl den Nutzen wie auch den Bedarf einer Verbesserung der sektorübergreifenden Zusammenarbeit und bieten mit ihrem kreativen und offenen Ansatz Gelegenheit, passende Formen für die horizontale und vertikale Zusammenarbeit zu finden. Davon profitieren alle Ebenen – Gemeinden, Regionen, Kantone sowie der Bund:

- Die Projektträger profitieren in erster Linie von der finanziellen und fachlichen Unterstützung durch den Bund,

wobei Letztere einen breiten Erfahrungsaustausch, der durch die beteiligten Bundesstellen organisiert wurde, umfasste. Die Einbindung in ein übergeordnetes Instrument verhilft den Projekten zu einer besseren Abstützung und Legitimation gegen innen und aussen. Zudem setzten die Bundesstellen durch Kriterien zu Zielerreichung und Planungsabläufen sowie durch eine Rechenschaftspflicht Anreize für effektives Projektmanagement.

- Auf der Bundesebene wird der Erfahrungsschatz der Modellvorhaben genutzt, denn die konkreten Beispiele, die neuen Lösungsansätze und das gute Anschauungsmaterial treiben die Umsetzung der Bundespolitik voran, und nationale Gesetze, Politiken und Strategien können anhand der Erkenntnisse der Modellvorhaben weiterentwickelt werden. So wurden beispielsweise das Raumkonzept Schweiz oder die Agglomerationspolitik dank einiger Modellvorhaben in der Konkretisierung vorangebracht. Auch konnten die Bundesstellen durch die Modellvorhaben von einem engen Praxisbezug profitieren und neue Ansätze in der vertikalen Zusammenarbeit ausprobieren.
- Gemeinden, Städte, Regionen, Kantone und Agglomerationen können die getesteten Ansätze und Vorgehensweisen als Vorlage nehmen, sich davon inspirieren lassen und eigene Projekte für eine nachhaltige Raumentwicklung starten, genauso wie private oder institutionelle Trägerschaften.

Von grossem Wert für alle Akteure ist auch die Funktion der Modellvorhaben, auf Defizite, ungenutzte Potentiale oder Chancen zu verweisen.

ÜBERPRÜFTE WIRKUNGEN UND LERNEFFEKTE

Alle Evaluationen, welche die Modellvorhaben Nachhaltige Raumentwicklung ausgewertet haben, zeigen, dass diese als sehr wertvoll angesehen werden und vor Ort Wirkung erzeugt haben. Zudem haben die Modellvorhaben langfristige Prozesse, wie etwa den Aufbau neuer Formen der institutionellen Zusammenarbeit, in Gang gebracht. Die Modellvorhaben wurden dabei nach den drei Bereichen

«Agglomerationspolitik»⁵, «Synergien im ländlichen Raum»⁶ und «Nachhaltige Siedlungsentwicklung» separat evaluiert. Insgesamt geht aus den Evaluationen hervor, dass sich das Instrument der Modellvorhaben für die angestrebten Ziele bewährt und sich in seiner vergleichsweise offenen Ausgestaltung als zweckmässig erwiesen hat. Durch die hohe Flexibilität und die schlanke Organisationsform konnte mit sehr bescheidenem Mitteleinsatz grosse Wirkung erzielt werden. Im Sinne eines Lernlabors war es möglich, auf die Bedürfnisse der Regionen ausgerichtete Erfahrungen zu sammeln und innovative Ansätze zu erproben.

ZWEI SCHWERPUNKTE FÜR DIE ZUKUNFT

Die Auswertungs- und Umsetzungsarbeiten haben zwei Schwerpunkte für den künftigen Umgang mit den Modellvorhaben ergeben:

► SCHWERPUNKT 1

UMSETZUNG DER ERFAHRUNGEN FÖRDERN

Sowohl die Auswertung der einzelnen Vorhaben wie auch die projektübergreifende Analyse einzelner bedeutender Themen, die in den fünf thematischen Vertiefungsberichten (vgl. Seite 117) dokumentiert sind, umfassen ein breites Spektrum an Lehren, Erkenntnissen, Vorschlägen und Empfehlungen. Diese sind breiten Kreisen zugänglich zu machen, regelmässig zu aktualisieren sowie nachvollziehbar und zielgruppengerecht aufzubereiten. Die beteiligten Bundesstellen setzen ihre eigenen Informationskanäle dazu ein und werden zusätzliche Möglichkeiten prüfen, um die Breitenwirkung der Modellvorhaben weiter zu verstärken.

► SCHWERPUNKT 2

IMPULSE FÜR POLITIK DES BUNDES NUTZEN

Die Evaluationen zeigen, dass das Potential der Weitervermittlung der Erkenntnisse aus den Modellvorhaben in Strategien und raumwirksame Politiken auf Bundesebene noch nicht voll ausgeschöpft wurde. Dank konkreten Beispielen, neuen Lösungsansätzen und gutem Anschauungsmaterial kann die Umsetzung der Bundespolitik noch mehr profi-

tieren und zusätzliche Hinweise bieten, wie die nationalen Gesetze, Politiken und Strategien weiterentwickelt werden können. Die Modellvorhaben liefern gute Beispiele und Lösungsansätze für die anstehende Revision des Raumplanungsgesetzes im Zusammenhang mit der Förderung erneuerbarer Energien, für die Weiterentwicklung der Agglomerationspolitik oder die Erarbeitung einer Strategie für die ländlichen Räume.

IN NEUEN MODELLVORHABEN AKTUELLE FRAGEN AUFNEHMEN

Weil sich das Instrument der Modellvorhaben gerade in Bereichen, die sich bisher noch nicht ausreichend durch eine nachhaltige Entwicklung auszeichnen, bewährt hat, wird es mit neuen Fragestellungen und unter Auswertung der bisherigen Erfahrungen weitergeführt. In der nächsten Ausschreibung, die Ende 2013 publiziert wird, sollen Themenbereiche im Vordergrund stehen, die von neuen Impulsen profitieren können und deren Unterstützung für den Bund lohnenswert ist. So bestehen im Umgang mit den natürlichen Ressourcen vielschichtige Herausforderungen, die im Hinblick auf eine nachhaltige Nutzung angegangen werden müssen. Ein ebenso wichtiger Bereich ist die Siedlungsentwicklung nach innen. Hier sind konkrete und schweizweit übertragbare Ansätze zur Mobilisierung der inneren Nutzungsreserven bei gleichzeitiger Verbesserung der Siedlungsqualität vonnöten. Damit in Zusammenhang steht auch das Erfordernis, neue Strategien zum Umgang mit Freiräumen zu finden, sodass diese noch mehr zur Verbesserung der Lebens- und Wohnqualität beitragen können. Ebenso gehört die Optimierung wirtschaftlicher Strukturen und Entwicklungen in funktionalen Räumen zu denjenigen Themenbereichen, die von Erkenntnissen aus künftigen Modellvorhaben profitieren könnten. Ein weiterer Ansatzpunkt für neue Modellvorhaben ist auch das Funktionieren der Wohnungsmärkte in den Schweizer Städten, auf denen die Nachfrage aus bestimmten Bevölkerungsgruppen kaum mehr auf ein ausreichendes Angebot trifft.

⁵ Ernst Basler + Partner, INFRAS & C.E.A.T. (2010): Evaluation der Agglomerationspolitik des Bundes 2002-2009. Zürich/Lausanne.

⁶ Ernst Basler + Partner, Evaluanda (2012): Externe Evaluation Modellvorhaben Synergien im ländlichen Raum 2007-2011. Zürich/Genf.

WEITERE INFORMATIONEN UND AUSKÜNFTE

Für alle Fragen zu den Modellvorhaben Nachhaltige Raumentwicklung stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung:

Melanie Butterling

Sektion Ländliche Räume und Landschaft, ARE

Anne-Claude Cosandey

Sektion Agglomerationspolitik, ARE

Bundesamt für Raumentwicklung ARE

3003 Bern

Tel. 031 322 40 60

modellvorhaben@are.admin.ch

Die einzelnen Modellvorhaben sind auf der folgenden Website einzeln beschrieben und dokumentiert:

www.modellvorhaben.ch

Dort steht auch eine Liste mit den Kontaktpersonen zur Verfügung.

FÜNF VERTIEFUNGSBERICHTE BIETEN DETAILLIERTEN EINBLICK

Einen zusätzlichen Blick auf die Projekte werfen fünf thematische Vertiefungsberichte: Diese Berichte geben einen vertieften Einblick in die betreffenden Modellvorhaben, zeigen den Stand der Diskussion auf, präsentieren Erkenntnisse aus den Modellvorhaben und geben Empfehlungen ab. Verfasst wurden sie von Fachleuten, welche die Bundesstellen spezifisch für den jeweiligen Themenschwerpunkt ausgewählt haben.

ZUSAMMENARBEIT AUF GROSSREGIONALER EBENE

Autoren: Professor Daniel Kübler und Céline Widmer vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich

REGIONALE ZUSAMMENARBEIT IM STADT-LAND-KONTEXT

Autoren: Georg Tobler vom Büro für Stadt- und Agglomerationsentwicklung sowie Jürg Inderbitzin und Rabea Lamla vom Institut für Betriebs- und Regionalökonomie an der Hochschule Luzern

NUTZEN-LASTENAUSGLEICHSSYSTEME

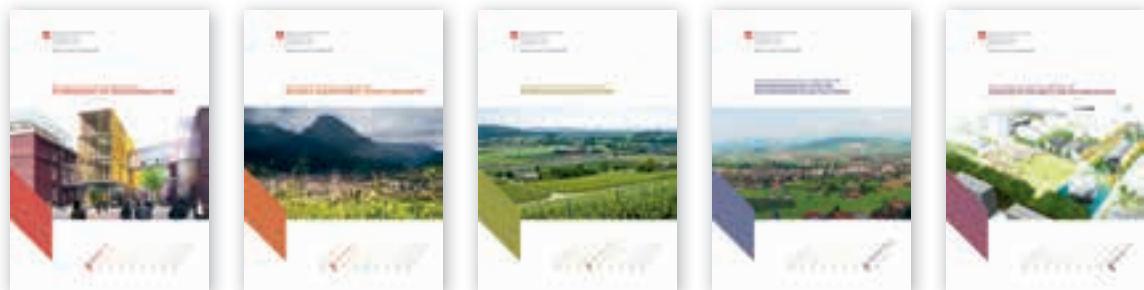
Autor: Jürg Inderbitzin vom Institut für Betriebs- und Regionalökonomie der Hochschule Luzern

NUTZUNGSPOTENTIALE FÜR EINE SIEDLUNGSENTWICKLUNG NACH INNEN

Grundlagen: Planteam S AG, Luzern/Solothurn

STRATEGISCHE TEILGEBIETE DER AGGLOMERATIONEN

Autoren: Michèle Tranda-Pittion von TOPOS urbanisme, Genf und Pierre Feddersen von Feddersen&Klostermann, Zürich



Bezugsquellen

BBL, Verkauf Bundespublikationen, 3003 Bern, www.bundespublikationen.admin.ch

In elektronischer Form: www.modellvorhaben.ch

